

zivilschutz magazin



Der „Törn“ wurde sicherer

Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger legt den Jahresbericht 1979 vor

Das schlechte Wetter des vergangenen Sommers, das die Wassersportler an der Nord- und Ostsee auf den gewohnten „Törn“ verzichten ließ, sowie die ständig intensiviertere Aufklärungs- und Informationsarbeit der Verbände und Behörden über die Gefahren der See spiegeln sich positiv in der Leistungsbilanz 1979 der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) wider. Der Anteil der Einsätze, die in den letzten Jahren für den Wassersport gefahren wurden, ist erheblich zurückgegangen. Während die Freizeitschiffahrt in der Saison 1978 noch 60 Prozent aller Rettungsfahrten ausmachte, waren es im abgelaufenen Jahr nur noch 42 Prozent.

1979 wurden durch die DGzRS-Helfer bei 1572 Einsatzfahrten 445 Menschenleben gerettet, 805 Personen aus einer lebensbedrohenden Gefahr befreit, 322 Kranke oder Verletzte von Seeschiffen oder von Inseln zum Festland überführt, 33mal Ärzte zu dringenden Hilfeleistungen befördert, 213 Schiffe oder Yachten vor dem Sinken bewahrt, 686 Wasserfahrzeugen Hilfe geleistet und 101 vermißte Personen gesucht. 314mal mußten die Rettungsboote wieder unverrichteter Dinge zurückkehren – die Einsatzfahrten blieben ohne Erfolg. Während der Schneekatastrophe im Januar und Februar des letzten Jahres in Schleswig-Holstein übernahm die Gesellschaft die Versorgungstransporte zu den von der Außenwelt abgeschnitten Küsten- und Inselbewohnern. Mit diesen Lebensmittel- und Medikamentenfahrten sowie den Krankentransporten trugen die Rettungsmänner der DGzRS dazu bei, das Ausmaß der Katastrophe in erträglichen Grenzen zu halten. Überraschend war, daß die Seenotkreuzer sich einen Weg durch Festeisdecken bis zu einer Stärke von 40 Zentimetern brechen konnten. Dies wurde bisher nicht für möglich gehalten. Insgesamt 14 Seenotkreuzer und 22 Seenotrettungsboote stehen der DGzRS zur Verfügung. Dieses Jahr kommen noch zwei Seenotkreuzer hinzu, sie liegen noch in der Werft.

Um die schnelle und fachgerechte Versorgung von Kranken und Verletzten an Bord der Rettungseinheiten zu verbessern, wurden alle Seenotkreuzer 1979 mit Telemetrie-Anlagen ausgestattet. Diese Diagnosegeräte – in ihrer Funktion mit herkömmlichen EKG-Anlagen vergleichbar – erlauben es, das vom Patienten abgenommene Diagramm über UKW an die nächste Küstenfunkstelle und von dort aus über Tele-

Die Rettungsmänner der DGzRS trugen mit ihren Versorgungsfahrten zu den von der Außenwelt abgeschnittenen Küsten- und Inselbewohnern während der Schneekatastrophe 1979 in Schleswig-Holstein dazu bei, das Ausmaß der Katastrophe in erträglichen Grenzen zu halten.

Insgesamt 14 Seenotkreuzer und 22 Seenotrettungsschiffe stehen der DGzRS zur Verfügung. In diesem Jahr kommen noch zwei Seenotkreuzer hinzu.

fonverbindungen ins Krankenhaus Cuxhaven zu übermitteln. Dort werden die Meßergebnisse von einem Empfangsgerät ausgeworfen. Der Arzt kann dann den Zustand des Patienten exakt beurteilen und per Funk Behandlungsratschläge erteilen.

Die Wirksamkeit des Seenotrettungsdienstes konnte in weiteren Bereichen entscheidend verbessert werden. In den letzten Monaten wurden die Seenotkreuzer mit UKW-Seefunkpeilern ausgerüstet, die, wenn Seeleute oder Wassersportler in Notlagen über ihre eigene Position nicht ausreichend informiert sind, aufwendige Suchfahrten vermeiden helfen. Diese in der Nord- und Ostsee einmaligen Anlagen haben sich in der Praxis schon bestens bewährt. Die UKW-Peiler sind auch in der Lage, defekte Funksprüche zu orten, die die Not- und Aufruffrequenzen blockieren und damit unter Umständen das Aussenden von Not- und Hilferufen unmöglich machen.



Zur Sicherung und Verbesserung des Funkwesens wurde im vergangenen Jahr eine Sende- und Empfangsanlage mit zwei 30 Meter hohen Masten errichtet, die als zweites „Funkbein“ der Seenotleitung eine Alternative zu der bisher schon vorhandenen Sendeanlage bietet.

Alle diese Einrichtungen und Maßnahmen tragen dazu bei, den Rettungsdienst der DGzRS in seiner Wirksamkeit noch weiter zu verbessern und ihn in einer Spitzenposition innerhalb der modernsten Seenotrettungsdienste der Welt zu halten. Der ausschließlich von Spenden und Mitgliedsbeiträgen finanzierten Gesellschaft standen 1979 rund 14,7 Millionen Mark zur Verfügung. Allein mit den Spenden-Rettungsschiffchen, die überall in der Bundesrepublik aufgestellt sind, wurden im vergangenen Jahr zwei Millionen Mark gesammelt. Die DGzRS braucht jedoch auch weiterhin dringend Geld für Investitionen, um ihre humanitäre Aufgabe erfüllen zu können.

zivilschutz magazin



4/80 April

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41 Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Ulrike von Gimborn
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder

Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten: Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Wir waren gefangen wie in einer Rattenfalle“ 5
Hotelinsel „Alexander Kielland“ sank in der Nordsee

„Zivile Verteidigung in Ost und West“ 7
Zivilverteidigung muß in den NATO-Ländern einen höheren Stellenwert bekommen

„Die Helfer im Katastrophenschutz erfüllen eine soziale und humanitäre Aufgabe von hohem Rang“ 15
NRW-Innenminister Dr. Hirsch führte neuen Leiter der Katastrophenschutzschule Wesel in sein Amt ein

„Auch diesseits der Grenze erinnert der Geschützdonner täglich an den Krieg“ 19
DRK errichtete Gesundheitszentrum an der thailändisch-kambodschanischen Grenze



„Verstärkte Maßnahmen zum Schutz vor Umweltkatastrophen“ 21
Bundeskabinett beschloß „Störfall-Verordnung“ für den Chemie-Bereich

„Feuerwehren und Katastrophenschutz üben UKW-Sprechfunkbetrieb“ 23
Partnerschaftliche Zusammenarbeit bei Funkbetriebsübung erprobt

„Gedanken zum Aufbau einer wirksamen Katastrophenschutzorganisation in der Bundesrepublik Deutschland“ 24
Vorschlag für ein Modell der sanitätsdienstlichen Versorgung im Katastrophen- und Verteidigungsfall



„Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Ergebnisse aus der Unfallstatistik



Umschau

Dregger: Schutzbaupflicht muß wieder eingeführt werden

In einem Interview mit dem „Bonner General-Anzeiger“ äußerte sich der stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger, äußerst unbefriedigt über den derzeitigen Stand der Zivilverteidigung in der Bundesrepublik. Dregger warf der Bundesregierung vor, das Gefahrenbewußtsein der Bevölkerung eingeschläfert zu haben. Schutzmaßnahmen seien von der Koalition als wirkungslos oder gar als provokativ hingestellt worden, die „Entspannungseuphorie“ habe ein übriges dazu getan. Dregger räumte zwar ein, daß die Versäumnisse auf diesem Gebiet bis in die Anfangsjahre der Bundesrepublik zurückreichen, doch spätestens Anfang der 70er Jahre, als das militärische Gleichgewicht sich in Europa zu Lasten des Westens grundlegend gewandelt habe, hätte man beginnen müssen, eine wirksame zivile Verteidigung aufzubauen. Außerdem habe sich die Bundesregierung davor gescheut, sich für eine unpopuläre Sache finanziell zu belasten. Die Aufwendungen für den Zivil- und Katastrophenschutz seien auch heute noch völlig unzureichend. Lediglich 0,36% des Bundeshaushaltes stünden dafür zur Verfügung.

Auf die Frage, was die Opposition im Falle eines Wahlsieges in Sachen Schutzraumbau tun werde, meinte Dregger, daß die Wiedereinführung der Schutzbaupflicht für alle privaten und öffentlichen Neubauten als dringendste Entscheidung getroffen werden müsse. Nur so habe die NATO-Empfehlung des „stay put“ (d. h. im Verteidigungsfall zu Hause zu bleiben) einen Sinn. Es sei skandalös, daß derzeit nur etwa 1,8 Millionen Schutzplätze zur Verfügung stünden. Außerdem betrügen die Mehrkosten beim Neubau eines Einfamilienhauses lediglich ein Prozent der Baukosten.

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums wies die Vorwürfe Dreggers zurück. Er erklärte, daß die Mittel für den

finanzintensiven Bereich der Zivilverteidigung seit 1969 kontinuierlich angestockt worden seien und sich in dem Zeitraum von 1969 bis 1980 auf 5,15 Milliarden Mark beliefen. Zugleich sei 1979 die finanzielle Förderung des Schutzraumbaus – mit einem Betrag von 345 Millionen Mark für die Jahre 1979 bis 1983 – wieder aufgenommen worden.

Zivildienstleistende im Verteidigungsfall „mobilmachen“?

Der Vorsitzende der niedersächsischen CDU, Minister Hasselmann, forderte kürzlich in Hannover, daß Zivildienstleistende im Spannungs- und Verteidigungsfall zum Schutz und zur Versorgung der Bevölkerung oder in den sozialen Diensten eingesetzt werden sollten. Angesichts des unzureichenden Zivilschutzes könne die Bundesrepublik es sich nicht erlauben, eine wachsende Zahl von zum Teil gut ausgebildeten Zivildienstleistenden in die „Pflichtenlosigkeit“ zu entlassen. Überdies würde dadurch ein Stück Wehrungerechtigkeit abgebaut. Es gehe nicht, daß der Wehrpflichtige nach seinem Grundwehrdienst noch zu Wehrübungen herangezogen werde und für den Verteidigungsfall zur Verfügung stehen müsse, während der Zivildienstleistende nach seiner nur geringfügig längeren Dienstzeit gänzlich frei ausgehe. Hasselmann forderte die zuständigen Stellen auf, rechtliche Voraussetzungen für die weitere Verwendung von Zivildienstleistenden im Verteidigungsfall zu schaffen.

Hessen: Spitzengremium für Katastrophenschutz

Das 1979 in Kraft getretene Hessische Katastrophenschutzgesetz schreibt vor, einen Beirat für den Katastrophenschutz einzurichten. Dazu brachte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ folgende Meldung:

„Impulse für eine weitere Verbesserung des Katastrophenschutzes in Hessen verspricht sich Innenminister Ekkehard Gries von dem neugeschaffenen Landesbeirat für Katastrophenschutz, der in Wiesbaden unter Vorsitz des Ministers zu einer konstituierenden Sitzung zusammengekommen ist. Dabei sprach Gries die Erwartung aus, daß sich der Beirat zu einer ‚starken Klammer‘ aller im Katastrophenschutz tätigen Organisationen und Institutionen entwickeln möge. Der Katastrophenschutz sei eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe, der in

einer hochtechnisierten Gesellschaft mit ihren vielfältigen Gefährdungen eine immer größere Bedeutung zukomme. Aus dem ‚organisatorischen Nebeneinander‘ müsse über den Beirat ein ‚produktives Miteinander‘ werden.

Dem Beirat, dessen Einrichtung das 1979 in Kraft getretene Hessische Katastrophenschutzgesetz vorschreibt, gehören elf Mitglieder an. Er ist in allen grundsätzlichen Fragen des Katastrophenschutzes zu hören und soll den Innenminister als oberste hessische Katastrophenschutzbehörde beraten und unterstützen. In dem Gremium sind alle am Katastrophenschutz mitwirkenden Verbände und Einrichtungen vertreten, etwa die kommunalen Spitzenverbände, der Landesfeuerwehrverband, die Sanitätsorganisationen und das Technische Hilfswerk.“

Erwin Stahl: SAVE hat sich in der ersten Erprobungsphase bewährt

Die elf Erprobungsfahrzeuge des neuen Rettungswagens SAVE (Schnelle ambulante vorklinische Erstversorgung), die jetzt die erste Periode ihrer einjährigen Felderprobung beenden, haben sich bisher bewährt. Dies haben die bisherigen Einsätze gezeigt, wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), Erwin Stahl, jetzt in Bonn mitteilte. Die Entwicklungen des SAVE-Rettungssystems ist vom BMFT mit 11,3 Mio DM gefördert worden.

Das SAVE-Rettungssystem besteht aus einer containerförmigen Rettungseinheit und einem Trägerfahrzeug, die durch eine zusätzliche Federung und einen Dachaufsatz miteinander verbunden sind. Die Rettungseinheit paßt ohne weitere Veränderungen auf unterschiedliche Trägerfahrzeuge. Damit wird nicht nur eine größere Einsatzbreite, sondern auch eine doppelte Nutzdauer der Rettungseinheit gegenüber dem schneller verschleißenden Trägerfahrzeug gewährleistet.

Die Prototypen der Rettungs- und Notarztwagen waren bisher an insgesamt 1882 Tagen in Aschaffenburg, Berlin, Bonn, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Koblenz, München, Stuttgart, Ulm und Würzburg in Betrieb. Sie fuhren über 5000 Einsätze mit 185 Notärzten und 210 Rettungssanitätern, dabei wurden schon über 60000 Kilometer zurückgelegt und 450 lebensbedrohende Situationen abgewendet.

Die Erprobungseinsätze haben bewiesen, daß sich neben der hervorragenden Wendigkeit und Schnelligkeit der SAVE-

Fahrzeuge die höhere Geräuschisolierung, die notfallgerechte Klimatisierung in der Rettungskabine und ihre einfache Reinigungs- und Desinfektionsmöglichkeit als besonders positiv erweisen.

Bis zum 18. April 1980 wurden die Fahrzeuge bei der Herstellerfirma überholt und gewartet sowie mit verbesserten Komponenten ausgerüstet, um anschließend in Kassel, Kaltenkirchen, Mannheim, Münster, Koblenz, Rheinbach, Siegen, Stuttgart, Ulm, Wiesbaden und Wuppertal die zweite Phase der Felderprobung zu beginnen.

Ein weiteres Pilotfahrzeug befindet sich zur Zeit in Luxemburg im ersten Auslandseinsatz zu einer vierwöchigen Kurzerprobung.

„Sicherheitsfibel“ gegen Kinderunfälle

Die Arbeitsgemeinschaft „Das sichere Haus“ hat zusammen mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit eine „Sicherheitsfibel“ als Ratgeber für Eltern von Kindern aller Altersstufen entwickelt. Sie zeigt auf, wie Unfälle vermieden werden können, und dadurch mehr Sicherheit für die ganze Familie zu gewährleisten ist. Es ist eine traurige Tatsache, daß die Bundesrepublik im Vergleich zu anderen europäischen Staaten die meisten Kinderunfälle zu verzeichnen hat. Jährlich verunglücken etwa 1,5 Millionen Kinder, davon mehr als 2000 tödlich. Ungefähr die Hälfte aller Unfälle passieren bei Spiel und Sport. Im häuslichen Bereich beträgt die Unfallquote rund 30%. Nur 20% aller Unfälle ereignen sich im Straßenverkehr, wobei Kinder zwischen zwei und sechs Jahren als besonders gefährdet gelten.

Für jeden Lebensabschnitt des Kindes gibt die Fibel Ratschläge und Tips, die von den Eltern im Interesse des Kindes berücksichtigt werden sollten. Es wird auch auf sicheres Spielzeug für alle Altersklassen hingewiesen. Schließlich informiert die Broschüre über schnelle Hilfe für das verletzte Kind.

Die „Sicherheitsfibel“ ist bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Ostmerheimer Straße 200, 5000 Köln 91, kostenlos erhältlich.

Mittelalterliches Fachwerkhaus durch Feuer zerstört

Aus bisher ungeklärter Ursache brach im dritten Stock eines restaurierten mittelalterlichen Fachwerkhäuses in der Alt-

stadt von Hirschhorn/Neckar ein Brand aus, der einen Schaden von rd. 700000 DM verursachte. Gegen 3.30 Uhr wurde das Feuer entdeckt; kurz darauf waren die Wehren von Hirschhorn und Ebersbach am Brandobjekt.

Zwei Familien konnten sich selbst rechtzeitig in Sicherheit bringen, zwei von den Flammen im Dachgeschoß eingeschlossene Mieter wurden von den Feuerwehrmännern über eine Drehleiter in Sicherheit gebracht. Sie mußten mit einer Rauchvergiftung in das Ebersbacher Krankenhaus eingeliefert werden. Ein Übergreifen des Feuers auf die Nachbarhäuser wurde verhindert.



Gegen 6.30 Uhr war der Brand bis auf einige Glutnester unter Kontrolle. Unser Bild zeigt das Vordringen der Wehrmänner über die Drehleiter zu den Eingeschlossenen.

Neuer Geschäftsführer bei der Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin

Nach mehr als fünfjähriger Tätigkeit schied zum 31. Dezember 1979 aus Altersgründen der Geschäftsführer der Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin e. V., Heinz Baumgart, aus.

Baumgart stieß im Jahre 1975, vom Bundesverband für den Selbstschutz kommend, zur Gesellschaft. Bei seinem früheren Arbeitgeber hatte er sich umfangreiche Fachkenntnisse erworben, die ihm bei seiner Tätigkeit in Berlin sehr zustatten kamen. Zuletzt war er Fachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit bei der BVS-Landesstelle Hessen, Mitglied im Hauptpersonalrat und zeitweilig sogar Vorsitzender.

Die Mitglieder der Gesellschaft verlieren durch sein Ausscheiden einen in der täglichen Arbeit erfahrenen und bewährten Geschäftsführer, dem die Gesellschaft an dieser Stelle für die künftigen Jahre, bei hoffentlich bester Gesundheit, alles Gute wünscht.

Zum 1. März 1980 konnte die Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin die entstandene Lücke durch die Neubesetzung mit Helmut Nitschke, einem 38jährigen gebürtigen Berliner, schließen. Nitschke verließ 1959 Berlin. Von 1964 bis zum Dienstantritt bei der Gesellschaft, war er beim Bundesluftschutzverband, der seit 1968 den Namen „Bundesverband für den Selbstschutz“ trägt, tätig. Bereits 1965 erwarb er seine Lehrberechtigung, kurz danach legte er die Prüfung als Redner des Verbandes ab.

Nach umfangreicher Tätigkeit in der Öffentlichkeit sowie der Unterrichtung und Ausbildung kam er 1970 in die Hauptstelle des Bundesverbandes. Nach kurzer Tätigkeit im Organisationsreferat war er ab Mai 1971 als Mitarbeiter des entsprechenden Fachreferates mit der Ausbildung erneut befaßt.

Die Gesellschaft konnte in ihm einen erfahrenen Praktiker, sowohl was die Verwaltungskenntnisse als auch die Facharbeit anbetrifft, gewinnen. Die Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin wird mit ihrem Stamm interessierter Ehrenamtlicher und mit der Aktivität und Erfahrung des neuen Geschäftsführers die Arbeit in Berlin auf eine neue Basis stellen.

Großbrand erforderte Evakuierung

Zu einem der größten Brände in der Geschichte der Stadt Bensberg kam es Mitte Februar, als der Dachstuhl des Priesterseminars Thomas-Morus-Akademie aus ungeklärter Ursache in Flammen aufging. Alle Feuerwehren im Umkreis von Bensberg hatten Großalarm. Für die Wehren war es schwierig, das riesige Flammenmeer unter Kontrolle zu halten, so daß zusätzlich die Kölner Berufsfeuerwehr alarmiert wurde.

130 Bewohner eines dort untergebrachten Altenheims sowie die Schülerinnen und Schüler eines gerade tagenden Primanerforums mußten schnell evakuiert werden. Der Malteser-Hilfsdienst und der Lazarettzug der Feuerwehr Köln brachten die Bewohner des Altenheims in die umliegenden Krankenhäuser.

Zwei Feuerwehrmänner verloren bei den schwierigen Löscharbeiten ihr Leben. Der Schaden geht in die Millionen. (Siehe auch Seiten 55/56.)

Staatssekretär Haehser: Zivilverteidigung ist mehr als ein Haushaltstitel

Um die Zivilverteidigung steht es besser, als allgemein angenommen wird. Dies betont Karl Haehser (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesfinanzminister, in einem Beitrag, den der „Trierische Volksfreund“ kürzlich abdruckte:

„Nur bei oberflächlicher Betrachtung kann man den Anteil der Ausgaben für die zivile Verteidigung im Bundeshaushalt für sich allein nehmen und werten. Zu diesen Vorkehrungen zählt mehr, als ein Haushaltstitel, für sich allein genommen, vermuten läßt.

Hinzuzurechnen wären nämlich alle Ausgaben des Bundes und sonstiger öffentlicher Haushalte, die direkt oder indirekt zivilverteidigungswirksam sind. Schließlich wären auch die vom Bund geförderten Maßnahmen des privaten Bereichs hinzuzurechnen, wenn man ein vollständiges Bild gewinnen will.

Allein für die im Erstfall zur Verfügung stehenden Vorräte der Europäischen Gemeinschaft an Getreide, Fleisch, Fetten u. a. mehr, wurden beispielsweise im Bundeshaushalt im Jahre 1980 rund 2 Milliarden DM bereitgestellt. Die nationale Getreidereserve der Bundesrepublik steht 1980 mit 66 Millionen DM zu Buche. Die Rohölbevorratung belief sich seit 1971 auf rund 1,5 Milliarden DM und kostet 1980 280 Millionen DM. Weiter wird die Bevorratung wichtiger Rohstoffe aus Bundesmitteln gefördert.

Wer die speziellen Mittel für den Katastrophenschutz anspricht, muß auch sagen, daß die wesentlich höheren Ausgaben der Länder und Gemeinden für Katastrophenschutz zwecke in Friedenszeiten auch im Verteidigungsfall zur Verfügung stehen; ob das nun Feuerwehr oder technische und Rettungsdienste sind.

Ein nicht parteipolitisch gefärbtes Bild sollte auch wiedergeben, daß die Ausgaben für die zivile Verteidigung in der Zeit von 1970 bis 1980 um gut 300 Millionen auf 739 Millionen DM gestiegen sind. Allein der Katastrophenschutz hat seinen Stellenwert von rund 90 Millionen DM im Jahre 1970 auf rund 290 Millionen DM im Jahre 1980 verbessert.

Nicht zutreffend ist die Feststellung, daß lediglich für 3 Prozent der Bevölkerung Schutzräume zur Verfügung ständen. Richtig ist, daß aus Bundesmitteln für etwa 3 Prozent der Bevölkerung Schutzplätze neu und erstmals errichtet worden sind. Es kann jedoch bereits über Schutzräume verfügt werden, die von Privaten aufgrund von Steuervergünsti-

gungen nach der Höchstbetragsverordnung errichtet worden sind. Außerdem sind noch verwendbare Privatschutzräume aus der Zeit des letzten Krieges vorhanden, die vor einiger Zeit auf 5 Millionen Schutzplätze geschätzt worden sind.

Daraus wird deutlich, daß es nicht des plötzlich ausgebrochenen Krisenbewußtseins bedurfte, um die Bundesregierung zu weiteren Anstrengungen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung zu veranlassen. Im Rahmen des Finanzplans wurden bereits steigende Ausgaben für diesen Zweck bereitgestellt. Im Finanzplanungszeitraum steigen diese Ausgaben von 42 Millionen DM 1979 bis 1983 auf 88 Millionen DM an.“

Goldene Medaille der Luftrettungsstaffel Bayern für Minister Eisenmann

Der Präsident der Luftrettungsstaffel Bayern, Ernst Schramm, überreichte am 5. Februar 1980 dem bayerischen Landwirtschaftsminister Dr. Hans Eisenmann die Goldene Verdienstmedaille der Luft-

rettungsstaffel Bayern. Das bayerische Landwirtschaftsministerium hat mit dem Innenministerium die Zusammenarbeit bayerischer Forstleute mit der Luftrettungsstaffel maßgebend gefördert, insbesondere durch die Ausbildung von Luftbeobachtern sowie durch Zuschüsse für Überwachungsflüge, die in Trockenzeiten zur Früherkennung und damit zur rechtzeitigen Bekämpfung von Waldbränden beitragen. Besonders gilt dies für Waldungen, die noch nicht von Forststraßen erschlossen sind und daher ohne Luftbeobachtung nur schwer zu kontrollieren waren. Bisher wurden 20 Forstleute in Bayern für diesen Dienst geschult; sie fliegen in Zeiten besonderer Waldbrandgefahr in Flugzeugen der Rettungsstaffel mit und werden als Navigatoren bei der Ortung von Waldbränden tätig. Diese freiwillige Zusammenarbeit zwischen Sportfliegern und Forstleuten ist bisher einmalig in der Bundesrepublik. Minister Dr. Eisenmann betonte, daß sich diese langjährige Zusammenarbeit zwischen Sportfliegern und Forstleuten in Bayern bewährt habe und daher auch in Zukunft fortgesetzt werde.

S-Bahn-Brand verursachte 4,5 Millionen Mark Schaden

Beim Brand einer S-Bahn im Bahnhof Hamburg-Altona entstand nach Schätzungen von Experten der Bundesbahn ein Sachschaden in Höhe von 4,5 Millionen Mark. Die Fahrgäste hatten den Zug rechtzeitig verlassen können; bei der

Brandbekämpfung in dem unterirdischen Bahnhof haben jedoch mehrere Feuerwehrmänner Rauchvergiftungen erlitten.

Unser Foto zeigt die ausgebrannten Wagen des S-Bahn-Zuges.

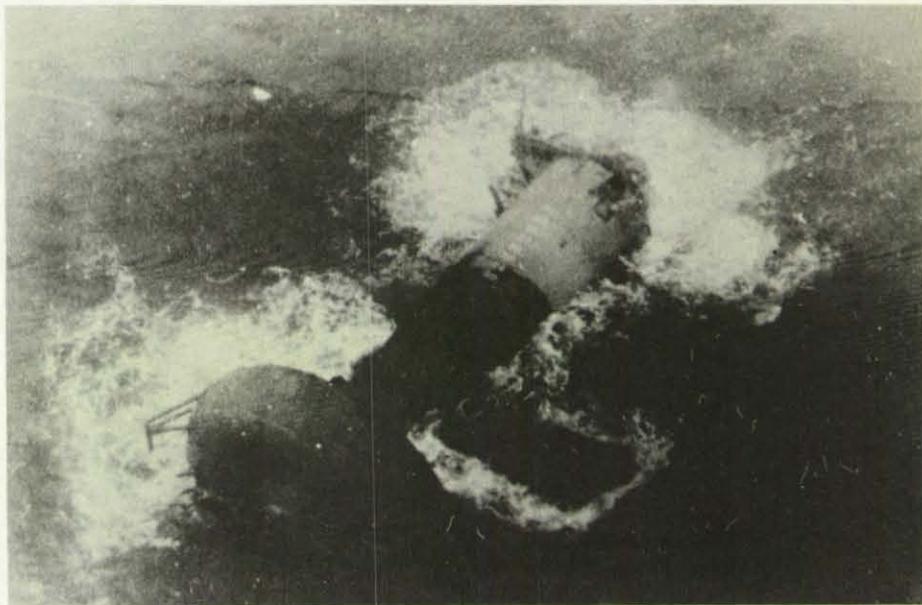


Hotelinsel „Alexander Kielland“ sank in der Nordsee

„Wir waren gefangen wie in einer Rattenfalle“

Katastrophe forderte 123 Menschenleben – Plattform sollte zur Überholung in die Werft

Die bisher größte Katastrophe bei der Ölförderung in der Nordsee hat 123 Menschenleben gefordert. Am Donnerstag, dem 27. März, brach aus noch nicht geklärten Umständen einer der fünf Pontonpfeiler der Hotelinsel „Alexander Kielland“ und brachte binnen kürzester Zeit die Insel, auf der sich über 200 Arbeiter der „Ekofisk“-Bohrinsel von ihrer schweren Arbeit erholen sollten, zum Kentern. Die Suche nach Vermissten wurde nach zwei Tagen aufgegeben, da bei einer Wassertemperatur von vier Grad und schwerer See keine Überlebenschance mehr bestand und Rettungstaucher wegen der Gefährlichkeit des Unternehmens keine Erlaubnis erhielten, in die Innenräume des schwimmenden Hotels einzudringen, um nach etwaigen, in Luftblasen Überlebenden zu suchen. Nur 89 Personen konnten gerettet werden.



Aus bisher nicht geklärter Ursache brach während eines Sturmes einer der fünf Ponton-Pfeiler der Hotelinsel „Alexander Kielland“ und brachte die Insel zum Kentern. Unser Bild zeigt den Pfeiler unmittelbar nach dem Unglück.

Ausgänge verstopft

Die Katastrophe brach über die Arbeiter urplötzlich herein. Ohne jegliche Vorzeichen überraschte sie die meisten, als sie im Kino oder in der Kantine saßen: Es knallte ein paar Mal dumpf, dann ging das Licht aus, und die Insel bekam Schlagseite. „Wir waren gefangen wie in einer Rattenfalle,“ berichtete einer der Geretteten später. Vielen Männern gelang es nicht, ins Freie zu kommen, da die Ausgänge von Flüchtenden verstopft waren. Wegen der Schräglage und des heftigen Sturmes – die Wellen sollen über zehn Meter hoch gewesen sein – konnten nur wenige Rettungsboote zu Wasser gelassen oder überhaupt erreicht werden.

Die sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten gestalteten sich wegen der Dunkelheit – das Unglück geschah gegen 18.30 Uhr – äußerst schwierig. Viele der Arbeiter sprangen in die eiskalte See und wurden von Hubschraubern aufgefischt. Der britische Fliegerleutnant Jim Bellingall, der sich an der Suche beteiligte, bestätigte: „Die Sicht war so schlecht, daß wir uns der Plattform überhaupt nicht nähern konnten, weil wir sonst mit ihr kollidiert wären. Im Wasser konnten wir Beiboote sehen, die groß genug für zehn Männer gewesen wären. Aber sie waren alle leer. Wir sahen auch Rettungsringe, aber niemand klammerte sich an sie. Wer sich in

Nach dem Unglück ragten nur noch vier der fünf Ponton-Pfeiler aus dem Wasser. Die Suche nach etwaigen Überlebenden auf der unter Wasser liegenden Plattform gestaltete sich bei hohem Seegang sehr schwierig.



ein Beiboot retten konnte, hätte noch Überlebenschancen gehabt. Aber ohne Boot im Wasser – ich glaube, die Kälte hat sie fertiggemacht.“

Regelmäßige Übungen

Der britische Ölarbeiter Tony Sylvester, der sich nach seiner glücklichen Rettung in einem Krankenhaus der norwegischen Stadt Stavanger von Schock und Kälte erholte, berichtete einem BBC-Reporter: „Es war grauenhaft. Jeder glaubte: Das ist das Ende. Ich war im Filmsaal, als wir dieses mächtige Knacken hörten. Die Plattform kippte auf die Seite, und dann

gab es noch ein Krachen und sie kenterte. Sauerstoff-Flaschen flogen herum, jeder rannte um sein Leben zu den Luken, um rauszukommen.“ Ihm war es gelungen, sich auf eine Rettungsinsel zu flüchten. Zusammen mit anderen Kollegen habe er dort drei Stunden ausgeharrt, hin- und hergeworfen von riesigen Wellen. Wasser sei in die Rettungsinsel geschlagen, man habe mit den Schuhen Wasser ausgeschöpft. Schließlich seien sie von einem Hubschrauber gerettet worden. Auf die Frage, ob die Ölarbeiter Katastrophen-Übungen mitgemacht hätten, sagte Sylvester: „Wir hatten regelmäßige Übungen. Aber wenn es so schnell geschieht, kann man kaum noch was tun.“

Die Bohrinsel ist von einer französischen Gesellschaft in Dünkirchen entwickelt und 1976 nach Norwegen geliefert worden. Von ihrem Typ gibt es elf Exemplare auf der ganzen Welt. Die Plattform hat die Größe eines Fußballfeldes und wiegt 10105 Tonnen. Wenn die Insel zu ihrem Standort geschleppt wird, sind die Pontonpfeiler leer, um die Schwimmfähigkeit zu verbessern. An der endgültigen Position werden die Hohlräume geflutet, bis nur noch die Plattform über den Wasserspiegel hinausragt. Das Gewicht der vollen Tanks hält die Plattform selbst bei hohem Seegang stabil im Wasser; mit starken Ankern wird die Insel an ihrem Standort gehalten.

Entsetzen und Grauen spiegelte sich in den Gesichtern der völlig erschöpften Geretteten, die mit Hubschraubern nach Stavanger gebracht wurden.



Solche Rettungsinseln befanden sich auch an Bord der „Alexander Kielland“. Doch nur wenige Arbeiter konnten sie erreichen, da die Plattform innerhalb kürzester Zeit sank.



Ursache unbekannt

Experten rätseln nun über die Ursache der Katastrophe. Als Möglichkeiten werden Materialermüdung, ein plötzliches starkes Leck in einem Pfeiler oder eine Kollision mit einem der Versorgungsschiffe genannt. Die Vermutung, explodierende Gasflaschen könnten die Halterung der Säule beschädigt haben, sind inzwischen widerlegt.

Einen zusätzlichen tragischen Akzent bekommt die Katastrophe durch den Umstand, daß die „Alexander Kielland“ am 2. April von der „Henrik Ibsen“ abgelöst werden sollte, um gründlich überholt und anschließend in einem britischen Nordsee-Ölfeld eingesetzt zu werden. Die „Henrik Ibsen“ ist eine Wohnplattform gleichen Typs, jedoch ohne Bohrturm, der zum schnellen Kentern der „Alexander Kielland“ erheblich beigetragen haben soll.

In Norwegen hat die Katastrophe Bestürzung und Trauer ausgelöst. In den Kirchen wurden Gottesdienste für die Opfer und deren Hinterbliebene gehalten. Der norwegische Ministerpräsident Nordli brach seinen Urlaub ab, um an einer Sondersitzung des Kabinetts teilzunehmen, in der die Risiken der Ölgewinnung in der Nordsee diskutiert wurden. Gewerkschaften fordern schärfere Sicherheitsvorschriften, und in ersten Pressekommentaren wurde angeregt, die geplante Ölförderung nördlich des 62. Breitengrades zumindest zu verschieben.

Die Ölförderung in der Nordsee ist nicht unproblematisch. 1965 kenterte die britische Bohrinsel „Sea Gem“ (13 Tote), 1972 starben drei Menschen bei einer Explosion auf der norwegischen „Alpha“-Plattform, 1976 lief die Bohrinsel „Dea Sea“ vor der norwegischen Küste auf Grund, wobei sechs Menschen ums Leben kamen, und 1978 leckte die Bohrinsel „Bravo“ und spülte dadurch Tausende von Tonnen Öl in die Nordsee.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Regierungspräsident Detmold sucht einen
Dezernenten

für den Katastrophenschutz.
Vergütungsgruppe Ib BAT

Zum Aufgabengebiet gehören:

1. Katastrophenabwehrplanung auf Bezirksebene
2. Überwachung des Katastrophenschutzes nach Bundes- und Landesrecht und in den Kreisen und kreisfreien Städten
3. Organisation, Einsatz und Ausbildung der Katastrophenfachdienste im Rahmen der bezirklichen Aufgaben
4. Pflege der Verbindungen zu den in der Katastrophenhilfe mitwirkenden Behörden, Dienststellen und Organisationen.

Einstellungsvoraussetzungen:

Der Bewerber muß körperlich voll tauglich sein und sollte das 45. Lebensjahr nicht überschritten haben. Gefordert werden gute Kenntnisse über den Aufbau der allgemeinen inneren Verwaltung, insbesondere des Zivil- und Katastrophenschutzes, organisatorische Fähigkeiten, Erfahrungen in der Stabsarbeit und in der Zusammenarbeit von Behörden und freiwilligen Hilfsorganisationen.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften und sonstigen Befähigungsnachweisen sind bis spätestens zum 20. Mai 1980 zu richten an den

Regierungspräsidenten Detmold
– Dezernat 11 –
Leopoldstraße 13–15
Postfach 5
4930 Detmold

Eine interessante Gegenüberstellung:

Zivile Verteidigung in Ost und West

Zivilverteidigung muß in den NATO-Ländern einen höheren Stellenwert bekommen – In der UdSSR bereits von strategischer Bedeutung

Nicht erst seit den Ereignissen in Afghanistan mehrten sich im politischen Bereich die Stimmen, die nachdrücklich fordern, der Zivilen Verteidigung den Stellenwert einzuräumen, der ihr im Rahmen der Gesamtverteidigung gebührt und der für den Schutz der Bevölkerung unerläßlich ist. Die jüngsten politischen Entwicklungen haben aber in breiten Kreisen der Bevölkerung – und auch in den Medien – die Diskussion um die Belange der Zivilverteidigung erheblich intensiviert.

Daß dieses Gebiet nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in allen NATO-Staaten aus humanitären ebenso wie strategischen Gründen einer stärkeren Betonung bedarf, zeigt der nachstehende Beitrag von John F. Wallace, der – heute im Ruhestand lebend – das kanadische Zivilverteidigungspro-

gramm entscheidend mitgeprägt und sein Land acht Jahre lang im Zivilverteidigungsausschuß der NATO vertreten hat. Wir entnehmen seinen Aufsatz „Zivile Verteidigung – die Achillesferse der NATO“ mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber dem „NATO-Brief“ 1/80.

Korrespondierend zu diesem Thema erschien in der Zeitschrift „Information für die Truppe“, Heft 3/80, eine Analyse über den vermutlichen Stand der Zivilen Verteidigung in der Sowjetunion. Der Verfasser, Oberst i. G. Erich Sobik, zeigt darin die deutlichen Unterschiede zwischen den NATO-Staaten und der UdSSR in bezug auf die Zivile Verteidigung auf. Wir danken der Redaktion der „Information für die Truppe“ ebenfalls für die freundliche Nachdruckerglaubnis.

Nuklearwaffen ist ein ständig wechselndes Phänomen. Und die Interpretation dieses Verhältnisses wird zu den Wurzeln des Problems der Organisation der Zivilverteidigung führen. Bis in die sechziger Jahre erfreuten sich die Vereinigten Staaten einer strategischen Überlegenheit über die Sowjetunion. Die Doktrin der „massiven Vergeltung“ bildete die Grundlage der Abschreckung vor allen vorstellbaren sowjetischen Bedrohungen². Noch Jahre nachdem die Sowjets die ersten strategischen Nuklearwaffen besaßen, hatten die Vereinigten Staaten eine solche Überlegenheit, daß sie einen sowjetischen Erstschlag verkraften konnten und über die Fähigkeit verfügten, einen garantierten Zweitschlag zu führen, der mit „Sicherheit“³ zur Zerstörung der Sowjetunion führen würde.

Die wachsenden Arsenale der Sowjets an strategischen Waffen gewährleisteten, daß sie ebenfalls die Fähigkeit besaßen, und damit wurde die „garantierte Zerstörung“ gegenseitig. Als Folge zweifelte McNamara, der amerikanische Verteidigungsminister der sechziger Jahre, an der Wirksamkeit der Zivilen Verteidigung und anderer Systeme zur Schadensbegrenzung. Man verließ sich vollkommen auf die offensive strategische Abschreckung als Grundlage für die Verteidigung des Westens, da ja keine Seite untragbare Schäden vermeiden könne.

In der Zwischenzeit fanden in Europa parallele Entwicklungen statt. Im Zuge eines Übereinkommens des Nordatlantikkrates im Jahre 1956 begannen die Vereinigten Staaten die NATO mit taktischen Nuklearwaffen auszurüsten. Schon 1960 besaßen die Sowjets Mittelstreckenraketen (MR/IRBM) mit nuklearen Gefechtsköpfen, die die Stützpunkte der Strategischen Luftkommandos um die Sowjetunion erreichen konnten. Diese Raketen konnten auch europäische Städte zerstören.

In den siebziger Jahren verfügte die NATO nach Schätzungen über einige Tausend nukleare Gefechtsfeldwaffen oder taktische Nuklearwaffen in Europa, die für eine Vielfalt von Einsätzen geeignet waren⁴. Die Stärke der Sowjetunion wurde auf rund 600 Mittelstreckenraketen und etwa 1 000 taktische Nuklearwaffen in Osteuropa geschätzt. In den achtziger Jahren werden der Backfire-Bomber und die beweglichen Startanlagen für SS-20 mit Mehrfachgefechtsköpfen in immer größerer Zahl disloziert sein. Dann werden mindestens 4 000

Zivile Verteidigung – die Achillesferse der NATO

Das sowjetische Streben nach Überlegenheit auf dem Gebiet strategischer Waffen ist für viele Menschen im Westen als ein echter Schock gekommen. Die sowjetische Aufrüstung auf dem Gebiet der taktischen Nuklearwaffen und vor allem der konventionellen Waffen haben alles in allem zu einem ungenuten Gefühl bezüglich der Verteidigungsposition der NATO beigetragen. Und das ist auch gut, denn es geht immerhin um das Überleben von vielleicht Hunderten von Millionen ziviler Bürger auf beiden Seiten des Atlantik.

Die jüngsten Enthüllungen über Art und Ausmaß des zivilen Verteidigungsprogramms der Sowjets¹ mögen für all jene, die an die Abschreckung auf der Basis der mit Sicherheit zu erwartenden gegenseitigen Vernichtung (MAD) glauben, wie ein Blitzschlag gekommen sein. Ironischerweise haben viele Analytiker und Verfechter der Rüstungskontrolle im Westen seit Jahren den Standpunkt vertreten, die Zivile Verteidigung würde das strategische Gleichgewicht stören. Jetzt scheinen sie nach dem Motto zu reden, daß die Zivile Verteidigung gegen moderne Waffen nutzlos sei. Man muß sich hier allerdings fragen, warum die Zivile Verteidigung, die

früher so wirksam gewesen wäre, jetzt auf einmal so unwirksam geworden sein soll.

Die Zivile Verteidigung und/oder Zivile Notstandsplanung hat im Aufbau der NATO seit 1951 ihren Platz gehabt. Angesichts der Tatsache, daß diese ganze Angelegenheit immer auf Sparflamme gekocht wurde, muß man sich fragen, wie ernst zivile und militärische Stellen der NATO zivile Vorbereitungen nehmen. Trotz der Tatsache, daß die zivile Verteidigung oft als ein Bestandteil der militärischen Verteidigung dargestellt wird, ist zu bezweifeln, ob sich die militärischen Planer der Verteidigung über die Folgen eines Krieges für die Zivilbevölkerung allzu große Gedanken machen. Wenn die Abschreckung versagen sollte, dann hätte sicherlich die Zivilbevölkerung zu leiden. Wenn man die Dinge zu Ende denkt, dann wird die militärische Fähigkeit, zu kämpfen und zu überleben, davon abhängen, was auf dem Zivilsektor geschieht.

Konsequenzen des Wettrüstens

Das Verhältnis zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO auf dem Gebiet der

Gefechtsköpfe für eine Vielfalt von Aufgaben, einschließlich von Angriffen auf zivile Ballungszentren in Westeuropa, zur Verfügung stehen.

Dieses sowjetische Streben nach einer Überlegenheit an Nuklearstreitkräften in und für Europa (Theater Nuclear Forces – TNF) – entsprechend der Überlegenheit an strategischen Waffen – ist deutlich zu erkennen. Die NATO muß dieser Bedrohung sicherlich entgegenzutreten, aber sie muß vor allem eine wesentlich positivere Einstellung zu ihren Absichten bezüglich der Zivilbevölkerung gewinnen. Trotz der Politik des „Zu-Hause-Bleibens“ (Stayput) können nicht alle Zivilisten in bedrohlichen Gebieten verbleiben, noch können sie alle aus den Ballungszentren evakuiert werden. Die Alternativen sind daher unvorstellbare Verluste oder realistische Zivilverteidigungsprogramme.

Zivilverteidigung gerät ins Straucheln

Von der Gründung der NATO bis in die sechziger Jahre wurde die Zivile Verteidigung von den Regierungen als eine notwendige Komponente der Verteidigungsstrategie anerkannt. Nach amerikanischer Auffassung war die Zivile Verteidigung auf jeden Fall eines der Systeme zur Eindämmung des Schadens, das von der Regierung Kennedy befürwortet wurde. Eine Woge emotioneller Kritik begrüßte jedoch die Veröffentlichung von Herman Kahns Buch über den thermonuklearen Krieg⁵. Kahn wagte darin die Behauptung, daß ein Nuklearkrieg durchaus im Bereich des Möglichen liege und ein solcher bei einer richtig organisierten Zivilen Verteidigung nicht die Ausrottung der Menschheit bedeute. Aber wiederum aus eher psychologischen als logischen Gründen reagierte die amerikanische Öffentlichkeit heftig gegen die von Kahn vorgeschlagenen Studien über strahlensichere Bunker, die von der Regierung Kennedy akzeptiert wurden⁶.

Nach Aussagen von Donald C. Brennan waren jedoch die frühen Zivilverteidigungsstudien der bekannten RAND Corporation, auf die sich Kahn bei seiner Arbeit weitgehend bezog, „auf hypothetischen sowjetischen Angriffen bis zu einer Gesamtexplosionsstärke von 80000 Megatonnen aufgebaut . . . Diese Zahl ist um ein Mehrfaches größer als das, was die derzeitigen strategischen Streitkräfte insgesamt zum Einsatz bringen könnten“⁷.

Das Ergebnis war, daß die Zivile Verteidigung entweder außer acht gelassen oder als nicht bedeutsam abgetan wurde. Der schwerste Schlag kam jedoch mit der Einführung des Konzeptes der sicheren gegenseitigen Vernichtung (MAD). Die blind

de Übernahme dieses Konzeptes bedeutete einen vernichtenden Schlag für die Zivile Verteidigung. Ein Land nach dem anderen, allen voran die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kanada, schränkte seine Zivilverteidigungsprogramme bis zur Unkenntlichkeit ein.

Trotz des katastrophalen Charakters eines Nuklearkrieges wird die Zivilisation nicht vernichtet werden, und den überlebenden Menschen muß geholfen werden. Ein angesehener Analytiker für strategische Fragen in den USA hat darauf hingewiesen, daß „ . . . die Strategie der Abschreckung immer die Möglichkeit in Rechnung stellen muß, daß die Abschreckung versagt“⁸. In einer Welt, in der ständig Veränderungen auf dem strategischen Felde auftreten, ist das eine absolut vernünftige Feststellung. Es ist sicherlich an der Zeit, daß die Regierungen sich ernsthaft mit dem Problem der Verringerung der Verwundbarkeit ihrer Zivilbevölkerung befassen – oder wie ein anderer bekannter Experte es formulierte, von dem MAD-Konzept abrücken und sich dem sowjetischen SANE-Programm (survival and national existence – Überleben und nationale Existenz) annähern⁹.

Durchführbarkeit eines Zivilverteidigungsprogramms

Zivile Verteidigung besteht im wesentlichen in einem Programm, durch das mit Hilfe einer Kombination von Maßnahmen die Wirksamkeit eines Angriffs gemildert werden kann¹⁰. Manche Leute, die darüber schreiben, ziehen den Begriff der passiven Verteidigung vor, die durch Maßnahmen zur Verteidigung der Bevölkerung, Tarnung und Auseinanderziehen erreicht wird – also genau die Maßnahmen, wie sie zum Schutze der strategischen und taktischen Einsatzstreitkräfte getroffen werden.

Die Ziele, um die herum ein Zivilverteidigungsprogramm formuliert wird, sind: Erhaltung der weiteren Funktionsfähigkeit der Regierung in wesentlichen Punkten; Schutz der Bevölkerung; vernünftige Verteilung und Verwendung übrig gebliebener Ressourcen. Ein wesentliches und fundamentales Prinzip der Zivilen Verteidigung ist die doppelte Verwendung bestehender Einrichtungen und Organisationen. Viele der notwendigen Einrichtungen existieren bereits. So sind beispielsweise die baulichen Einrichtungen für den Strahlenschutz in vielen der bestehenden Gebäude bereits vorhanden¹¹. Man sollte dabei nicht vergessen, daß Kosten-Leistungs-Analysen generell erkennen lassen, daß bei Strahlenschutzräumen die Zahl der geretteten Menschenleben pro ausgegebenem Dollar am größten ist, bis zu dem Punkt, an dem jeder über einen Strahlenschutzraum

verfügt¹². Mit anderen Worten, die Zivile Verteidigung beginnt sich mit dem ersten ausgegebenen Dollar bezahlt zu machen, während einige Hundert Millionen Dollar ausgegeben werden müssen, ehe eine aktive Verteidigung wirksam wird.

Die Kosten für ein wirksames Schutzprogramm im Rahmen der Zivilen Verteidigung wären zu bewältigen und kämen in keinem Falle den Kosten der militärischen Aufwendungen der einzelnen Länder oder der NATO nahe. Im Gegensatz zu militärischen Systemen, die veralten, können die meisten Einrichtungen und das meiste Gerät für die Zivile Verteidigung, wie Schutzräume und Warngeräte, viele Jahre lang benutzt werden.

Ein Zivilverteidigungsprogramm wird jedoch niemals wirksam werden, wenn es dem nie endenden Prozeß der immer neuen Rechtfertigung seiner Ziele und Zwecke oder dem ständigen Auf und Ab unterworfen wird, wie es in so vielen nationalen Programmen deutlich wird. Es muß geplant und im wesentlichen vorhanden sein, ehe es zu einem Angriff in irgendeiner Form kommt. Wenn es voll wirksam sein soll, dann muß es nicht nur die Probleme unmittelbar vor und während eines Angriffs bewältigen, sondern auch die langfristigen Probleme des Überlebens und des Wiederaufbaus nach einem Angriff. Der relativ gute Stand der Vorbereitungen für die Zivilverteidigung in der Sowjetunion, in Schweden und in der Schweiz wurde nicht über Nacht erreicht. Er ist das Ergebnis jahrelanger konsequenter Investitionen in ein breites Spektrum von Zivilverteidigungsmaßnahmen.

NATO-Behörden für den Kriegsfall

Es ist allgemein bekannt, daß das Bevorratungsprogramm der NATO kein vollkommener Erfolg war. Wenn die Militärexperten damit rechnen, einen Krieg zu führen, der nicht sehr kurz ist, dann wird ihre Fähigkeit, einen solchen Krieg zu führen, davon abhängen, was der zivile Sektor zu ihrer Unterstützung aufbringen kann. In der Vergangenheit lagen die Voraussagen über die Kriegsdauer bekanntlich stark daneben. Um die Ordnung und die Koordination bezüglich einer Vielfalt von Ressourcen aufrechtzuerhalten, würde die NATO zivile Kriegsbehörden einrichten, um Schifffahrt, Luftfahrt, Erdöl, Nahrungsmittel, Verkehrswesen und den Transport und die Versorgung von Flüchtlingen zu kontrollieren. Diese Behörden würden versuchen, den Erfordernissen des militärischen und des zivilen Sektors in ausgewogener und gerechter Weise nachzukommen. Diese Vorkehrungen entsprechen den Plänen, die auf nationaler Ebene vorhanden sein sollten.

Das Personal für diese Behörden kommt aus den Mitgliedsländern und ist normalerweise schon vorher bestimmt. Aber die bestehenden Mobilisierungs- und Personalbesetzungspläne sind fragwürdig und die vorgesehenen Standorte für diese Behörden sind häufig ungeeignet. Wer ist für diesen traurigen Zustand verantwortlich? Eine stärkere und aktivere Beteiligung an Übungen und eine stärkere Vertretung der höheren NATO-Behörden würde die Lücken jenen deutlich machen, die am besten in der Lage sind, sie zu schließen. Bisher sind alle Mahnungen an die Beteiligten erfolglos geblieben.

Weitere Überlegungen

Auf der strategischen Ebene ist es fraglich, ob die anderen Verbündeten der Vereinigten Staaten ernsthafte Überlegungen hinsichtlich ihrer strategischen Position gegenüber der Sowjetunion anstellen. Vom Standpunkt der Zivilen Verteidigung sollten diese Verbündeten zwei Situationen nicht außer acht lassen. Erstens ist es vorstellbar, daß ein nuklearer Austausch nur zwischen den beiden Supermächten stattfindet. Länder an den Flanken, wie etwa Kanada, könnten zwar von den direkten Auswirkungen verschont bleiben, könnten aber von radioaktivem Niederschlag auf ihrem Territorium betroffen werden, was viele zivile und weniger militärische Probleme schaffen würde. Zweitens würden Vorbereitungen dieser Verbündeten für die Zivile Verteidigung die wichtigen strategischen Faktoren und Entscheidungen sicherlich nicht ändern. Aufgrund ihrer Bündnisverpflichtungen könnten diese Länder jedoch in einen Krieg verwickelt werden, in dem schließlich Nuklearwaffen zum Einsatz kommen könnten. Daher darf ein angemessener Stand der Vorbereitung nicht, wie dies bisher der Fall war, durch das Hirngespinnst verhindert werden, daß das, was auf diesem Gebiet getan wird, die Abschreckung aus den Angeln heben könnte¹³.

Eine weitere Überlegung betrifft die Verteidigungsstrategie der NATO, die heute auch die Möglichkeit einer konventionellen Antwort auf einen Vorstoß der Sowjets in Westeuropa vorsieht. Wenn also ein konventioneller Krieg eine ganze Zeit andauern könnte, dann würde das bedeuten, daß Städte und Dörfer in europäischen Ländern mit nichtnuklearen Waffen angegriffen würden¹⁴.

Es wäre höchst töricht zu glauben, ein konventioneller Krieg würde weniger Zerstörung bringen und wäre daher wünschenswerter als ein Nuklearkrieg; oder daß strategische Trägerwaffen nicht gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt würden. Ohne Frage sind heute die Trägersysteme, die Waffen, die Treffsicherheit und die Zer-

störungskraft so stark verbessert, daß sie unvorstellbaren Schaden, unvorstellbares Leiden anrichten können. Es ist ferner eine Tatsache, daß moderne konventionelle Kriege weit mehr Verluste unter der Zivilbevölkerung angerichtet haben als unter den Soldaten. Wenn man erst einmal zu diesen Erkenntnissen gekommen ist, dann ist es schwer, die Geringfügigkeit der Vorbereitungen für die Zivile Verteidigung in den meisten NATO-Ländern zu rechtfertigen.

Was tun die Sowjets?

Die jüngsten Enthüllungen über das sowjetische Zivilverteidigungsprogramm sind nichts Neues. Die Sowjets sind sich darüber im klaren, daß ein Nuklearkrieg eine Katastrophe ohnegleichen wäre. Sie sind jedoch nicht nur der Überzeugung, daß der Sieg jener Seite zufallen werde, die alles für ihre Verteidigungsposition getan hat¹⁵, sondern daß Vorbereitungen für die Zivile Verteidigung die Auswirkungen eines Nuklearkrieges vermindern würden. Der Chef der Zivilen Verteidigung in der Sowjetunion hat den Rang eines Stellvertretenden Verteidigungsministers, was erkennen läßt, daß das Programm in der sowjetischen Verteidigungspyramide einen hohen Platz einnimmt.

Partei und Regierung in der UdSSR haben der Zivilen Verteidigung ohne Frage „außerordentliche und entscheidend wichtige Aufgaben“ übertragen, einschließlich des Schutzes der Bevölkerung, der Vorbereitung für die Gewährleistung des Funktionierens der Volkswirtschaft und der „Organisation und Ausbildung, damit wesentliche Rettungs- und Schadensbehebungsarbeiten durchgeführt werden können“¹⁶. Der sowjetischen Bevölkerung wird eingepflegt, daß zwar „die erörterten Zerstörungsmittel als Massenvernichtungswaffen bezeichnet werden, daß sie jedoch keine Massen der Bevölkerung vernichten werden, sondern nur jene, die das Studium, die Beherrschung und die Anwendung dieser Mittel vernachlässigen“¹⁷.

Mit Hilfe der Pläne für eine Evakuierung und Unterbringung der Bevölkerung in Schutzräumen, so heißt es, sollen die Verluste aus den direkten Auswirkungen eines nuklearen Schlagauschusses auf weniger als zehn Prozent der Bevölkerung gesenkt werden. Trotz des Zynismus, der in dieser Art von Effektivität zum Ausdruck kommt, wäre es klug, sich an eine Bemerkung von Paul Nitze zu halten:

„Es liegt auf der Hand, daß sie . . . eine Einstellung zum Nuklearkrieg entwickelt haben, die von der für Amerika weitgehend unverständlichen Annahme ausgeht, daß es zu einem Nuklearkrieg kommen und daß die Sowjetunion ihn überleben könnte“¹⁸.

Zusammenfassung

In meinen bisherigen Ausführungen habe ich versucht, die nach meiner Auffassung relevanten Faktoren aufzuzeigen, die es zwingend notwendig machen, daß der Zivilen Verteidigung in der strategischen Position der NATO ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Hinsichtlich der technischen Möglichkeiten des Schutzes der Bevölkerung bestehen keinerlei Ungewißheiten. Von dieser Prämisse ausgehend müßte es möglich sein, ein Zivilverteidigungsprogramm zu entwickeln, das seinen Zweck erfüllt. Bis jetzt ist die Zivile Verteidigung kein wesentlicher Faktor in der Abschreckungs- oder Verteidigungskonzeption des Westens gewesen. Die Zivile Verteidigung und andere Programme zur Schadensminderung müssen stärker berücksichtigt werden.

Darüber hinaus wäre es gut, wenn man nicht nur an strikt technische Dinge denken würde, wenn man den Wert der Zivilen Verteidigung festzulegen versucht. Wenn sie vorhanden ist, dann könnte das im Augenblick der Krise bedeuten, daß, wie es Bernhard Brodie ausdrückt, „mutige und keine feigen politischen Entscheidungen getroffen werden“. Und ohne Frage kann ein solcher Schutz aus humanitären Gründen gerechtfertigt werden, denn kein Land, das sich demokratisch nennt, hat das moralische Recht, Maßnahmen abzulehnen, die Millionen von Menschenleben retten könnten, die sonst verloren wären.

Und letztlich wird die Entscheidung, in einen Krieg zu ziehen oder auf eine internationale Einschüchterung oder Provokation zu antworten, davon abhängen, ob die Führer eines Landes die von ihnen verfolgten Ziele höher einschätzen als das unausweichliche Risiko einer schmerzlichen Antwort des Gegners. Wenn es jedoch um eine solche Entscheidung geht, dann wird das Wissen, daß Vorbereitungen zum Schutze der Bevölkerung getroffen worden sind – im Gegensatz zu dem jetzigen Zustand, da die Menschen als schutzlose Opfer ausgeliefert sind – die Entschlossenheit der Führer stärken, der Herausforderung an die Integration oder gar Existenz der NATO entgegenzutreten.

1 Unter anderem: Strategic Survey 1976, IISS, London, 1977; „Civil Defence in the Soviet Union“, International Defence Review, 4/77; Civil Preparedness Review Part II, „Industrial Defence and Nuclear Attack“, Bericht des Gemeinsamen Ausschusses für Verteidigungsproduktion des US-Kongresses, USGPO, April 1977; „Soviet Civil Defence: Some Myths in the Western Debate“, SURVIVAL, IISS, Mai/Juni 1978, vor allem Malcolm Machintosh, Strategic Review, United States Strategic Institute, Washington, Winter 1979.

2 Escott Reid, „Times of Fear and Hope – The Making of the North Atlantic Treaty 1947–49“, McClelland and Stewart, Toronto, 1977.

3 Garantierte Zerstörung wurde von dem damaligen

US-Verteidigungsminister Robert McNamara als die Fähigkeit bezeichnet, ein Fünftel bis ein Viertel der sowjetischen Bevölkerung und etwa die Hälfte der Industrieproduktion zu vernichten.

- 4 Stephen Canby, „The Alliance and Europe, Part IV“, Adelphi Paper No. 109, IISS London oder „Future of Arms Control, Part I“, Adelphi Paper No. 141, IISS London.
- 5 Hermann Kahn, „On Thermonuclear War“, Princeton University Press, Princeton, 1960.
- 6 Bernard Brodie, „War and Politics“, Casell & Co., London, 1974, S. 420.
- 7 Donald C. Brennan, „On War“, SURVIVAL, IISS, London, Jan./Febr. 1978.
- 8 Bernard Brodie, „Anatomy of Deterrence“, Theories of Peace and Security, MacMillan, 1970, Herausgeber J. Garnett, S. 99.
- 9 John Erickson, „The Soviet Military Effort in the Seventies: Perspectives and Priorities“, RUSI and Brassey's Defence Year Book 1976/77, London, S. 99.
- 10 In einigen Ländern ist der Versuch gemacht worden, die Glaubwürdigkeit der Zivilen Verteidigung zu erhöhen, indem man ihr eine Fülle anderer Aufgaben

übertrug, die euphemistisch als Nothilfe oder Katastrophenhilfe in Friedenszeiten bezeichnet werden. Weil Katastrophen häufig auftreten können, besteht die gefährliche Tendenz, daß die täglichen Vorbereitungen auf solche den eigentlichen Grund für die Zivile Verteidigung völlig verdrängen.

- 11 Eine Untersuchung in Kanada hat ergeben, daß über 70 000 Gebäude bereits gute Schutzmöglichkeiten bieten; dabei sind über zwei Millionen Haushalte mit Kellern unter der Erdoberfläche, die als Schutzräume eingerichtet werden könnten, nicht eingerechnet. Untersuchungen in anderen Ländern haben zu ähnlichen Ergebnissen geführt.
- 12 G. R. Lindsay, „The Strategy and Economics of Intercontinental Missile Defence“, ORD Informal Paper No. 65, Ottawa, 1965.
- 13 Eine andere Auffassung wird in dem Artikel „Zivile Verteidigung – Konzept der Bundesregierung“ von Peter Menke-Glückert im NATO-BRIEF März/April 1979 vertreten, wo in These 3 und 7 erklärt wird, daß Vorbereitungen in großem Stil dem Warschauer Pakt ein „falsches Signal“ (Unterlaufen nuklearer Parität) geben könnten; auf der anderen Seite würde der dort geforderte „Minimalschutz“ bereits eine Ver-

besserung gegenüber dem derzeitigen Stand in der NATO bedeuten.

- 14 S. T. Cohen und W. R. van Cleave, „Western Europe – Collateral Damage and Tactical Nuclear Weapons“, RUSI Journal, London, Juni 1976; Paul Brakken, „Urban Sprawl and NATO Defence“, SURVIVAL, IISS, Nov./Dez. 1976; Edward Luftwak, „The American Style of Warfare and the Military Balance“, SURVIVAL, IISS, März/April 1979.
- 15 R. L. Garthoff, „Soviet Strategy in the Nuclear Age“, Praeger, New York, 1958, S. 90; P. Vigor, „Soviet Views on War, Peace and Neutrality“, Routledge & Kegan Paul, London 1975, S. 111; V. I. Sokolovskiy, „Soviet Military Strategy“, herausgegeben von H. F. Scott, Crane & Russak, New York, 1975.
- 16 R. W. Barnett, „Trans-SALT: Soviet Strategic Doctrine“, ORBIS, Band XIX, No. 2, 1975, S. 546.
- 17 N. I. Akimov, „Civil Defence – Moscow 1969“, übersetzt von S. J. Rimshaw (1971), Erklärung von Marschall Tschuikow.
- 18 P. H. Nitze, „Assuring Strategic Stability in an Era of Detente“, Foreign Affairs, Januar 1976, Band 54, No. 2.

Die Zivilverteidigung in der Sowjetunion

Als Marschall Sokolowski 1962 sein aufsehenerregendes Buch „Militärstrategie“ veröffentlichte, und die Zweitaufgabe bereits einige Monate später folgte, konnte der Leser einen interessanten Unterschied feststellen: Die Zweitaufgabe war neben einigen geringfügigen Änderungen um das Kapitel „Zivilverteidigung“ erweitert worden. Insgesamt gesehen konnte diese Tatsache nicht überraschen. Die sowjetische Militärdoktrin hat die Bedeutung der zivilen Verteidigung oder des sogenannten Hinterlandes nie in Frage gestellt. Sie wurde von Lenin bestimmt, der einstmals behauptet hat: „Um einen Krieg gründlich zu führen, bedarf es eines gut organisierten Hinterlandes. Die beste Armee, die der Sache der Revolution ergebensten Menschen werden auf der Stelle vom Feind vernichtet werden, wenn sie nicht genügend bewaffnet, mit Lebensmitteln versorgt und geschult sind.“

Stalin zählte die „Stabilität des Hinterlandes“ sogar zu einem der „Fünf Faktoren“, die für das Erringen des Sieges im Kriege von entscheidender Bedeutung seien.

Es sind vor allem zwei Grundsätze der sowjetischen Militärdoktrin, die der Zivilverteidigung Rang und Bedeutung zugewiesen haben:

● Ein Krieg in Europa könne sich sehr leicht und sehr schnell zu einem atomaren Weltkrieg ausdehnen, und

● ein solcher Krieg könne nur unter Förderung und Einsatz aller fünf Teilstreitkräfte gewonnen werden.

Daß die sowjetische Führung die Zivilverteidigung etwa wie eine sechste Teilstreit-

kraft betrachtet, zeugt von der Bedeutung, die ihr heutzutage beigemessen wird.

Die Geschichte

Am 4. Oktober 1932 hatte der „Rat der Volkskommissare der UdSSR“ die „Verordnung über die Luftverteidigung des Territoriums der UdSSR“ in Kraft gesetzt. Mit dieser Verordnung wurde die Basis für die Tätigkeit der sogenannten MPVO (Mestnoje Protivo Vozdushnaja Oborona), einer Art „lokale Luftverteidigung“ der Sowjetunion geschaffen.

Die Bewährung brachte der Zweite Weltkrieg. Hier handelte es sich praktisch um die Beseitigung der von der deutschen Luftwaffe verursachten Schäden, wie Löschen von Bränden, Instandsetzen von Eisenbahnen, Brücken, Fernmeldeeinrichtungen und Industriebetrieben, Unschädlichmachen von Bomben und Geschossen u. a. m.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hörte man jahrelang nichts über die Zivilverteidigung. Das mag folgende Gründe haben:

● In den ersten Jahren nach dem Krieg hatte die sowjetische Führung alle Hände voll zu tun, die Kriegsschäden zu beseitigen und Städte, Fabriken und Wohnhäuser zu bauen.

● Man konnte es der Bevölkerung, die den Krieg unter fürchterlichen Schwierigkeiten durchgestanden hatte, einfach nicht zumuten, schon wieder an einen neuen Krieg mit sicherlich noch viel größeren Problemen zu denken; dazu bedurfte es längerer psychologischer Vorbereitungen. So hat Stalin es jahrelang verhindert, die Bevölke-

rung über die möglichen Konsequenzen eines atomaren Krieges zu informieren.

● Die Sowjets haben zwar ihre atomaren Waffen relativ schnell nach dem Krieg konstruiert, aber erst etwa ab 1960 konnten diese Waffen auf breiter Basis an die Truppe verteilt werden. Erst seitdem sprechen die Sowjets von der sogenannten „Revolution im Militärwesen“.

● Der damalige Parteichef Chruschtschow und die führenden Militärs waren der Ansicht, daß ein neuer Weltkrieg bereits in der Anfangsphase mit tödlichen Zerstörungen im Inneren der Länder beider Seiten beginnen würde, und daß es kaum eine Überlebenschance geben würde. Dem damaligen Verteidigungsminister Marschall Malinowskij wird nachgesagt, behauptet zu haben, Schutzbunker seien nicht mehr als „vorfabrizierte Särge“.

Nachdem allerdings die Sowjetunion etwa 1960 nicht nur strategische, sondern auch operativ-taktische Raketen in ausreichender Menge in die Truppe eingeführt hatte, wurde die sowjetische Führung auch auf dem Gebiet der Zivilverteidigung aktiv:

● Im Juli 1961 wurde die MPVO (lokale Luftverteidigung) in die GO (Grashdanskaja Oborona = Zivilverteidigung) umgewandelt und dem Verteidigungsministerium unterstellt. Die Bedeutung dieser Umorganisation kann auch aus der personellen Besetzung der Spitzenposition ersehen werden: Erster Chef wurde der verdienstvolle Marschall und Eroberer von Berlin, Tschuikow, vorher Oberbefehlshaber der sowjetischen Landstreitkräfte und Stellvertretender Verteidigungsminister.

● Mit der Erweiterung von Marschall Sokolowskis Buch „Militärstrategie“ um das Ka-

pitel „Zivilverteidigung“ 1963 wurde dokumentiert, daß diese als Teil der Gesamt-Militärstrategie angesehen wurde.

● Am 16. März gab Marschall Tschujikow der Zeitung „Moskowskaja Prawda“ ein Interview. Darin brachte er u. a. zum Ausdruck: „Wenn wir die möglichen Folgen einer Atomraketenkatastrophe nüchtern bewerten und sie in keiner Weise verkleinern, sind wir Kommunisten fest davon überzeugt, daß die Menschheit und Zivilisation der Welt nicht verschwinden werden, und daß der uns aufgezwungene Vernichtungskrieg zum endgültigen Zusammenbruch des Kapitalismus als sozial-ökonomische Formation und zum Sieg des neuen, fortschrittlichen sozialistischen Systems führen wird.“ Welch ein Unterschied zur Auffassung Chruschtschows!

● Beim XXIII. Parteitag 1966 forderte Generalsekretär Breschnew, daß die Zivilverteidigung „vervollkommnet“ werden müsse. Der Parteitag selbst beschloß, daß diese „Vervollkommnung“ ein „ständiges Anliegen von Partei und Gesellschaftsordnung“ sein müsse. Damit wurde der Zivilverteidigung eine erheblich größere Bedeutung beigemessen.

● 1971 wurde Generaloberst Altunin, ein jüngerer, dynamischer Offizier, mit der Leitung der Zivilverteidigung beauftragt, Anfang 1972 wurde er auch Stellvertretender Verteidigungsminister, kurze Zeit später wurde er zum Armeegeneral befördert.

● Schon 1967 wurde in Moskau eine Militärakademie der Zivilverteidigung eröffnet, die in Drei-Jahre-Lehrgängen Offiziere für die mechanisierten Verbände der Zivilverteidigung ausbildet.

● In seinem 1975 herausgegebenen Buch „Die Streitkräfte des Sowjetstaates“ schrieb Marschall Gretschnko, Verteidigungsminister und Mitglied des Politbüros, daß die „Zivilverteidigung heute eine Angelegenheit von strategischer Bedeutung“ sei. Nach seiner Ansicht erfordere die moderne Kriegführung die Bildung eines „sorgfältig durchdachten Systems, das die Stabilität der gesamten nationalen Wirtschaft und den zuverlässigen Schutz der Bevölkerung des Landes gewährleistet“.

Die Organisation der sowjetischen Zivilverteidigung

Chef ist, wie bereits erwähnt, Armeegeneral Altunin. Er gehört mit der von ihm geleiteten Hauptverwaltung Zivilverteidigung zum Verteidigungsministerium.

Unter ihm gibt es allein mindestens 70 Generale, die als Leiter der Zivilverteidigung in den verschiedenen Republiken und darunter tätig sind.

Die Anzahl der Soldaten, die in den über das ganze Territorium der UdSSR dislozierten mechanisierten Bataillonen dienen, wird auf 70 000 bis 100 000 geschätzt. Die Offiziere dieser Verbände werden an der Moskauer Militärakademie für Zivilverteidigung ausgebildet. Über die weitere Organisation schweigen sich sowjetische Veröffentlichungen beharrlich aus. Es ist aber offensichtlich, daß diese Spezialverbände auf das ganze Land verstreut disloziert, weitgehend motorisiert oder mechanisiert sind, und Großstädte und Ballungsgebiete meiden. Sokolowski schreibt darüber:

„Da bei thermonuklearen Schlägen des Gegners mit ungeheurer großen Zerstörungen und Verlusten zu rechnen ist, muß eine große Anzahl von Spezialverbänden der zivilen Verteidigung für die Beseitigung der Folgen eines feindlichen Angriffs auf das Hinterland aufgestellt werden. Hierbei kann es sich um Abteilungen des Rettungs- und Instandsetzungsdienstes sowie um Kraftfahrzeugkolonnen handeln. Diese Abteilungen müssen so ausgerüstet sein, daß sie in der Lage sind, mit eigenen Fahrzeugen größere Entfernungen zurückzulegen. Damit die Truppen der zivilen Verteidigung imstande sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, müssen sie in entsprechender Entfernung von großen Städten und Industrieanlagen stationiert werden.“

Die sowjetische zivile Verteidigung ist straff zentral organisiert. Unterhalb der ministeriellen Hauptverwaltung Zivile Verteidigung sieht es wie folgt aus:

● Jede Sowjetrepublik verfügt über einen Zivilverteidigungsstab, der jeweils von einem aktiven General der Streitkräfte geführt wird.

● Jedem Befehlshaber eines Militärbezirks ist eine Stabsabteilung unterstellt, die für die Zivilverteidigung zuständig ist.

● Auf allen darunter liegenden Ebenen der staatlichen Verwaltung bestehen Dienststellen der Zivilverteidigung, die eng mit den regionalen Organen von Partei und Staat zusammenarbeiten. Sie sind fast ausschließlich Reserveoffiziere.

● Daneben gibt es einen funktionellen Befehlsweg, der von verschiedenen Ministerien herunter zu volkswirtschaftlichen Objekten wie Fabriken, Sowchosen, Kolchosen u. a. m. führt. So sind die Direktoren der Fabriken bzw. Vorsitzenden der Sowchosen und Kolchosen gleichzeitig für die Zivilverteidigung verantwortlich.

● Für die vielfältigen Aufgaben zum Schutze der Städte und Betriebe gibt es mehrere Zivilschutzdienste, deren wichtigste sind:

- Brandschutzdienst,
- Technischer Dienst,
- Chemischer Dienst I (Entgiften von Personen und Bekleidung),

- Chemischer Dienst II (Entgiften von Gebieten und Gebäuden),
- Ordnungs- und Sicherheitsdienst,
- Nachrichten-, Warn- und Alarmdienst,
- Medizinischer Dienst,
- Veterinärdienst,
- Schutzraumdienst,
- Verdunkelungsdienst.

Auf den untersten Ebenen der örtlichen Zivilverteidigung gibt es Selbstschutzgruppen mit ähnlichen Aufgaben wie bei den Zivilschutzdiensten. Hier sei noch einmal Sokolowski zitiert:

„Das Prinzip der zivilen Verteidigung beruht in der UdSSR auf dem Prinzip einer straffen, zentralisierten Verwaltung. Sie besteht unter der Führung des Allunionsstabes der zivilen Verteidigung. Außerdem gibt es auf Republik-, Gebiets- und Stadtebene Stäbe, die sich aus Vertretern verschiedener Behörden zusammensetzen. Ihnen sind Spezialdienste unterstellt, und zwar solche für ärztliche Hilfe, Ernährung, Verkehr, Warnsystem, Nachrichtenwesen u. a. Die Stäbe organisieren eigene Führungsstellen. Diese Organisation entbindet jedoch die Ministerien, Behörden, Dienststellen und Organisationen nicht von ihrer Verantwortung für die planmäßige Arbeitsleistung in den Betrieben und Dienststellen sowie für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und für ihre allseitige Betreuung im Falle eines Krieges.“

Aufgaben der Zivilverteidigung

Sokolowski hat die Aufgaben der zivilen Verteidigung wie folgt formuliert:

„Die zivile Verteidigung hat vor allem die für eine normale Tätigkeit aller Führungsstellen des Landes im Kriege und für eine hohe Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Das geschieht durch weitgehenden Schutz der Bevölkerung vor Massenvernichtungsmitteln, durch umfassende und vielseitige Hilfeleistungen für die Geschädigten und durch rasche Beseitigung der Folgen nuklearer Angriffe des Gegners.“

Nach sowjetischer Auffassung sind diese Aufgaben eng miteinander verflochten, und die Erfüllung einer jeden von ihnen erleichtert die Lösung der anderen sehr wesentlich. Die Durchführungsmethoden sind verschieden:

● Ein Teil der Maßnahmen wird auf Beschluß der Regierung für das ganze Land durchgeführt, wie zum Beispiel die gegebenenfalls notwendige Evakuierung der Bevölkerung, die Aufrechterhaltung des Verkehrs, des Fernmeldewesens sowie der staatlichen Verwaltung, die Aufstellung von Spezialtruppen der Zivilverteidigung usw.

● Ein anderer Teil erfolgt, wie bereits erwähnt, ebenfalls auf Landesebene auf Anordnung der Fachministerien und Verwaltungen.

● Schließlich wird eine dritte Art von Maßnahmen dezentralisiert innerhalb der Städte, Betriebe, Sowchosen/Kolchosen und Dienststellen getroffen.

Daß die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für die Sowjetunion von lebenswichtiger Bedeutung ist, daran hat die sowjetische Führung nie einen Zweifel gelassen.

Hier liegt mit Sicherheit der Schwerpunkt aller Bemühungen. Nach sowjetischer Ansicht könne man hier bereits in Friedenszeiten durch Dezentralisierung der Betriebe, durch den Bau von Ausweichbetrieben und durch beschleunigten Ausbau von Atomschutzbunkern vieles tun. Sokolowski empfahl bereits 1963:

„Wichtige Kriegsbetriebe können unter die Erde verlegt werden, in rechtzeitig dafür vorbereiteten Anlagen. Natürlich ist die Wirtschaft keines Landes, auch nicht des mächtigsten Staates, in der Lage, den wesentlichen Teil der Industrieobjekte unter der Erde unterzubringen, daher werden solche Schutzräume nur für die wichtigsten Objekte verwendet. Für die übrigen werden lediglich stabile unterirdische Führungsstellen geschaffen.“

Zur Dezentralisierung der Industriebetriebe sagte der damalige Verteidigungsminister Marschall Gretscho 1971:

„Durch die Verlegung der Produktionskräfte in den Osten, das heißt näher an die Rohstoff- und Energiequellen, und ihre gestreute Ansiedlung in den Wirtschaftsregionen wird die Verteidigungskraft der Sowjetunion erheblich gestärkt und unsere Industrie weniger verwundbar.“

Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß die Sowjetregierung alles getan hat und tun wird, um ihre Wirtschaft, insbesondere ihre Kriegswirtschaft, auch bei einem atomaren Konflikt möglichst leistungsfähig zu halten.

Für den Schutz der Bevölkerung gibt es zwei Lösungen:

● Weitgehende Evakuierung der Bevölkerung und

● Bau von modernen Schutzbunkern in genügendem Ausmaß.

Selbstverständlich ist die Evakuierung der Bevölkerung keine befriedigende Lösung, das wissen auch die Sowjets. Sie ist also nur als Zwischenlösung anzusehen, da sie den Vorteil hat, keine allzu hohen Kosten zu verursachen. Aber auch eine vorgesehene Evakuierung bedarf sorgfältiger Planungen und Vorbereitungen, wie

● der Organisation des Abtransportes,

● der Aufnahme in den Auflockerungsräumen,

● der behelfsmäßigen Unterbringung und Verpflegung der Evakuierten.

Aber das kann in Friedenszeiten bis ins einzelne vorbereitet werden. Die evakuierte Bevölkerung kann mit herangezogen werden, Schutzgräben, Erdlöcher und Schutzstollen zu bauen. Hier kann die besondere Fähigkeit der sowjetischen Bevölkerung zum Improvisieren besondere Früchte tragen.

Als einziger ausreichender Schutz in einem atomaren Krieg gilt natürlich nur eine genügende Anzahl moderner Schutzbunker.

Kein Mensch im Westen weiß, in welchem Ausmaß die Sowjets tatsächlich solche Bunker gebaut haben. Hier ergeben sich zwei, auch für die Sowjetunion riesenhafte Probleme: Einmal das der hohen Kosten und zum anderen das der angespannten, völlig ausgelasteten Baukapazität. Jeder Rubel, der für die Zivilverteidigung ausgegeben wird, geht der Volkswirtschaft verloren, denn alle diese Dinge sind reine Vorsorgemaßnahmen, die in Friedenszeiten nichts einbringen.

Es kann jedoch mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die Sowjets in jedem Jahr eine gewisse Summe der Zivilverteidigung zur Verfügung stellen.

Wenn westliche Experten diese Summe jährlich zwischen zwei und sechs Milliarden veranschlagen, ist das für dieses Riesenland mit über 260 Millionen Einwohnern gar nicht so viel. Und die seit Jahren überlastete sowjetische Bauindustrie, die sich von einem zum anderen Fünfjahresplan plagen muß, um die ehrgeizigen Pläne der Regierung erfüllen zu können, kann nur ein geringes Maß ihrer Kapazität den Bauten der Zivilverteidigung widmen.

Sicherlich wird man, und das schon seit Jahren, alle öffentlichen Neubauten wie Schulen und Universitäten, Verwaltungs- und Parteibauten mit modernen, atom-sicheren Unterkellerungen versehen. Gleiches gilt in noch stärkerem Maße für neu zu errichtende Fabriken und Betriebe, vor allem für solche kriegswichtiger Art.

Am leichtesten dürfte dieses Problem in den mit einer U-Bahn versehenen Städten wie Moskau, Leningrad, Kiew, Charkow, Sewastopol, Baku und Tiflis sein. So soll zum Beispiel die Moskauer Metro einige U-Bahn-Schächte haben, die verkehrsmäßig gar nicht so wichtig seien, aber den Zwecken der Zivilverteidigung dienen können. Insgesamt soll die Moskauer Metro etwa eine Million Menschen aufnehmen können. Auch Stalin hat mit seinem Generalstab während des Zweiten Weltkrieges eine Zeitlang dort gelebt. Alle diese U-Bahnen verfügen in ihren Bereichen über schwere, drucksichere Türen, so daß einzelne Teile

oder Bereiche je nach Bedarf abgeriegelt werden können.

Die Planer der sowjetischen Zivilverteidigung sind gehalten, die Schutzbunker auch als Mehrzweckbauten zu errichten. Sie sollen in Friedenszeiten als Garagen, Lagerhäuser, Ausbildungsstätten usw. verwendet werden können. Selbstverständlich werden darin auch Spezialbekleidung, Schutzmasken und Atemgeräte, ebenso wie Lebensmittel, Wasser und dergleichen aufbewahrt.

Es sollte noch erwähnt werden, daß auch das Aufrechterhalten der öffentlichen Ordnung im atomaren Konfliktfalle Probleme aufwerfen könnte. Auch hier helfen Spezialdienste der zivilen Verteidigung. Darüber hinaus sind Staatssicherheits- und Polizeiorgane stark und erfahren im Umgang und Niederhalten oppositioneller Kräfte. Hier sind in der Tat kaum Schwierigkeiten für Partei und Staat zu erwarten.

Die Ausbildung und Unterweisung der Bevölkerung

Es ist natürlich nicht leicht, auch bei sowjetischen Verhältnissen nicht, eine 260-Millionen-Bevölkerung in den vielfältigen Aufgaben der Zivilverteidigung auszubilden. Man sollte daher eher von einer Unterweisung als von einer Ausbildung sprechen. Trotzdem soll im Folgenden für beide Begriffe der Ausdruck Ausbildung gebraucht werden.

Erstmals 1955/56 wurde mit einer Aufklärung der Bevölkerung auf breiter Basis begonnen; sie vermittelte in 10 Stunden Unterricht Grundkenntnisse über den Schutz gegen Atomangriffe. Der zweite Kursus wurde 1956/58 durchgeführt, andere folgten. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1972 wurde ein jährliches „Minimalprogramm“ von 20 Stunden befohlen, das unter der Bezeichnung „Hinwenden zur Praxis“ steht. Das Ausbildungsjahr der Zivilverteidigung beginnt, wie bei den Streitkräften, am 1. Dezember.

Die Ausbildung sieht so aus:

● In den Monaten Dezember/Januar wird die theoretische Ausbildung nach dem 20-Stunden-Minimalprogramm durchgeführt. Gleichzeitig wird in dieser Zeit mit der Spezialausbildung der Formationen begonnen.

● In den Monaten Februar bis Mai stehen auf dem Programm:

- Taktische Spezialausbildung der Formationen,
- Prüfungen zur Erfüllung der Leistungsnormen,
- Kommando-Stabsübungen in den Betrieben,
- Betriebsübungen der Zivilverteidigung.

● Die Monate Juni bis August werden für

ZV-Veranstaltungen von ZV-Stäben und ZV-Lehrgänge in Pionierlagern benutzt.

● Der Monat September dient zur Festigung der erworbenen Kenntnisse.

● Im Oktober beginnt bereits die Vorbereitung für das nächste Jahr, wie

- Beurteilung der Gesamtergebnisse des Vorjahres,
- Durchführung von Lehrvorführungen,
- Auswahl und Ausbildung der Ausbilder,
- Aufstellung der Ausbildungspläne,
- Vervollkommnung der Ausbildungs-basen.

Bei der Ausbildung dürfen vorgeschriebene Zeiten weder gekürzt noch weggelassen werden.

Die gesamte arbeitende Bevölkerung wird in vier Gruppen eingeteilt:

● Zur ersten Gruppe zählen das Führungspersonal, die Dienstleiter und ingenieurtechnischen Mitarbeiter.

● Zur zweiten Gruppe das Führungspersonal der Gliederungen.

● Die dritte Gruppe bilden die Arbeiter, Angestellten und Kolchos- bzw. Sowchos-Angehörigen.

● Zur vierten Gruppe gehören alle übrigen.

Die nichtarbeitende Bevölkerung, wie Hausfrauen, Rentner und ähnliche, wird aufgefordert, das speziell für sie herausgegebene Merkblatt „Das muß jeder wissen“ zu studieren.

Eine besondere Bedeutung wird der Bewegung „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung“ beigemessen (russisch: GTO = gotow k trudu i oborone). Dieser wurden am 1. März 1972 neue Bedingungen auferlegt: Diese Bewegung soll die Grundlage für das System der Körperertüchtigung bilden.

Die altersmäßigen Grenzen wurden ausgedehnt und umfassen jetzt die Menschen vom 10. bis zum 60. Lebensjahr. Das System besteht aus fünf Stufen:

● Zur ersten gehören „Mutige und Gewandte“, bestimmt für Kinder von 10 bis 13 Jahren.

● Die zweite Stufe wird „Sportnachwuchs“ genannt und umfaßt Jungen und Mädchen von 14 und 15 Jahren.

● Den 16- bis 18jährigen Burschen und Mädchen steht die Erfüllung der Norm für die dritte Stufe, genannt „Kraft und Mut“, bevor. Sie ist bei den Burschen eine Vorbereitung für den Dienst in den Streitkräften.

● „Körperliche Vollkommenheit“, so heißt die vierte, die schwierigste Stufe. Sie erfaßt Männer vom 19. bis 39. und Frauen vom 19. bis 34. Lebensjahr.

● Die fünfte und letzte Stufe erfaßt alle Menschen des mittleren und bejahrten Alters. Sie heißt „Rüstigkeit und Gesund-

heit“. In besonderen Richtlinien und Übungen wird auf die Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit hingearbeitet.

Als eine neue Ausbildungsform wird vom General Altunin die „komplexe Betriebsübung unter Beteiligung der gesamten Anwohnerschaft“ empfohlen; waren solche Übungen 1975 noch als Lehrvorführungen gedacht, sollen sie nunmehr zur Regel werden. Als Weiterentwicklung sind Übungen „ganzer Regionen und noch größerer Gebiete“ geplant. 1975 wurde auch ein einheitliches System der Ausbilderschulung geschaffen.

Auch der Aus- und Weiterbildung der Bereitschaftsgruppen wird große Bedeutung beigemessen. Diese unterstehen den Chefs der Zivilverteidigung unmittelbar und können auch jederzeit zum Katastropheneinsatz befohlen werden. Sie haben sich bereits mehrfach bei Überschwemmungen, Waldbränden und Erdbeben bewährt.

Auch Studenten werden nicht vergessen. Sie nehmen als Soldaten oder in Unterführer-Funktionen an Übungen teil. Auch in ihre Diplomarbeiten werden Fragen der Zivilverteidigung eingearbeitet. Um das Interesse der gesamten Bevölkerung zu heben, werden an verschiedenen Sonntagen „Tage der Zivilverteidigung“ veranstaltet.

Man sieht, daß die Sowjets in der Tat eifrig bemüht sind, der gesamten Bevölkerung deutlich zu machen, daß sie ihren Teil für die allgemeine Sicherheit beitragen muß.

DOSAAF und Znaniye-Gesellschaft

Hauptträger der gesamten Ausbildung für die Zivilverteidigung ist die paramilitärische Organisation der DOSAAF (Dobrowolnoje Obschtschestwo Sodjestwija Armiy, Aviatij i Floty). Zu deutsch: Freiwillige Gesellschaft zur Unterstützung der Armee, Luftstreitkräfte und Flotte. Sie ist dem Verteidigungsministerium unterstellt.

Die „Freiwilligkeit“ ist dabei, wie in der Sowjetunion üblich, mehr theoretischer Natur. Wie bei allen anderen Massenorganisationen ist der Beitritt für Berufstätige, Studenten und Schüler mehr oder minder obligatorisch. Die genauen Mitgliederzahlen werden nicht bekanntgegeben, dürften aber inzwischen auf etwa 60 Millionen gestiegen sein, nachdem 1964 von 40, 1966 von 50 Millionen gesprochen wurde.

Sie gilt heute als größte paramilitärische Organisation der Welt. Vom sowjetischen Staat stark unterstützt, besteht ihre Hauptaufgabe darin, das Wehrdenken der Bevölkerung zu fördern und die Ausbildung der Jugend mit Waffen, an Fahrzeugen, Funk- und Radargeräten und auch in der Zivilverteidigung durchzuführen.

Die „Znaniye“-Gesellschaft (Gesellschaft für Erziehung und Wissenschaft) hat etwa drei Millionen Mitglieder, in der Mehrzahl Lehrer und Wissenschaftler. Sie leisten im Hinblick auf die Zivilverteidigung vor allem wissenschaftliche Arbeit und Erziehung der Bevölkerung. Als Unterrichtsmedien dienen vor allem Vorträge, auch unter Ausnutzung von Radio und Fernsehen, außerdem werden Zeitschriften und Bücher herausgegeben, in denen auf die Wichtigkeit der Zivilverteidigung hingewiesen wird. Die Gesellschaft informiert die Bevölkerung über die verschiedenen Wirkungsmöglichkeiten atomarer, chemischer und biologischer Waffen. Hauptzweck dieser Vorträge ist die politische Aufklärung der gesamten Bevölkerung, um diese zu großen und größeren Anstrengungen auf dem Gebiete der Zivilverteidigung anzuregen.

Mängel und Unzulänglichkeiten

Natürlich gibt es auf dem Gebiet der Zivilverteidigung auch Mängel und Unzulänglichkeiten.

So wundert es nicht, daß viele der überlasteten Betriebsleiter diese zusätzliche Bürde als lästig betrachten. Die sowjetische Presse berichtet relativ freimütig über diese Mängel, deren wichtigste sind:

● Das allgemeine Verständnis der gesamten Bevölkerung müsse angehoben werden.

● Ausbildungsniveau und Ausbildungsmethodik bedürfen der Verbesserung.

● Auch der Ausbildungsstand des Führungspersonals müsse verbessert werden.

● Das taktische Können mancher Offiziere sei unzureichend.

● Diese Fehler werden festgestellt, aber nicht abgestellt.

● Die ausgearbeiteten Pläne werden nicht immer verwirklicht. Die Durchführungsfristen werden willkürlich verlängert, auch verkürzt; beides sei zu verwerfen.

● Übungen werden manchmal schlecht vorbereitet und organisiert. Oft werden übliche Arbeiten im Betrieb unter dem Vorwand einer Übung durchgeführt.

● Oft begnüge sich die Bevölkerung mit dem Empfang von Merkblättern.

● Oft werden nicht einmal die einfachsten Geräte beherrscht.

● Zahlreichen Stäben fehle es an Führungseigenschaften.

● Auch die Vorbereitungen für einen friedensmäßigen Katastropheneinsatz seien nicht immer und überall vorbildlich; auch hier sei noch viel zu tun.

Beurteilung und Folgerungen

Daß die Sowjets die Zivilverteidigung als einen Faktor von strategischer Bedeutung ansehen, hat Marschall Sokolowski schon vor über 15 Jahren betont, als er schrieb:

„Die Gefahr der Anwendung von Massenvernichtungsmitteln im modernen Krieg, nicht nur gegen die Truppen auf den Schlachtfeldern, sondern auch gegen das tiefe Hinterland, hat eine neue Art der strategischen Sicherstellung der Lebensfunktionen des Staates hervorgebracht, die unter der Bezeichnung ‚Zivilverteidigung‘ bekannt ist. Daher wird der Vorbereitung und Organisation der Zivilverteidigung in letzter Zeit in allen Ländern große Aufmerksamkeit geschenkt.“

Der Ausbau der Zivilverteidigung ist ein Projekt nicht für Jahre, sondern für Jahrzehnte. Vor allem die Frage, in welchem Ausmaß Bevölkerung und Rüstungsindustrie verbunkert werden können, dürfte kaum jemand befriedigend beantworten können. Jede Angabe eines Zahlenwertes kann nur eine subjektive Vermutung sein.

Die sowjetische Presse ist zur Zurückhaltung verpflichtet. Aber eines dürfte klar sein: Ein solch gigantisches Unterfangen, wie es der Ausbau von Schutzbunkern für Bevölkerung und Kriegsindustrie darstellt, kann auch in der Sowjetunion nur in der Form praktiziert werden, daß man Prioritäten setzt. Sicherlich stehen Vorsorgeeinrichtungen für die Führungsorgane von Partei und Regierung ebenso im Vordergrund wie entsprechende Verbunkierungen der entscheidenden Kriegsindustrie. Und wenn darüber hinaus für die Bevölkerung etwas getan werden kann, dann in erster Linie für die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben.

Daß man in der Sowjetunion das steigende Interesse, das der Westen den erhöhten Anstrengungen der Sowjets auf dem Gebiet der Zivilverteidigung entgegenbringt, sehr wohl zur Kenntnis genommen hat, geht aus der Presse hervor. Man versucht, dem entgegenzuwirken und stellt heraus:

● Die sowjetische Zivilverteidigung verfolge ausschließlich humanitäre Ziele: Sie will vor allem die Bevölkerung schützen, die Wirtschaft stabil erhalten und Schäden nach einem Angriff reparieren können.

● Sie habe auf keinen Fall das Ziel, das strategische Gleichgewicht der Großmächte zu beeinflussen.

● Gewisse westliche Kreise berichten sehr gern über die sowjetischen Anstrengungen in der Zivilverteidigung, weil sie hoffen, dann mehr Geld für eigene Rüstungsvorhaben zu erhalten, um so bessere Geschäfte tätigen zu können.

● Wenn 1972 in der Sowjetunion ein gro-

ßer Schritt vorwärts auf dem Gebiet der Zivilverteidigung getan wurde, dann deshalb, weil es damals zahlreiche Naturkatastrophen gegeben habe, bei denen die Organe der Zivilverteidigung eingesetzt wurden und sich hervorragend bewährt haben.

Aber: Es erscheint nicht leicht, die sowjetischen Bürger für die Anstrengungen der Zivilverteidigung zu begeistern. Es ist auch jenseits des Eisernen Vorhanges schwer, mit dem Aufruf zur Erfüllung „patriotischer Pflichten“ immer neue Opfer zu verlangen.

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

An der Katastrophenschutzschule des Landes Schleswig-Holstein in Schönböken ist die Stelle eines

Lehrgruppenleiters

kurzfristig zu besetzen.

Sein Aufgabenbereich umfaßt vornehmlich das Vorbereiten und Durchführen von Lehrgängen für Führer und Unterführer des Sanitäts-, des Betreuungs- und des Versorgungsdienstes sowie für Helfer mit besonderen Funktionen in diesen Fachdiensten.

Gesucht wird eine Persönlichkeit, die über möglichst umfassende Kenntnisse und Erfahrungen im Katastrophenschutz verfügt und diese mit den Mitarbeitern ihrer Lehrgruppe den Lehrgangsteilnehmern zu vermitteln weiß.

Der Bewerber sollte gute pädagogische und organisatorische Fähigkeiten sowie praktische Erfahrungen im Unterrichtswesen besitzen.

Die Eingruppierung erfolgt nach BAT IV a mit Bewährungsaufstieg. Schönböken, Gemeinde Ruhwinkel, ist ein kleiner Ort in der Nähe Bornhöveds, ca. 15 km von Neumünster entfernt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten bis 20. Mai 1980 an

**Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein
– Amt für Zivilverteidigung und Katastrophenschutz –
Klopstockstraße 17
2300 Kiel**

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

- 1. Lehrkraft an der BVS-Schule Körtlinghausen**
(Verg.-Gr. IVb BAT) ab 1. Juli 1980
- 2. Sachbearbeiter/-in im Referat Ausbildung in der BVS-Bundeshauptstelle**
(Verg.-Gr. IVb BAT) ab sofort
- 3. Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Gelsenkirchen**
(Verg.-Gr. Vb BAT) ab sofort
- 4. Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Wuppertal**
(Verg.-Gr. Vb BAT) ab 1. Juli 1980
- 5. Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Ansbach**
(Verg.-Gr. Vb BAT) ab sofort

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bewerber mit abgeschlossener BVS-Fachausbildung werden bevorzugt. Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweise) sind bis zum **16. Mai 1980** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt. Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung.

NRW-Innenminister Dr. Hirsch:

Die Helfer im Katastrophenschutz erfüllen eine soziale und humanitäre Aufgabe von hohem Rang

In Nordrhein-Westfalen stehen fast 220 000 Helfer zur Gefahrenabwehr bereit – Neuer Schulleiter der Landes-Katastrophenschutzschule in Wesel eingeführt

Persönlichkeiten aus allen Bereichen des Zivil- und Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen trafen sich am 14. März 1980 in der Niederrheinhalle in Wesel zur Amtseinführung des neuen Leiters der Katastrophenschutzschule Nordrhein-Westfalen. Innenminister Dr. Burkhard Hirsch hatte dazu eingeladen, um Dipl.-Ing. Erich Hinz als Nachfolger des langjährigen Schulleiters Baron die Leitung der Schule offiziell zu übertragen.

Es war fast ein Familientreffen; man konnte sich, begrüßte sich herzlich und nutzte die Begegnung, um persönliche Kontakte zu vertiefen, Neues auszutauschen und Termine abzusprechen. Innenminister Dr. Hirsch ging in seiner grundsätzlichen Rede vor diesem fachkundigen Publikum detailliert auf die gemeinsam erzielten Fortschritte im Katastrophenschutz ein. Er stellte heraus, daß der Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen einen hohen Stellenwert hat. Dr. Hirsch wörtlich:

„Katastrophenschutz ist eine wichtige öffentliche Aufgabe. Es gilt, Menschenleben und Sachwerte zu retten. Wie wichtig sie ist, merken viele Menschen allerdings erst dann, wenn sie aus dem uns alle beherrschenden Gefühl herausgerissen werden, wir hätten die Naturkräfte unter Kontrolle und seien sicher. Wenn eine Katastrophe eingetreten ist, erkennen wir unseren Irrtum, rufen nach Hilfe und beschimpfen den, von dem wir behaupten, er hätte alles voraussehen müssen und können. Wenn wir allerdings erst dann beginnen, uns auf Notfälle einzurichten und unsere Organisation zu erproben, dann ist es zu spät.

Der Katastrophenschutz bewährt sich täglich

Katastrophenschutz beginnt bei der Vorbeugung. Niemand vermag exakt zu sagen, wie viele Pannen vermieden worden sind, wie viele Pannen nicht zu größeren Unglücksfällen wurden und wie viele Unglücksfälle nicht zu Katastrophen ausufernten, weil freiwillige Helfer rechtzeitig zur Stelle waren und Schlimmeres verhüteten. Insofern bewährt sich der Katastrophenschutz täglich, von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, ja fast in der Anonymität. Dies ändert sich erst dann, wenn spektakuläre Ereignisse alle beruflichen und freiwilligen Helfer auf den Plan rufen.

Dann berichten die Medien ausführlich über den Hergang der Katastrophe sowie über die eingeleiteten Hilfsmaßnahmen.

Und hinterher, wenn alles vorbei ist, gibt es immer viele, die nachträglich von vornherein wußten, wie man es hätte besser machen können.

„Panne“ und „Wirrwarr“ sind dann Modewörter.

Im allgemeinen sind solche Äußerungen nicht sehr fundiert. Sie lassen außer acht, wie schwierig es ist, unmittelbar im Geschehen Entscheidungen zu treffen, und sie lassen auch außer acht, daß jeder Verantwortliche für seine mitarbeitenden Helfer eine Verantwortung trägt, nämlich die Verantwortung, ihn möglichst wieder unbeschadet und unversehrt nach Hause zu bringen.

Erfolge können sich sehen lassen

In Nordrhein-Westfalen besitzt der Katastrophenschutz einen hohen Stellenwert. Die Erfolge, die in den vergangenen Jahren in dem umfangreichen Aufgabengebiet des Katastrophenschutzes erzielt wurden, können sich sehen lassen:

● die Einführung einer ‚Checkliste‘, um vor allem das sachgerechte und schnelle

Anlaufen der Abwehrmaßnahmen sicherzustellen;

● die allgemeine jährliche Durchführung von Stabsrahmen-, Teil- oder Vollübungen durch die Katastrophenschutzbehörden. Das Land stellt hierfür jährlich 500 000 DM bereit;

● die Neugliederung der Stabsarbeit in den Katastrophenschutzleitungen und in den technischen Einsatzleitungen durch die verbindliche Einführung des sogenannten KSL-Modells;

● die Erarbeitung des Katastrophenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen und

● die Errichtung und der Ausbau von Leitstellen bei den Kreisen und kreisfreien Städten. Diese Leitstellen, die mit Landesmitteln in Höhe von rund 32,8 Millionen DM gefördert werden, erfüllen gleichzeitig Aufgaben aufgrund des neuen Katastrophenschutzgesetzes, des novellierten Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetzes sowie des ebenfalls neuen Rettungsdienstgesetzes ...

Bedeutung des Katastrophenschutzes steigt

Die Fortschritte, von denen ich spreche, waren allerdings auch notwendig, denn in eben dem Maße, in dem neue Großtech-



Innenminister Dr. Hirsch konnte viele Persönlichkeiten aus allen Bereichen des Zivil- und Katastrophenschutzes anlässlich der Amtseinführung des neuen Leiters der Katastrophenschutzschule Wesel begrüßen.

nologien auch neue Risiken mit sich bringen, steigt auch die Bedeutung des Katastrophenschutzes.

Diesen sich immer weiter ändernden und geänderten Verhältnissen müssen wir uns anpassen. Das Katastrophenschutzgesetz und die Ausführungsvorschriften legen dem Bürger keine neuen Verpflichtungen auf. Im Gegenteil, Zweck und Inhalt dieser Regelungen ist es vielmehr, zum Schutz der Menschen in unserem Land die Organisation dieser Aufgabengebiete und ihre Funktionstüchtigkeit zu verbessern und allen Einrichtungen, die an dieser öffentlichen Aufgabe mitwirken, sichere Anhaltspunkte und Regeln für ihre Arbeit zu geben.

Die Zusammenarbeit ist gut

Der Katastrophenschutz kann nur dann wirkungsvoll sein, wenn alle daran Beteiligten – Behörden, Verbände, Organisationen, vor allem aber die Menschen – sachgerecht und vernünftig zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit – und das kann man wirklich mit Genugtuung sagen – in Nordrhein-Westfalen ist gut und hat sich bewährt. Darüber freue ich mich, und darüber sollten wir uns alle gemeinsam freuen und können darauf auch stolz sein.

Die Arbeit der für den Katastrophenschutz zuständigen Behörden wird von den mitwirkenden Organisationen partnerschaftlich unterstützt. Ich nehme diese Gelegenheit gerne wahr, Ihnen, meine Herren, die Sie diese Organisationen hier vertreten, und Ihren Mitarbeitern, vor allem den vielen tausend freiwilligen Helfern, im Namen des Landes Nordrhein-Westfalen herzlich zu danken.

Unter diesem Gesichtspunkt freue ich mich besonders, den hier anwesenden Lehrgangsteilnehmern stellvertretend auch für ihre Kameraden für ihren Beitrag zum Katastrophenschutz zu danken. Ihr Beitrag und der von nahezu 220000 freiwilligen Helfern in unserem Land machen die Leistungskraft aus, mit der Katastrophen wirksam abgewehrt oder in Grenzen gehalten werden können, und sie erfüllen damit eine soziale und humanitäre Aufgabe von hohem Rang.

Vorwiegend junge Helfer

Ich habe gerade die Zahl von 220000 freiwilligen Helfern im Katastrophenschutz allein in Nordrhein-Westfalen genannt.

Dabei handelt es sich meist um junge Menschen, und das möchte ich besonders hervorheben. Denn diese hohe Zahl widerlegt das Vorurteil, daß junge Menschen nicht mehr bereit seien, sich für die Ge-

meinschaft zu engagieren und einzusetzen. Ich glaube, daß junge Menschen immer dann zum Engagement, zum Einsatz bereit sind, wenn sie dahinter einen Sinn erblicken können. Dieser Wille, sich für etwas einzusetzen, das man für gut hält, ist mit Anstrengungen verbunden. Ausbildung und Übungen in den Organisationen des Katastrophenschutzes finden naturgemäß in der Freizeit statt. Diese Freizeit kann dann nicht mehr für andere Dinge verwendet werden. Das trifft nicht nur den Helfer, häufig auch seine Familie. Mit einiger Sorge registriere ich, daß trotz der rechtlich gesicherten Freistellungsverpflichtung der Arbeitgeber die Helfer in einigen Fällen tatsächlich Schwierigkeiten haben, wenn sie an Aus- und Fortbildungslehrgängen teilnehmen wollen. Die Behörden des Landes und die für den jeweiligen Standort zuständigen Katastrophenschutzbehörden versuchen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen, um solche Schwierigkeiten auszuräumen.

Voraussetzungen für eine gute Ausbildung

Anlaß für unser Zusammentreffen heute ist die Amtseinführung des neuen Leiters der Katastrophenschutzschule. Es liegt daher nahe, sich besonders mit der Ausbildung im Katastrophenschutz zu beschäftigen und dazu einiges zu sagen. Ich sehe zwei Grundvoraussetzungen für eine gute Ausbildung: Auf der einen Seite Ausbildungsmittel, die auf die praktischen Einsatznotwendigkeiten ausgerichtet sind und sich zugleich gut handhaben lassen.

Auf der anderen Seite kommt es darauf an, Ausbildungsinhalte nach modernen pädagogischen Erkenntnissen zu gestalten und zu vermitteln. Sie müssen darauf Rücksicht nehmen, daß unsere Führer, die Unterführer und Helfer im Berufsleben stehen und im wesentlichen in ihrer Freizeit mit den Ausbildungsinhalten des Katastrophenschutzes vertraut gemacht werden müssen.

Auch die Dienstvorschriften müssen klar und möglichst einfach, durchschaubar und vor allem praktikabel sein. Wir sind dabei, diese Vorschriften zu straffen. Sie sollen eindeutig sein, dürfen aber dort nicht einengen, wo es im Einsatzfall auf rasche Entscheidungen ankommt, die nach der praktischen Erfahrung besser getroffen werden können, als nach allgemeinen Regelungen, die nicht jede Lage sozusagen im vorhinein erfassen können. Wir wollen auch keine Theorie vermitteln, die für den praktischen Dienst in den Katastrophenschutzeinheiten ohne wirklichen Nutzen wäre. Sie würde das Ausbildungsvolumen unnötig ausweiten, das dann weder von

den Einheiten noch von den Schulen bewältigt werden kann.

In diesem Zusammenhang begrüße ich es, daß der Bund, der für die Dienstvorschriften und Ausbildungsunterlagen im wesentlichen die Verantwortung trägt, für die Ausbildung Rahmenpläne erarbeitet. Die Fachabteilung meines Hauses und auch diese Schule wirken an diesen Planungen mit.

Unsere gemeinsamen Bemühungen müssen darauf zielen, bei der Katastrophenschutzausbildung nur notwendige und verständliche Lehrinhalte zu vermitteln. Führer, Unterführer und Helfer müssen leicht die Einsicht gewinnen können, den Ausbildungsstoff im Einsatz wirklich zu brauchen. Hierdurch wird eine zusätzliche Motivation geschaffen, sich mit diesem Ausbildungsstoff dann auch wirklich zu befassen.

Selbstvertrauen und Eigeninitiative

Nur wenn sich die Ausbildung nach Inhalt, Art und Umfang am tatsächlich Machbaren orientiert, können die Helfer ihre Aufgabe voll beherrschen. Sie sind dann ihrer Sache sicher, die Einsatzleiter können durch Kenntnisse und Fähigkeiten überzeugen und so ihre Funktionen wirklich ausüben. Überzogene Funktions- oder Persönlichkeitsautorität verliert dann ihre Bedeutung. Die Führungskräfte werden das notwendige Selbstvertrauen gewinnen, um durchdachte und klare Befehle sicher und besonnen erteilen zu können. Sie werden dabei den ihnen anvertrauten und unterstellten Kräften die Eigeninitiative lassen, die notwendig ist, wenn die Helfer am Gelingen der Abwehrmaßnahmen nicht nur behelfsmäßig mitwirken, sondern mitdenkend mitarbeiten sollen.

Die Katastrophenschutzschule Nordrhein-Westfalen ist 1965 für die Ausbildung des ehemaligen Luftschutzhilfsdienstes als Einrichtung des Landes ins Leben gerufen worden. Sie wird vom Land im Auftrag und auf Kosten des Bundes betrieben und dient jetzt vornehmlich der Vermittlung der sogenannten zusätzlichen Ausbildung nach dem Bundesgesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, d. h. der für einen Verteidigungsfall notwendigen Ausbildung.

Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Land

Durch das Katastrophenschutzgesetz des Bundes sind der friedensmäßige Katastrophenschutz und der Luftschutzhilfs-

dienst verschmolzen worden. Der Bund und das Land erfüllen jetzt Gemeinschaftsaufgaben, wobei die jeweiligen Leistungsanteile wechselseitig dem anderen zugute kommen sollen. Daß der Bund nach Auffassung des Landes seinen Leistungsanteil zur Erfüllung seiner Aufgaben und auch im Hinblick auf die Leistung des Landes vergrößern muß, will ich nicht unerwähnt lassen, aber hier auch nicht weiter ausführen. In dieser Richtung sind die ersten Schritte getan worden.

Der Bund, der in einem Verteidigungsfall auch das in den Ländern für den friedensmäßigen Katastrophenschutz vorhandene Potential einsetzt, trägt Verantwortung und die Kosten für die Aus- und Fortbildung der Leitungs- und Führungskräfte und für die Spezialisten nach Maßgabe des Gesetzes über den erweiterten Katastrophenschutz. Diese Ausbildung, die zum größten Teil hier in Wesel erfolgt, dient natürlich auch dem friedensmäßigen Katastrophenschutz.

Seit 1965 sind zu diesem Zweck hier rund 38000 Lehrgangsteilnehmer aus- oder fortgebildet worden. Mehr als 700 Leitungs- und Führungskräfte haben die 1974 eingeführten sogenannten 'Stabslehrgänge' besucht. Im Lehrgangsprogramm dieses Jahres bietet die Schule insgesamt 158 Lehrgänge der verschiedensten Art an, und ich finde, daß das eine wirklich stolze Leistungsbilanz ist. Für das Jahr 1981 ist vorgesehen, die Zahl der Lehrgänge für Stabsmitglieder erheblich zu erhöhen. Zugleich werden Fortbildungsveranstaltungen vorbereitet, damit sich jeder mit den neuen rechtlichen und vor allem technischen Gegebenheiten vertraut machen kann.

Für 3 Millionen Mark renoviert

In den vergangenen Jahren sind die äußeren Ausbildungsvoraussetzungen der Schule wesentlich verbessert worden. Ich freue mich, daß die Bemühungen des Landes um eine gründliche Renovierung und Neuausstattung der Schule Erfolg hatten.

Der Bund hat uns über 3 Millionen Mark dafür zur Verfügung gestellt. Durch die Neugestaltung der Lehrsäle, in denen nun mit neuen technischen Unterrichtsmitteln gearbeitet wird, und durch die Verbesserung der Unterbringungs- und Versorgungsmöglichkeiten wurde ein stärkerer Anreiz gegeben, hier an Lehrgängen teilzunehmen. Insgesamt gesehen ist – nach meiner Überzeugung – bei den Renovierungsarbeiten das erreicht worden, was in diesen schon ja etwas älteren Gebäuden verwirklicht werden konnte . . .

Wir sind auch deswegen hier zusammengekommen, und ich möchte die Gelegen-

Abteilungspräsident Haedge vom Bundesamt für Zivilschutz überbrachte die Grüße des erkrankten Präsidenten Dr. Kolb.



THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Drogies zeichnete den neuen Schulleiter, Dipl.-Ing. Hinz, mit dem THW-Helmerzeichen in Gold aus.



Dipl.-Ing. Hinz, Frau Hinz, Ministerialdirigent Kноп, Oberkreisdirektor Dr. Griese, Bürgermeister Schneider (von rechts).



Innenminister Dr. Hirsch und der verantwortliche Abteilungsleiter für den Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen, Ministerialdirigent Kноп: Sie können auf Fortschritte im umfangreichen Aufgabenbereich des Katastrophenschutzes verweisen.



heit nutzen, um allen Beschäftigten dieser Schule für die in den letzten Jahren erbrachten Leistungen zu danken.

Ich weiß, daß vor allem in der Zeit, in der der Lehrgangs- und Unterbringungsbetrieb nach Haltern und Millingen verlagert werden mußte, viele Mehrarbeit geleistet und mancher Nachteil in Kauf genommen werden mußte. Ebenso weiß ich, daß es wegen der noch bestehenden Unausgewogenheiten innerhalb des Stellenrahmens der Schule Unzufriedenheiten bei manchen Betroffenen gibt. Ich hoffe, daß das bei der beabsichtigten Anhebung des Leistungsniveaus der Schule ausgeglichen werden kann. Die vom Bundesamt für Zivilschutz betriebenen curricularen Planungen zur Neuordnung der Ausbildung im Gesamtbereich der zivilen Verteidigung bilden hierfür einen guten Ansatz.

Einführung des neuen Schulleiters

Sie, Herr Hinz, treten die Nachfolge des langjährigen Schulleiters, Herrn Baron, an, der trotz seiner langen, schweren Erkrankung bemüht war, seinen dienstlichen Aufgaben nachzukommen und sein erfolgreiches Wirken zugunsten der Schule fortzusetzen. Ich glaube, daß wir mit Ihnen, Herr Hinz, eine wirklich gute Wahl getroffen haben. Sie haben Jura und Naturwissenschaften studiert, eine ja seltene Kombination. Sie waren fünf Jahre lang in verantwortlicher Stelle beim Landesbeauftragten Nordrhein-Westfalen der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in Düsseldorf erfolgreich tätig. Auch Verwaltungsaufgaben in der besonderen ‚quasitechnischen‘ Ausprägung des Katastrophenschutzes gehörten zu ihrem bisherigen Arbeitsfeld. Für Ihre pädagogische Aufgabe bringen Sie Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen in der Menschenführung mit.

Das ist eine ganz wesentliche Voraussetzung, um diese verantwortungsvolle Position hier ausfüllen zu können. Sie besitzen das Einfühlungsvermögen und die besonnene Umgänglichkeit, die diese Arbeit hier erfordert. Das Land Nordrhein-Westfalen stellt an seine Katastrophenschutzschule hohe Anforderungen. Sie ist das Zentrum der Aus- und Fortbildung des Katastrophenschutzes in unserem Land. Die hier gewonnenen Erfahrungen müssen zu richtungsweisenden Impulsen für die tägliche Praxis umgesetzt werden, und ich habe in Sie, Herr Hinz, das Vertrauen, daß Sie den Anforderungen als Leiter dieser Schule nicht nur gerecht werden, sondern sie mit Erfolg weiter entwickeln werden.

Ich möchte Ihnen für Ihre Arbeit viel Erfolg und ein herzliches Glückauf wünschen."

Engagement des Bundes

Abteilungspräsident Haedge vom Bundesamt für Zivilschutz überbrachte die Grüße des erkrankten Präsidenten Dr. Kolb. Er führte u. a. aus, daß die Effizienz einer Katastrophenschutzschule und die Qualität der Ausbildung entscheidenden Einfluß auf die Einsatzfähigkeit des Katastrophenschutzes habe. Das Land Nordrhein-Westfalen, das wie die übrigen Länder im Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes als Sachverwalter des Bundes tätig sei, verfüge mit der Schule in Wesel über eine Einrichtung, die augenfällig demonstriere, wie viel dem Bund die Ausbildung des Katastrophenschutzes wert sei. Innerhalb eines Jahres beliefen sich die Aufwendungen des Bundes für die Schule auf 3,7 Millionen Mark. Die Katastrophenschutzschule sei aber nicht nur für den erweiterten Katastrophenschutz von Bedeutung, sie komme vielmehr dem Land auch im Rahmen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes zugute.

Ein Recht auf richtige Führung

Im Anschluß daran sprach der neue Schulleiter, Hinz, zu den Gästen. Er erklärte u. a., daß er die Schule – bei aller notwendigen Ordnung – als Stätte humanitären Geistes, fern von jedem Formalismus und Dirigismus sehe. An einem Fallbeispiel zeigte Hinz auf, wo er einen Schwerpunkt seiner zukünftigen Arbeit sieht. Er erläuterte in diesem Beispiel die Möglichkeit der Besetzung eines Stabes des Hauptverwaltungsbeamten (HVB), legte Vor- und Nachteile dar und stellte die Bedeutung dieses Führungsmittels heraus. Dabei gab er zu bedenken, daß auch nach einem Besuch entsprechender Lehrgänge an der Katastrophenschutzschule von einem fundierten Führungswissen und einer Kenntnis des Einsatzwertes der Einheiten im Katastrophenschutz noch nicht gesprochen werden könne. Die praktische Erprobung müsse immer wieder in Stabsrahmenübungen erfolgen, und man solle sich hüten, so Hinz, zu glauben, daß die Bildung von Krisenstäben allein schon geeignet sei, drohende oder bereits eingetretene Katastrophen abzuwenden oder zu bereinigen. Ein Stab sei nur eine Organisationshilfe zur Durchführung sachgerechter Entscheidungen.

Gut ausgebildete Fachhelfer und Führungskräfte in den Einheiten könnten nur dann optimal wirken, wenn sie richtig geführt würden, erklärte Hinz. Diese freiwillig und ehrenamtlich tätigen Helfer hätten ein Recht auf richtige Führung, sie dürften auf keinen Fall das Gefühl haben, auf sich

allein gestellt, ohne sinnvolle Führung helfen zu müssen. Dies berge die Gefahr der Vernachlässigung ihres freiwilligen Engagements. Hinz schloß seine Rede mit dem Satz: „Lassen Sie uns bitte gemeinsam der Pflicht des Staates, die Bürger vor Gefahr zu schützen, verantwortungsvoll nachkommen.“

Grüße und Glückwünsche

Der Vorsitzende des Personalrates der Katastrophenschutzschule Wesel, Schulte, brachte in einer kurzen Ansprache den Wunsch auf vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem neuen Schulleiter zum Ausdruck.

Dipl.-Ing. Drogies, Landesbeauftragter des Technischen Hilfswerks in NRW, überbrachte die Glückwünsche des Landesverbandes und überreichte Hinz, der lange Jahre im THW-Landesverband NRW an verantwortlicher Stelle tätig war, das THW-Helferzeichen in Gold.

Oberkreisdirektor Dr. Griese und Bürgermeister Schneider übermittelten Grüße des Kreises und der Stadt.

Im Anschluß an die Veranstaltung war Gelegenheit gegeben, die Katastrophenschutzschule zu besichtigen.



Dipl.-Ing. Erich Hinz, geb. am 6. Mai 1938 in Königsberg, studierte an der TH Aachen Maschinenbau und an den Universitäten Bonn, Berlin und Köln Rechts- und Staatswissenschaften. Nach seiner 1. juristischen Staatsprüfung wurde er Mitarbeiter bei der Stadtwerke Duisburg AG. Danach war Hinz 2½ Jahre im juristischen Vorbereitungsdienst, u. a. beim Patentamt in München als Patentingenieur, tätig. Ab November 1974 übernahm Hinz die Aufgabe des Hauptsachgebietsleiters „Einsatz“ beim THW-Landesverband Nordrhein-Westfalen. Seit dem 1. Oktober 1979 leitet er die Katastrophenschutzschule NRW in Wesel.

700000 Kambodschaner flohen aus ihrer Heimat

Auch diesseits der Grenze erinnert der Geschützdonner täglich an den Krieg

DRK errichtete Gesundheitszentrum – Schwere Arbeit unter glühender Sonne

Erich St. Funck, Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz, war für einige Monate im Auftrag des Deutschen Roten Kreuzes als Projektleiter in Thailand und half beim Aufbau eines Gesundheitszentrums an der kambodschanischen Grenze. Funck, der bereits einige Jahre in Südostasien gelebt hat, schildert das Elend und die Not der Flüchtlinge aus Kambodscha eindringlich in Wort und Bild. Hier sein erster Bericht über den Bau des Gesundheitszentrums in Aranyaprathet:

Vor einigen Jahren noch war Aranyaprathet eine kleine, verschlafene thailändische Provinzstadt an der kambodschanischen Grenze. Ein alter Schlagbaum trennte sie vom Nachbarland, die Zollabfertigung wurde hüben und drüben lässig und großzügig gehandhabt. Eine eingleisige Eisenbahn führte dahin, man lebte von ein bißchen Handel, Selbstangebautem, in – wie es Europäern scheinen mag – asiatischer Ruhe. Für bildungshungrige Touristen war Aranyaprathet die Grenzstadt, von der aus man zu den großartigen Tempelanlagen der Khmer nach Angkor-Wat weiterreisen konnte. Die Anlagen sind übrigens auch heute noch nach dem langen, zermürbenden Krieg erhalten. Doch schon damals trog das Bild der Friedlichkeit: Es gab immer wieder Scharmützel und bewaffnete Überfälle im Grenzgebiet.

Geschützdonner und Granateinschläge

Das Bild hat sich in der letzten Zeit durch die Kriegseinwirkungen erheblich gewandelt. Immer wieder hört man Geschützdonner, sieht Gewehrfeuer, zeitweise schlagen Granaten in die Häuser ein. Keiner weiß, wer da schießt, ob die Truppen Pol Poths oder die Vietnamesen. Die Stadt wird vom Militär beherrscht; die Bevölkerung wuchs innerhalb von Monaten von rund 5000 auf 14000 an. Die Stärke der Stadtpolizei mußte wegen Plünderungen und einer stark anwachsenden Verbrechensrate verdoppelt werden, die Preise für Grundnahrungsmittel und Artikel des täglichen Bedarfs stiegen angesichts der hohen Flüchtlingszahlen ins schier Unermeßliche. Der Tagesverdienst eines Arbeiters bei zehn Stunden Arbeitszeit beträgt um die vier Mark. Das reicht gerade für das Hauptnahrungsmittel Reis.

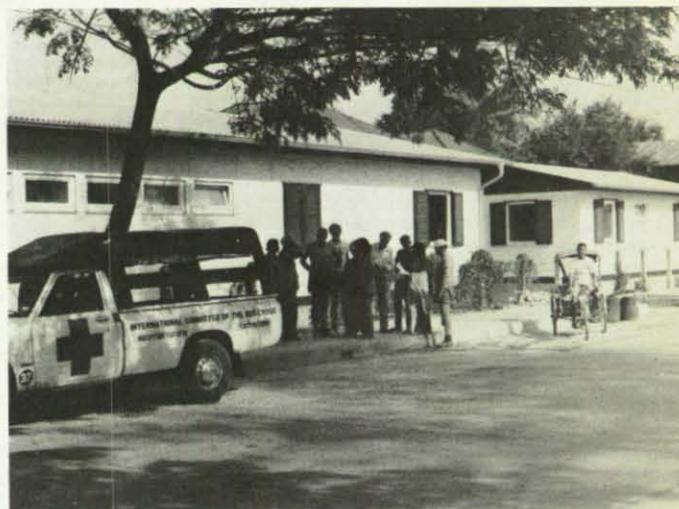


Hohen Besuch bekam das DRK-Team während des Aufbaus des Gesundheitszentrums in Aranyaprathet: Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn, Vizepräsidentin des thailändischen Roten Kreuzes, ließ sich anhand der Pläne die Funktionsweise des Gesundheitszentrums erläutern.

Der königliche Gast war von der Arbeit, die das DRK-Team leistete, tief beeindruckt und wünschte sich, daß noch mehrere dieser Zentren in Thailand errichtet würden.



Der gesamte Komplex, der in Fertigbauweise errichtet wurde, besteht aus einem Behandlungshaus (links), in dem sich Operationsaal, Röntgenabteilung, Labor, Ambulanzraum, Schwestern- und Krankenzimmer befinden. Rechts im Bild das Unterkunftsgebäude für das medizinische Personal.



700 000 Flüchtlinge

In Anbetracht der Lage – an der Grenze zu Kambodscha dürften sich inzwischen etwa 700 000 Flüchtlinge auf thailändischen Boden gerettet haben – versprach das Deutsche Rote Kreuz anlässlich einer Botschafterkonferenz in Bangkok, ein Gesundheitszentrum in Aranyaprathet zu bauen. Das Projekt wurde von der deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“ finanziell unterstützt. Aus Eigenmitteln leistete das DRK für das Grenzgebiet weitere Hilfe in Form von Medikamenten, Verbandmaterial, Gelände- und Sanitätsfahrzeugen usw.

Um eine optimale Koordination mit anderen Hilfsorganisationen zu erreichen, wurden Verbindungen zu der deutschen Botschaft, dem thailändischen Roten Kreuz, der Liga der Rot-Kreuz-Gesellschaften, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge hergestellt. Diese Vorarbeiten gestalteten sich nicht immer ganz leicht durch gegensätzliche Auffassungen, Mentalitätsunterschiede und dergleichen, die nur durch Toleranz auf beiden Seiten überwunden werden konnten, wobei die Zusammenarbeit zwischen dem DRK und dem thailändischen Roten Kreuz als beispielhaft gewertet werden kann.

Auf dem Luftweg nach Thailand

Das Gesundheitszentrum sollte mitten in der Stadt Aranyaprathet entstehen und ist für die ärztliche Versorgung von Flüchtlingen in den naheliegenden Camps und der Bevölkerung der Stadt gedacht. Der gesamte Komplex, der in Fertigbauweise erstellt werden sollte und per Flugzeug aus der Bundesrepublik eingeflogen wurde, besteht aus einem Behandlungs- und einem Unterkunftsgebäude. Im Behandlungsgebäude stehen Operationssaal, Röntgenabteilung, Labor, Ambulanzraum, Schwestern- und Krankenzimmer zur Verfügung. Sanitäre Anlagen und Notstromaggregat gehören selbstverständlich dazu. Das Unterkunftsgebäude ist für rund 16 Personen des medizinischen Personals gedacht. Die Gebäude sind natürlich dem tropischen Klima in Konstruktion und Isolierung angepaßt.

Übermenschliches geleistet

Die Schwierigkeiten von der Planung bis zur Durchführung würden Seiten dieses Berichtes füllen, aber in Südostasien gehen die Uhren eben anders als in Europa – und umgekehrt. Das zeigte sich sehr deutlich bei der Entladung der Fracht. Sämtliche Kisten waren gleichmäßig auf dem Gelände des Flughafens Bangkok in alle Himmelsrichtungen verstreut, der Zoll brauchte



Nach der medizinischen Erstversorgung, die ohne die aufopfernde Hilfsbereitschaft der Thai-Schwester in dieser Form kaum möglich gewesen wäre, konnten auch diese Flüchtlinge wieder lächeln.



Mit solchen abenteuerlichen Autobussen legen die Thais Hunderte von Kilometern zurück. Die zerbrochene Fensterscheibe (links) wird als angenehme zusätzliche „Klimaanlage“ bei fast 40 Grad im Schatten empfunden.



Der Flüchtlingsstrom – innerhalb von Monaten wuchs die Bevölkerung der Stadt Aranyaprathet auf das Dreifache an – trieb die Lebensmittelpreise in die Höhe. Der Tagesverdienst eines Arbeiters reicht gerade für das Hauptnahrungsmittel Reis. Unser Bild zeigt die Schlangen vor den Geschäften.

einige Tage, um die Ladung abzufertigen – das große Suchen konnte beginnen. Inzwischen waren die DRK-Helfer angekommen und leisteten beim Beladen der zwölf Lkw fast Übermenschliches. Bei 40 Grad im Schatten und entsprechender Wärmerückstrahlung von der Flughafen-Piste fiel ein Großteil der thailändischen Arbeiter und – was noch viel schlimmer war – der einzige verfügbare Gabelstapler aus.

Es blieb also nichts anderes übrig, als die rund 55 Tonnen Material und Versorgungsgüter im altbewährten „Hau-Ruck-Verfahren“ auf die Fahrzeuge zu laden. Gegen Abend dieses Tages wurde ein Teil der kostbaren Fracht über eine Strecke von 330 Kilometern nach Aranyaprathet gebracht. Man kam mitten in der Nacht an, Nachtquartiere waren nicht vorhanden. Am nächsten Tag kam das restliche Material. Kulis wurden zum Abladen und Aufbau gemietet, doch die hatten – klein, zierlich und schlecht ernährt – nicht die Kraft, die schweren Lasten zu bewegen. Den Hauptanteil der Arbeiten verrichteten die DRK-Helfer.

Bevölkerung staunte

In der Zwischenzeit wurde ein thailändischer Bauunternehmer beauftragt, das Fundament für das Gesundheitszentrum zu bauen. Auch das stellte sich als sehr schwierig heraus, da er nicht in der Lage war, Bauzeichnungen zu lesen. Es mußte ein Ingenieur gefunden werden, der die Anleitungen in die thailändische Landessprache übersetzen konnte. Weiter erschwert wurde das Unternehmen durch die große Hitze. Das DRK-Team arbeitete zusammen mit zwei Herren der Fertighaus-Herstellerfirma täglich etwa zehn Stunden in glühender Sonne. Die Bevölkerung stand zeitweise zu Hunderten um die Baustelle herum und konnte es nicht fassen, daß Europäer Arbeiten verrichten, die in Thailand üblicherweise nur den Kulis überlassen werden.

Zur gleichen Zeit setzte der Flüchtlingsstrom in der näheren Umgebung von Aranyaprathet ein, wovon in der Stadt allerdings noch nicht viel zu spüren war – das schlimmste Elend ereignete sich vorläufig noch direkt an der Grenze.

Königlicher Besuch

Während der Aufbauphase kam hoher Besuch, und zwar eine Tochter des Königshauses, Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn, die auch Vizepräsidentin des thailändischen Roten Kreuzes ist. Sie zeigte sich von dem Projekt des DRK sehr beeindruckt und wünschte sich, daß das DRK noch mehrere dieser Gesundheitszentren in ihrer Heimat errichten solle. Für alle am Bau Beteiligten war der königliche Besuch natürlich ein großes Ereignis und auch eine angenehme Abwechslung.

Inzwischen ist das Gesundheitszentrum seiner Bestimmung übergeben worden, die Freude des thailändischen Roten Kreuzes über die Möglichkeit, der Bevölkerung und den Flüchtlingen helfen zu können, war entsprechend groß; aber auch die Genußtuung der DRK-Helfer, unter solchen extremen Bedingungen diese Leistung vollbracht zu haben.

Verstärkte Maßnahmen zum Schutz vor Umweltkatastrophen

Der Bundesinnenminister plant eine „Zentrale Störfall-Meldestelle“

Der Schutz der Bevölkerung vor Umweltkatastrophen soll weiter verbessert werden: Das Bundeskabinett hat am 20. Februar 1980 einen von Bundesinnenminister Baum vorgelegten Entwurf einer „Störfall-Verordnung“ beschlossen. Die Verordnung soll Umweltkatastrophen im Chemie-Bereich verhindern und wirksame Abwehrmaßnahmen bei Störfällen sicherstellen.

Die bekannten Ereignisse von Flixborough, Seveso, Manfredonia oder Feyzin haben die Gefahren sehr deutlich werden lassen, die durch Störfälle in Anlagen der chemischen Industrie hervorgerufen werden können. Die allgemeine industrielle Entwicklung hat zur Errichtung und zum Betrieb von Anlagen geführt, die wegen ihrer Größe und der Menge der in ihnen vorkommenden gefährlichen Stoffe im Störfall ganz erhebliche Gefahren verursachen können. Berücksichtigt man dabei, daß die hier in Betracht kommenden Anlagen oft in der Nähe dicht besiedelter Gebiete liegen, so wird die Notwendigkeit einer Regelung, die auf die Sicherheit von Anlagen abzielt, in denen bestimmte gefährliche Stoffe vorhanden sind oder bei einer Betriebsstörung entstehen können, offensichtlich.

Von einzelnen Bundesländern wurde nach dem Ereignis von Seveso eine Überprüfung der Sicherheit ausgewählter Anlagen durchgeführt. Die Maßstäbe bei der Überprüfung und die Stofflisten unterscheiden sich von Land zu Land in einem nicht unerheblichen Maße. Aus diesem Grunde wuchs bei den Ländern und der betroffenen Industrie der Wunsch nach einer bundeseinheitlichen Lösung. Ziel einer Regelung muß es dabei sein, daß Störfälle vermieden werden. Tritt trotz aller Vorkehrungen ein Störfall ein, muß alles Erforderliche veranlaßt werden können, um Gefahren durch gefährliche Stoffe zu verhindern oder um Schadensfolgen zu begrenzen.

In der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Grundsätze des Genehmigungsverfahrens) vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 274) wurde durch den Bundesrat unter Berufung auf die Ereignisse von Seveso ein Passus in die Vorschrift über Art und Umfang der mit dem Genehmigungsantrag vorzulegenden Unterlagen eingefügt, wo-

nach diese auch Angaben über „mögliche Nebenreaktionen und -produkte bei Störungen im Verfahrensablauf“ enthalten müssen. Die gestellte Problematik wurde hierdurch jedoch nur zum Teil gelöst. Die Anforderung gilt nur bei der Genehmigung von Anlagen; bestehende Anlagen werden durch diese Regelung nur bei wesentlichen Änderungen berührt. Außerdem wird der „Störfall“ hiervon nicht erfaßt.

§ 7 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) ermächtigt die Bundesregierung, nach Anhörung der beteiligten Kreise durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates vorzuschreiben, daß die Errichtung, die Beschaffenheit und der Betrieb genehmigungsbedürftiger Anlagen zur Erfüllung der sich aus § 5 ergebenden Pflichten bestimmten Anforderungen genügen müssen. Der Rahmen dieser Ermächtigung ist durch § 5 BImSchG festgelegt. Diese Vorschrift verpflichtet den Betreiber genehmigungsbedürftiger Anlagen unmittelbar durch Gesetz, die Anlage so zu errichten und zu betreiben, daß insbesondere Gefahren für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können. Die Verpflichtung setzt mit dem Beginn der Errichtung ein und gilt für die gesamte Dauer des Betriebs. Sie wird durch die vorliegende Rechtsverordnung im Hinblick auf Störfälle konkretisiert.

Störfall ist danach eine Störung des bestimmungsgemäßen Betriebs, durch die ein gefährlicher Stoff frei wird oder explodiert und dadurch eine Gemeingefahr hervorgerufen wird. Durch das Kriterium der Gemeingefahr wird der Störfall von der Überschreitung einer ganz erheblichen Gefahrenschwelle abhängig gemacht und damit in die Nähe der Katastrophe gerückt. Eine Gemeingefahr ist etwa eine Gefahr für die Gesundheit einer großen Zahl von Menschen.

Vorrangiges Ziel der Verordnung ist es, die in der Nachbarschaft von Industrieanlagen lebende Bevölkerung vor den Gefahren durch Störfälle besser als bisher zu schützen. Die Verordnung ist gleichzeitig eine wichtige Grundlage für den betrieblichen Katastrophenschutz. Die Verordnung wird sicherstellen, daß es zu einer intensiven und ständigen Überprüfung aller Sicher-

heitsbelange bei Industrieanlagen kommen wird, in denen mit hochgiftigen oder krebserregenden Substanzen oder explosionsgefährlichen Stoffen umgegangen wird. So sollen Unfälle, wie etwa der in Seveso, von vornherein vermieden werden. Tritt trotz weitreichender Vorsorge ein Störfall dennoch ein, müssen die Auswirkungen auf die Umgebung so gering wie möglich gehalten werden. Ein wirksames Meldesystem wird sicherstellen, daß die zuständigen Behörden sofort unterrichtet und die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung getroffen werden.

Zur Erreichung dieser Ziele sieht der Entwurf der Störfall-Verordnung, der auf § 7 des BImSchG und auf § 120e der Gewerbeordnung beruht, im einzelnen vor:

Sicherheitspflichten:

Erstmals wird in der Rechtsverordnung des Bundes der Versuch unternommen, von der Vielzahl vorstellbarer Störfallsachen die Gefahrenbereiche zu erfassen, die künftig bei Errichtung und Betrieb jeder Anlage mit hohem Gefährdungspotential praktisch zu berücksichtigen sind. Dazu gehören betriebliche Gefahrenquellen, umgebungsbedingte Gefahrenquellen wie Erdbeben- oder Hochwassergefahren oder extreme Witterungsverhältnisse und Eingriffe Unbefugter. Die Anlage muß vor allem dem jeweils neuesten Stand der Sicherheitstechnik entsprechen.

Sicherheitsanforderungen:

Der Verordnungsentwurf enthält sowohl Einzelvorschriften zur Verhinderung von Störfällen als auch Bestimmungen zur Begrenzung von Störfallauswirkungen. Zur Verhinderung von Störfällen ist u. a. ein ausreichender Schutz der Anlage vor Brand und Explosionen zu gewährleisten. Die Anlage ist mit ausreichenden Warn-, Alarm-, Sicherheits-, Meß-, Steuer- oder Regeleinrichtungen auszustatten. Ferner sind sicherheitstechnisch bedeutsame Anlagenteile vor Eingriffen Unbefugter zu schützen, eine Vorschrift, die aus der Sicht

des Objektschutzes im Rahmen der zivilen Verteidigung besonders zu begrüßen ist. Der Schutz vor Eingriffen Unbefugter ist durch geeignete bauliche, sicherheitstechnische oder auch organisatorische Vorkehrungen sicherzustellen.

Die Auswirkungen von Störfällen sollen außer durch eine solide Beschaffenheit von Fundamenten und tragenden Gebäudeteilen sowie der Ausrüstung mit sicherheitstechnischen Einrichtungen durch die Aufstellung von Alarm- und Gefahrenabwehrplänen begrenzt werden. Die Pläne müssen mit der örtlichen Katastrophenschutzplanung in Einklang stehen. Diese Abstimmung ist unerlässlich, da bei Störfallkatastrophen auch die nach den Katastrophenschutzgesetzen der Länder zuständigen Behörden in die Gefahrenabwehr eingeschaltet werden.

Sicherheitsanalyse:

Kernstück des Entwurfs sind die Vorschriften über die Sicherheitsanalyse. In ihr sind die Sicherheitstechnik und -organisation der gesamten Anlage darzustellen. Der Betreiber der Anlage hat die Sicherheitsanalyse dem Stand der Sicherheitstechnik und wesentlichen neuen Erkenntnissen, die für die Beurteilung von Gefahren bedeutsam sind, anzupassen. Er hat die Sicherheitsanalyse ständig bereitzuhalten und der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen. Die Behörde kann für die Beurteilung, ob die Sicherheitspflichten erfüllt werden, eine Ergänzung der Analyse verlangen. Die Vorschriften über die Sicherheitsanalyse gelten sowohl für bestehende als auch für neue Anlagen.

Störfallmeldung:

In Störfällen erhalten die zuständigen Behörden nunmehr detaillierte Angaben, die für eine frühzeitige Gefahrenabwehr unerlässlich sind. Sie sollen durch die Meldung in die Lage versetzt werden, alle zur Bekämpfung des Störfalles erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig vornehmen zu können. Aus diesem Grunde ist Gegenstand der Meldepflicht nicht nur der eingetretene Störfall, sondern auch der Fall, daß ein Stoff freigesetzt oder eine Explosion ausgelöst wurde und die Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Gerade in diesem Falle ist eine Information der Behörden dringend geboten.

Übergangsvorschriften:

Die Verordnung gilt für neue und bestehende Anlagen. Gerade bei letzteren sind die Gefahrenpotentiale oftmals nicht bekannt.

Störfallkommission:

Zur wissenschaftlichen Beratung des Bundesministers des Innern auf dem Gebiet der Störfallabwehr und der Störfallvorsorge soll eine Störfall-Kommission gebildet werden.

Anlagen- und Stofflisten:

Die Anlagen und die gefährlichen Stoffe, auf die die Vorschriften der Verordnung angewendet werden sollen, sind aus Gründen der Rechtsklarheit in Anhängen im einzelnen aufgezählt. Zu den Anlagen zählen z. B. alle Anlagen der Großchemie, der mineralölverarbeitenden Industrie und der Sprengstoffindustrie. Unter den etwa 140 Stoffen befinden sich so gefährliche Substanzen wie TCDD, Phosgen, Blausäure, Schwefelwasserstoff, Chlor oder hochgiftige Pflanzenschutzmittel.

Leserbriefe

Im Zivilschutz-Magazin 3/80, zweite Umschlagseite (Artikel: „Wer darf die UKW-Sprechfunkverkehrskreise BOS benutzen?“), ist der Redaktion ein bedauerlicher Fehler unterlaufen: Der Beitrag wurde mit einem Foto bebildert, auf dem das Sprechfunkgerät FuG 7b mit einer Magnethaftantenne gezeigt wird. Der Verfasser sowie zahlreiche Fachleute haben auf die schwerwiegenden Folgen der Verwendung derartiger Antennen hingewiesen.

Der Lehrgruppenleiter Fernmeldedienst an der Katastrophenschutzschule Bayern, H.-J. Schian, schreibt:

„Dem Artikel ist ein Bild beigelegt, das einen Sprechfunker mit einem Funkgerät zeigt. Dieses Bild läßt jedem Fachmann, aber auch den ausgebildeten Sprechfunkern eine Gänsehaut über den Rücken ziehen. Wenn eine Funkstelle so aufgebaut wird wie hier gezeigt wird, ist das die sichere Gewähr dafür, daß das Funkgerät in Kürze ausfällt. Grund: Auf dem Gerät wurde eine Magnethaftantenne angebracht, dies ergibt eine totale Verstimmung der Mischstufe, weil die Dauermagneten auf die HF-Kerne stark einwirken. Die Folge ist eine sehr teure Reparatur. An der Katastrophenschutzschule Bayern werden bei allen Fernmeldelehrgängen die Teilnehmer aufgeklärt, dies unter allen

Parallel zur Störfall-Verordnung plant der Bundesminister des Innern die Einrichtung einer **Zentralen Störfall-Meldestelle**. Sie soll die bei den Länderbehörden eingegangenen Störfallmeldungen zentral erfassen und auswerten.

Insoweit es sich bei den nach der Verordnung zu treffenden Maßnahmen um Arbeitsschutz handelt, sind die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates nach dem Betriebsverfassungsrecht zu beachten. Das gilt insbesondere für die Aufstellung der betrieblichen Alarm- und Gefahrenabwehrpläne, die Unterrichtung über Sicherheitsanalyse, Störfallmeldung und schriftliche Bestätigung der Störfallmeldung an die zuständige Behörde.

Der Entwurf der Verordnung wurde nunmehr nach der Verabschiedung durch das Kabinett dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet. Er wird unmittelbar nach Zustimmung des Bundesrates in Kraft treten.

Umständen zu unterlassen. Ein derartiges Gegengewicht bringt auch nichts, da das Gehäuse des Gerätes aus Leichtmetall ist.“

K.-H.Sohns, Lehrgruppenleiter Fernmeldedienst an der Katastrophenschutzschule Niedersachsen, weist darauf hin:

„Das Bild des Beitrages zeigt ein Sprechfunkgerät FuG 7b mit aufgesetzter Haftantenne. Bei Sprechfunkgeräten sind wiederholt Defekte durch die Einwirkung von Dauermagneten hervorgerufen worden. Versuche haben ergeben, daß auch schon ein kurzfristiger Einfluß von Dauermagneten, wie sie z. B. bei

- Haftantennen
- Haftlampen
- Megaphonen
- Lautsprechern
- Zündmaschinen

vorhanden sind, zu einer bleibenden Verstimmung des HF-Kreises von Sprechfunkgeräten (FuG) führen kann. Bei größeren magnetischen Feldstärken kann es sogar zu einer Zerstörung des HF-Kernes im FuG hinsichtlich seiner magnetischen Eigenschaften und damit zum Totalausfall des Sprechfunkgerätes kommen. Daher sind die Verwendung und Lagerung von Dauermagneten in unmittelbarer Nähe von FuG, z. B.

- zur Befestigung von Haftantennen an der Gehäusefläche
 - zur Durchführung von Reparaturarbeiten/Abgleicharbeiten mit magnetisierten Schraubenziehern
- am FuG zu unterlassen.“

Die Redaktion bittet um Beachtung!

Feuerwehren und Katastrophenschutz übten UKW-Sprechfunkbetrieb

Funkbetriebsübung „Vluynbusch“ erprobte partnerschaftliche Zusammenarbeit

Wehrleute, Einheitsführer und Verwaltungsfachleute haben erkannt, daß ohne Einsatz modernster technischer Hilfsmittel die Abwehr von Gefahren nicht mehr gewährleistet ist. Zu den zahlreichen Einsätzen zur Brandbekämpfung treten bei den Feuerwehren technische Hilfeleistungen wie Krankenbeförderung, Notarzteinätze, Öl- und Katastropheneinsätze sowie Einsätze nach Verkehrsunfällen, die ohne Führung mit Hilfe von UKW-Sprechfunkgeräten kaum zu koordinieren wären.

Nachdem alle Feuerwehren der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Kreis Wesel ihre Feuerwachen, Krankenzüge und Einsatzfahrzeuge mit modernen UKW-Sprechfunkgeräten ausgerüstet haben und stets über Rettungsleitstelle oder Rettungswachen erreicht werden können, war es dringend geboten, die Wehrleute theoretisch und besonders in der praktischen Handhabung der Geräte zu unterweisen.

Die Wehrleute wurden in Grund- und weiterführenden Lehrgängen mit den UKW-Sprechfunkgeräten (2-m- und 4-m-Band), der Betriebsabwicklung und den Einsatzgrundsätzen vertraut gemacht.

Zusammenarbeit überprüfen

Um die Fernmeldemittel zu überprüfen, wurde zwischen den Wehrführern und Führern der Einheiten im Katastrophenschutz eine gemeinsame UKW-Sprechfunkübung im Staatsforst Vluynbusch in Neukirchen-Vluyn/Wesel abgesprochen, geplant und durchgeführt. Hierzu wurde angenommen: Am 22. Februar 1980, gegen 18.00 Uhr, ist der Rettungsleitstelle des Kreises von einem Spaziergänger über Notruf 112 mitgeteilt worden, daß der Vluynbusch (Littardsche Kende) brennt und anzunehmen ist, daß weitere Spaziergänger und Forstarbeiter sich in dem brennenden Waldstück befinden. Das staatliche Forstamt – Forstbetriebsbezirk Vluynbusch – teilte dies gleichzeitig der örtlichen Feuerwehr und der Polizei mit.

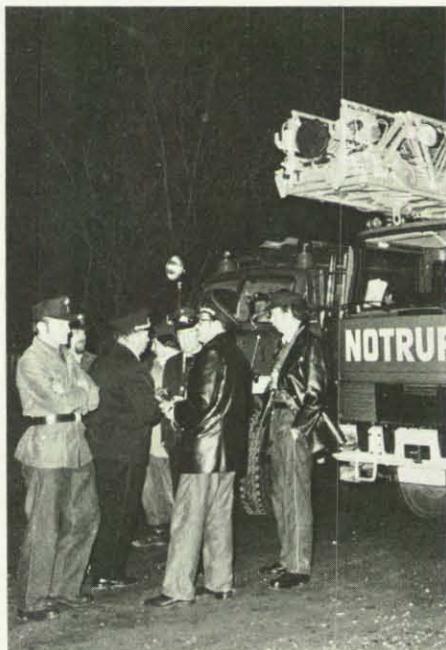
„Stille“ Alarmierung

Das Ordnungsamt der Gemeinde Neukirchen-Vluyn erhielt durch die Rettungsleitstelle „Florian Wesel“ sofort Kenntnis von der Lage. Für die Löschzüge Neukirchen

und Vluyn, die Löschgruppen Rayen und Niep wurde „stiller“ Alarm ausgelöst. Die Rettungsleitstelle informierte außerdem den Fachberater Fernmeldedienst und den Kreisbereitschaftsführer des Deutschen Roten Kreuzes.

Feuerwehr

Die freiwillige Feuerwehr war in wenigen Minuten mit neun Einsatzfahrzeugen an der angenommenen Brandstelle. Der Einsatz der Feuerwehr wurde auf dem Be-



Die Feuerwehr war nach „stiller“ Alarmierung in wenigen Minuten mit neun Fahrzeugen am angenommenen Einsatzort.

triebskanal „Florian Wesel“ durch den Einsatzleitwagen (ELW) geführt.

KatS-Fernmeldedienst

Der Katastrophenschutz-Fernmeldedienst (zwei motorisierte FM-Züge) errichtete in unmittelbarer Nähe der Einsatzstelle eine große Fernmeldebefehlsstelle. Hieran angeschlossen wurden die UKW-Funkverkehrskreise „Kater Wesel“, „Florian Wesel“ und „Rotkreuz-Nordrhein“. Weiter war eine UKW-Sprechfunkverbindung zur Kreispolizeibehörde aufgebaut worden. Überleiteneinrichtung in das öffentliche Fernsprechnetz der Deutschen Bundespost bestand ebenfalls. An die „große Leitstelle“ waren ca. 21 eingesetzte Funkkraftfahrzeuge angeschlossen, die von den

Kräften der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes geführt wurden. Zur sinnvollen Einsatzleitung befand sich je ein UKW-Sprechfunker der genannten Dienste bei der Leitstelle vor Ort.

Deutsches Rotes Kreuz

Das DRK hatte es bei diesem Einsatz übernommen, die Verpflegung der 80 Wehrleute und Helfer im KatS sicherzustellen.

Schwierigkeiten traten anfänglich bei den Einsatzkräften auf, da sie mit einer Vielfalt von UKW-Sprechfunkrufnamen zu arbeiten hatten. Die Feuerwehr verwendet Rufnamen nach dem Entwurf des Fachnormenausschusses Feuerwehrwesen – FNF – DIN 14035 (z. B. Florian Wesel 04/32/1 = Drehleiter 30 Meter Steighöhe) und die Katastrophenschutzdienste Rufnamen gemäß Runderlaß des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen (z. B. Kater Wesel 11/20 = fahrbare UKW-Vermittlung „Funkbrückenwagen“).

Nach einer gewissen Einsatzdauer hatten die Sprechfunker diese Rufnamen „gemeistert“, so daß der Einsatz fast reibungslos lief, wenn auch hin und wieder von der Übungsleitung eine Hilfestellung gegeben werden mußte.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit

Bei der gesamten Übungsplanung und Übungsdurchführung stand die partnerschaftliche Zusammenarbeit im Vordergrund. Wehrführer und Einheitsführer, Wehrleute und Helfer sind meist seit Jahren miteinander bekannt und befreundet, was sich als sehr nützlich und merkliche Erleichterung darstellte. Die Übung konnte um Mitternacht erfolgreich abgeschlossen werden.

Bei der Schlußbesprechung dankten die Einheitsführer allen Übungsteilnehmern für das rege Interesse an einer heute so wichtig gewordenen schnellen Nachrichtenübermittlung, wie sie mit modernen UKW-Sprechfunkgeräten möglich geworden ist, und sprachen sich dafür aus, Übungen dieser Art in regelmäßigen Abständen durchzuführen.

Für die Übungsbeobachter der Verwaltung war es eine eindrucksvolle Demonstration, daß noch mehr UKW-Sprechfunkgeräte, besonders im 2-m-Band, beschafft werden müssen.

Gedanken zum Aufbau einer wirksamen Katastrophenschutzorganisation in der Bundesrepublik Deutschland

Vorschlag für ein Modell der sanitätsdienstlichen Versorgung im Katastrophen- und Verteidigungsfall

Zivilschutz bedeutet die Katastrophenabwehr in Friedens- und Kriegzeiten. Wenngleich es unsere vornehmste politische Aufgabe bleibt, den Krieg überhaupt zu verhindern und die Möglichkeit von Kampfhandlungen mit modernen Massenvernichtungswaffen atomarer, biologischer oder chemischer Art damit erst gar nicht aufkommen zu lassen, so sind wir doch auch in Friedenszeiten vor größeren Katastrophen nicht geschützt. Naturkatastrophen wie Erdbeben, Flutwellen und große Feuersbrünste haben die Menschheit seit jeher bedroht und werden sich auch künftig nicht verhindern lassen. Das Leben in einer modernen Zivilisation hat zusätzliche Gefahrenmomente heraufbeschworen. Man denke an die Möglichkeit von Reaktorunfällen, die von vielen Leuten zu einer Glaubensfrage hochstilisiert wird. Die modernen Massenverkehrsmittel auf Schiene, Straße und in der Luft fordern bei Großunglücken ihre Opfer. Sie können sich an jedem Ort und zu jeder Zeit wieder ereignen. Die stürmische Entwicklung der chemischen Industrie ermöglicht nicht nur den Segen technischen Fortschrittes, sondern birgt auch Gefahren, die in ihrem Ausmaß wohl noch weit unterschätzt werden. Dabei müssen wir unterscheiden zwischen langfristigen ökologischen Veränderungen und solchen Katastropheneignissen, die durch Explosion am Produktionsort oder beim Transport auf Schiene und Straße Substanzen freisetzen, die die menschliche Gesundheit akut oder mit chronischer Wirkung bedrohen. Die Zahl der Opfer wird nicht nur durch die Schadenseinwirkung selbst, sondern auch durch Folgezustände, wie sie insbesondere durch Panikreaktionen bei der Evakuierung entstehen können, erhöht. Nicht zuletzt sei auf die Möglichkeit verwiesen, daß durch terroristische Anschläge Vergiftungen oder Verseuchungen verursacht werden können, die einen Massenansturm von Erkrankten zur Folge haben.

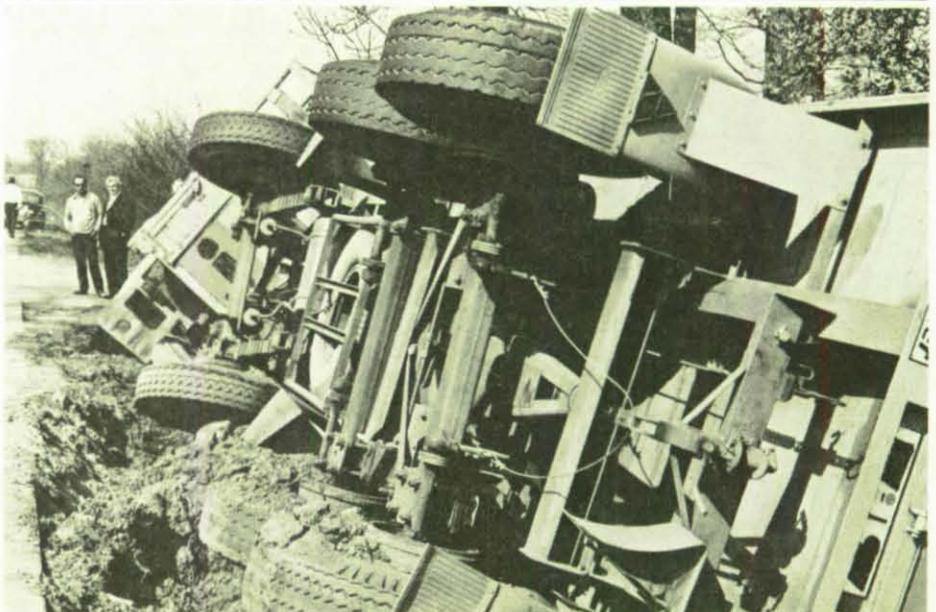
Vom Unfall zur Katastrophe

Der Unfall im Alltag betrifft meist nur eine begrenzte kleine Anzahl von Menschen. Eine wohldurchorganisierte Rettungskette mit der Möglichkeit der Notversorgung am Unfallort, der sofort einsetzenden Vielfalt lebensrettender Maßnahmen und der Endversorgung in einem kompetenten Kran-



Auch in Friedenszeiten sind wir vor größeren Katastrophen nicht sicher: Im September 1978 wurden im Zollernalbkreis viele Häuser durch ein Erdbeben schwer beschädigt.

Beim Transport von gefährlichen Gütern können durch Unfälle Substanzen frei werden, die die menschliche Gesundheit akut oder mit chronischer Wirkung bedrohen.



kenhaus können zwar zu einer Senkung der Verlustziffern beitragen, wenn schon der Grundsatz nicht beachtet wird, daß auch hier Vorbeugen oft besser ist als Heilen.

Auch ein Großunglück muß nicht in eine Katastrophe münden, wenn man organisatorisch darauf vorbereitet ist, einen Massenansturm von Verletzten rechtzeitig so zu steuern, daß eine Versorgung des Einzelnen innerhalb der noch heute nach chirurgischen Gesetzen gültigen Sechsstundengrenze ermöglicht wird. Hier können weitgehend die Erfahrungen der Individualmedizin gewahrt werden und auch Schwerstverletzte eine Überlebenschance behalten.

Katastrophe bedeutet die Umkehr der Verhältnisse: ein krasses Mißverhältnis zwischen der Zahl der Verletzten und der ihnen zuteil werdenden Hilfsmöglichkeiten. Sind Infrastruktur und Sozialgefüge gestört, wird rasche und wirksame Hilfe von außen nicht möglich sein. Mit den begrenzten Kräften, die dann noch zur Verfügung stehen, gilt es, eine möglichst große Anzahl von Menschenleben zu retten. Nur bei entsprechender Vorbereitung können große Verluste unter der Bevölkerung vermieden werden, was natürlich nicht nur eine Unterrichtung, sondern auch eine Erziehung der Bürger voraussetzt. Neben der Vorhaltung entsprechender Einrichtungen muß die Bevölkerung zu gesundheitsbewußtem Verhalten auch in Krisensituationen erzogen werden, muß sie die Möglichkeit der Selbsthilfe und der unmittelbaren Nachbarschaftshilfe kennen, um überleben zu können.

Maßnahmen der Rettung

Die **erste Phase** der Katastrophe stellt die Isolation dar. Hier ist jeder zunächst auf sich selbst oder seinen unmittelbaren Nachbarn angewiesen.

Es kommt nun ganz darauf an, wie schnell die **zweite Phase**, die Rettung, anläuft. Sie ist in erster Linie abhängig von einer rechtzeitigen Erfassung der Lage und einer Alarmierung der Rettungsorganisationen, die hierzulande nun weitgehend gewährleistet ist. Die Ordnungsbehörden haben die Verpflichtung, durch entsprechenden Einsatz ihrer Kräfte im Katastrophengebiet Ordnung zu schaffen, das Chaos nicht über diesen Raum hinaus nach außen dringen zu lassen und durch zuverlässige Meldungen eine Lagebeurteilung vorzunehmen. Geschulte Helfer können lebensrettende Sofortmaßnahmen einleiten und die Transportfähigkeit von Schwerverletzten herstellen.

Wir haben in der Bundesrepublik das Glück, daß eine große Zahl freiwilliger Hilfsorganisationen in der Einzelplanung

Eine kritische Aussage:
„Sanitätsdeposits existieren zumeist an unzugänglichen Stellen mit völlig unzureichender Bestückung.“



Die Sanitätsorganisationen haben sich um die Bereitstellung von Krankentransporten mit entsprechend ausgerüstetem Fahrzeugpark und die Ausbildung von Helfern verdient gemacht.



Die Hilfsorganisationen sind teilweise in der Lage, aus eigenen Beständen Sanitätsstationen und Notlazarette aufzubauen.



bereits recht beachtliche Leistungen aufzuweisen hat. Auch hervorzuheben sind die Bemühungen der Bundeswehr, die für ihren Bereich eine gut ausgerüstete Sanitätstruppe und eine entsprechend gut ausgerüstete Transportkapazität hat. In sogenannten Geräteeinheiten existieren zudem zahlreiche Reservelazarette mit entsprechender Ausrüstung.

Im zivilen Bereich ist nur eine ungenügende Anzahl von Notkrankenhäusern vorhanden. Sanitätsdeposits existieren zumeist an unzugänglichen Stellen mit völlig unzureichender Bestückung. Überall mangelt

es an geeigneten geschützten Operationsstellen, insbesondere an einer koordinierten Organisation des Rettungswesens insgesamt.

Das Deutsche Rote Kreuz, der Malteser-Hilfsdienst, der Arbeiter-Samariter-Bund und die Johanniter-Unfall-Hilfe haben sich um die Bereitstellung von Krankentransporten mit entsprechend ausgerüstetem Fahrzeugpark und die Ausbildung von Helfern verdient gemacht. Darüber hinaus sind diese Organisationen teilweise in der Lage, aus eigenen Beständen Sanitätsstationen und Notlazarette aufzubauen.

Feuerwehr und Technisches Hilfswerk stehen als Organisationen für die Bergung von Verletzten und Toten zur Verfügung. Sie alleine verfügen über das Material, den Schadensherd einzudämmen und den Schaden zu bekämpfen. Bei den Feuerwehren existieren sogar spezielle ABC-Trupps mit entsprechend ausgerüsteten Meßwagen. Diese in der Zahl unzureichenden Trupps könnten in Friedenszeiten durch entsprechende Einheiten der Bundeswehr verstärkt werden. Während in der Schweiz der Zivilschutz als Teil der Landesverteidigung geregelt ist mit entsprechender Dienstpflicht auch in Friedenszeiten, unterliegt in der Bundesrepublik die Organisation des Katastrophenschutzes den Ländern. Gesetzliche Bestimmungen sind inzwischen – mit Ausnahme des Landes Rheinland-Pfalz – überall erlassen. Hierbei obliegt die örtliche Katastrophenabwehr der Gemeinde als der örtlichen Ordnungsbehörde, die überörtliche Katastrophenabwehr dem Kreis als der Kreisordnungsbehörde,

- wenn mehrere Gemeinden von der Katastrophe betroffen wurden,
- wenn die Mittel der örtlichen Behörde zur Abwehr nicht ausreichen,
- im Spannungs- und Verteidigungsfall.

Der Sanitätsdienst

Die Katastrophenabwehrpläne regeln im einzelnen die Aufstellung von Alarmplänen, die Zusammensetzung der Katastropheneinsatzleitung mit Bildung von Beraterstäben, die Regelung der Alarmierung und Auslösung des Katastrophenalarms, die Festlegung des Meldeweges, die Erfassung der zur Verfügung stehenden Kräfte hinsichtlich Personal und Material sowie die Erfassung von Sachverständigen aus Ämtern und Behörden. Auch sind in der Organisation der Katastrophenabwehr die Aufgaben verteilt. So obliegt dem **sanitätsdienstlichen Sektor**

1. die ärztliche Versorgung,
2. die Einrichtung von Verbandplätzen,
3. Krankentransporte zusammen mit der Feuerwehr,
4. die Heranführung von Sanitätsmaterial.

In diese ganze Katastrophenabwehrplanung sind Krankenhäuser und Ärzte meist nicht einbezogen. Lediglich der Leiter des Gesundheitsamtes als oberster Medizinalbeamter des Kreises gehört meist dem erweiterten Stab an, doch erhebt sich die Frage, ob diese in logistischen Problemen oftmals nicht geschulten Ärzte einer solchen Aufgabe überhaupt gewachsen sind.

Hier drängt sich geradezu die Frage auf, ob nicht besser geeignete und spezifisch ausgebildete Persönlichkeiten, etwa **Sanitätsoffiziere der Bundeswehr**, in Friedenszeiten zumindest den Katastrophenabwehrstäben attached werden sollten,

um unter der Verantwortung des zuständigen zivilen Behördenchefs die sanitätsdienstlichen Aufgaben leitend zu koordinieren. Dem Leiter des Gesundheitsamtes bliebe immer dann noch die große Aufgabe, für die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der hygienischen Maßnahmen verantwortlich zu sein, die insbesondere die Ausbreitung von Seuchen verhüten sollen. Die Überwachung der Trinkwasser- und Lebensmittelvorräte müßte ebenfalls in seinen Aufgabenbereich gehören.

Der hier geforderte Sanitätsoffizier wäre zudem in der glücklichen Lage, rasch den Kontakt zu entsprechenden militärischen Stellen zwecks Hilfeleistung herzustellen, z. B. aktive Sanitätseinheiten, die meist über eine vorzügliche Ausrüstung verfügen, anzufordern, den Nachschub von Sanitätsmaterial und Transporte mit Kranken- Kfz. oder Hubschraubern zu sichern. Aus den großen Lagerbeständen der Bundeswehr könnte evtl. das Material zur Einrichtung von Notlazaretten bei entsprechendem Bedarf verfügbar gemacht werden.

Ein Notlazarett muß nur bei einem übergroßen Verwundetenanfall und mangelnder Transportmöglichkeit eingerichtet werden. Hierzu bieten sich die meist ebenerdig gelegenen Stadthallen sehr viel besser an als heute noch zumeist ins Auge gefaßte Schulen, da sie über entsprechend günstige Verkehrsverbindungen und auch Großkücheneinrichtungen verfügen. In den Schulen wären dann meist Transporte mit Krankentragen erforderlich, die einen unnötigen Mehrbedarf an männlichen Transportpersonen für diese Krankentragen verursachen würden.

Krankenhäuser und Ärzte einbeziehen

Völlig unzureichend sind die Vorbereitungen bei uns hinsichtlich der **Einbeziehung** der vorhandenen **Krankenhäuser** und der **niedergelassenen Ärzte**. Man muß davon ausgehen, daß Krankenhäuser im Katastrophenfall grundsätzlich zur Aufnahme der Schwerverletzten verpflichtet werden. Nur hier können diese Verletzten eine rasche adäquate Behandlung in allen Einrichtungen finden, die zumeist mit genügend Personal und entsprechenden Möglichkeiten aufwendiger Diagnostik und Therapie ausgerüstet sind. Auch können solche Krankenhäuser bei Aufstellung geeigneter **Alarmpläne** sehr rasch ihre volle Einsatzfähigkeit mobilisieren.

Zur Vorbereitung auf die Katastrophensituation bedarf es aber klarer organisatorischer Absprachen mit den im Kreisgebiet vorhandenen Krankenhäusern. Nicht jedes Krankenhaus verfügt über alle notwendigen Einrichtungen, etwa Spezialbehandlungsabteilungen, so daß eine ent-

sprechend gesteuerte Verteilung der Verletzten schon vom Katastrophenort her erfolgen müßte. Die Kapazität dieser Krankenhäuser richtet sich weniger nach der Zahl der verfügbaren freien Betten, denn sofort im Katastrophenfall können auf den chirurgischen Abteilungen Betten geräumt werden, wenn man gefähigkeits- und kurz vor der Entlassung stehende Patienten nach Hause entläßt, sondern vor allem nach der Zahl der vorhandenen Operationsteams und der vorhandenen Operationssäle. Im Kreis Siegen wurde ermittelt, daß die im Kernraum vorhandenen vier größeren Krankenhäuser ohne Störung des laufenden Betriebes bei entsprechender Verteilung zehn Schwerverletzte sofort behandeln können. In einer Katastrophensituation würde unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten (Hinzuziehung aller operativ tätigen Fachdisziplinen wie Neurochirurgie, Urologie, Orthopädie, Gynäkologie, HNO, Kieferchirurgie usw.) und unter der Voraussetzung, daß jedes Team innerhalb der Sechsstundengrenze etwa drei Schwerverletzte versorgen kann, eine Kapazität von etwa 70 Schwerverletzten realistisch sein. Jenseits dieser Zahl wäre durch den zuständigen Behördenchef – den Oberkreisdirektor – bereits Hilfe von außen anzufordern, da bei unseren guten Transportmöglichkeiten den Verletzten eine längere Wartezeit für die chirurgische Versorgung nicht zuzumuten ist. Solche Berechnungen müßten überall in den Kreisen angestellt werden, um dem für die Katastrophenabwehr zuständigen Behördenchef eine konkrete Unterlage zu geben.

Triage am Unfallort

Sollten bei einem Großunglück mehr als zehn Verletzte anfallen, müßte schon am Unfallort eine **Triage** einsetzen. Die Aufgabe dieser Triage muß den fähigsten, in der Unfallchirurgie erfahrensten Ärzten zugewiesen werden. Er muß sein Krankenhaus verlassen, um am Ort der Not zunächst eine Sichtung der Verletzten vorzunehmen und Prioritäten für Behandlung und Transport zu setzen. An den Katastrophenort zusätzlich freiwillig hineilende oder beorderte Ärzte sollten diesem Triagearzt bei der Herstellung der Transportfähigkeit Schwerverletzter zur Hand gehen und in der Lage sein, die unmittelbar erforderlichen lebensrettenden Eingriffe der Intubation, Blutstillung und Schockbekämpfung zu beherrschen.

Ohne Prestigedenken muß dann die chirurgische Endversorgung in allen umliegenden Krankenhäusern vorgenommen werden, wobei selbstverständlich schon bei der Zusammenstellung der Transporte in ständigem Kontakt mit der Katastropheneinsatzleitung für eine gleichmäßige und auch **zweckgerichtete Verteilung**,

etwa in Spezialabteilungen, Sorge zu tragen wäre.

Mitarbeit in Sanitätsposten

Die Krankenhäuser werden zumeist mit der Versorgung dieser Schwerverletzten schon genügend ausgelastet sein. Vom Katastrophenort in die Krankenhäuser eintreffende Leichtverletzte würden dort nur das eintretende Chaos vergrößern und müssen in unmittelbarer Nähe des Katastrophenortes ärztliche Hilfe finden. Hierzu ist die Mitarbeit der niedergelassenen Ärzte unerlässlich. Wir haben im Kreis Siegen etwa in den Grenzen der Notarzdienstsprenkel sämtliche dort ansässigen Ärzte und Zahnärzte auf freiwilliger Basis zur Mitarbeit in einem sogenannten **Sanitätsposten** verpflichtet, im Kreis Siegen-Wittgenstein wurden 19 solcher Sanitätsposten vorgesehen. Diese Sanitätsposten sind ein personeller Begriff, sie rekrutieren sich aus den dort ansässigen Ärzten und Zahnärzten und werden eventuell verstärkt durch Nachbarsanitätsposten oder Bereitschaftsärzte des DRK und Ärzte der Bundeswehr. Ihre Aufgabe ist es, am Ort der Not einen **Hauptverbandplatz** einzurichten, bei der Triage zu assistieren, die Transportfähigkeit Schwerverletzter herzustellen und Leichtverletzte not- oder, je nach Lage der Dinge, endzubehandeln. Die Behandlung der Leichtverletzten kann auch in nahegelegenen Arztpraxen erfolgen.

Das **Sanitätsmaterial** für diese Hauptverbandplätze kann natürlich nicht am Ort vorgehalten werden. Es sollte vielmehr mobil auf einem entsprechenden **geländegängigen** Fahrzeug mit einer Grundausstattung von Schienen, Verbandmaterial, Atemgeräten usw. aufbewahrt werden. Die Wartung dieses Fahrzeuges sollte eine entsprechend ausgerüstete Einheit, etwa die Feuerwehr, übernehmen. Der Vorrat an Infusionslösungen und Medikamenten wäre durch Zusammenarbeit mit entsprechend ausgerüsteten Krankenhauspapotheken laufend zu erneuern, um dem Steuerzahler hier unnötige Kosten zu ersparen.

Niedergelassene, chirurgisch ausgebildete Ärzte müßten darüber hinaus bereit sein, in den Krankenhäusern erschöpfte Operationsteams abzulösen. Sie müßten auch in erster Linie die ärztliche Versorgung in **Notlazaretten** übernehmen, die bei übermäßigem Verwundetenanfall eingerichtet werden müßten. Das für diese Notlazarette erforderliche Personal sollte von den Hilfsorganisationen des DRK, des ASB, der JUH und des MHD sowie mit Unterstützung freiwilliger oder notdienstverpflichteter, ausgebildeter, in ihrem Beruf aber nicht mehr tätiger Krankenschwestern gestellt werden, sofern verfügbares



Feuerwehr und Technisches Hilfswerk verfügen über das Material, um einen Schadensherd einzudämmen und Tote und Verletzte zu bergen.

Die Katastrophenabwehrpläne regeln u. a. auch die Zusammensetzung der Katastropheneinsatzleitung mit Bildung von Beraterstäben.

Die Heranführung von Sanitätsmaterial obliegt den Sanitätsorganisationen; hier wird in Kooperation mit dem THW derartige Material transportiert.



Personal der Bundeswehr für solche Zwecke nicht ausreicht oder gar nicht vorhanden ist.

Gemeinsame Besprechungen und Übungen

Ein weiteres dringendes Erfordernis wäre es, alle an diesen Aufgaben beteiligten Organisationen einschließlich der Ärzte und Krankenhäuser unter der Verantwortung des Behördenchefs zu **gemeinsamen Besprechungen** zusammenzuführen, um die Aufgabengebiete klar zu verteilen und Doppelplanungen zu verhindern. In diesem Kreise müßten auch **Übungen** angesetzt, besprochen und ausgewertet werden, die allein den Zweck haben, Mängel in der Durchführung der Organisation oder bei der Führung aufzudecken. Eine solche Übung soll nicht nur als Stabsrahmenübung, sondern schließlich auch als realistisch angelegte Großübung durchgeführt werden, um sämtliche Mitarbeiter einzutrainieren. Im Kreis Siegen gelang es, mit den zuständigen Offizieren des Verteidigungs-Kreiskommandos Möglichkeiten einer **zivil-militärischen Zusammenarbeit** zu erörtern und hoffentlich auch in naher Zukunft zu praktizieren.

Koordinierter Sanitätsdienst

Hinsichtlich der sanitätsdienstlichen Versorgung müßte es das Bestreben sein, nach dem Vorbild der Schweiz zu einem **koordinierten Sanitätsdienst** zu kommen. Der Verwundete, gleichgültig ob Zivilist oder Soldat, fände dann in den ortständigen Einrichtungen erste Hilfe und endgültige Versorgung. Ärzte und nicht-ärztliches Personal könnten auch im Verteidigungsfall grundsätzlich an ihrer bisherigen Wirkungsstätte bleiben, um sofort wirksame Hilfe leisten zu können. Dieses Konzept setzt allerdings dann eine Dienstverpflichtung aller Ärzte voraus, welche bedeutet, daß der Arzt nicht mehr die Möglichkeit der freien Aufenthaltsbestimmung hat. Sein Einsatz richtet sich dann nach den Erfordernissen am näher oder ferner liegenden Ort der Not. Hierzu wäre es wünschenswert, wenn möglichst alle wehrfähigen Ärzte eine militär-sanitätsdienstliche Ausbildung erhielten, um mit den Gesetzen der Triage und Kriegschirurgie vertraut gemacht zu werden, die auch in friedensmäßigen Katastrophensituationen Anwendung finden müssen. Darüber hinaus müßten Ärzte und auch Sanitätspersonal in **regelmäßigen Fortbildungskursen** in den Problemen der Katastrophenmedizin geschult werden, da diese unter einem anderen Gesetz als die Individualmedizin steht. Hier gilt allein der Satz: zur rechten Zeit am rechten Ort das Beste für eine größtmögliche Anzahl von

Bei übermäßigem Verwundetenanfall müssen Notlazarette eingerichtet werden. Hierzu bieten sich die meist ebenerdigen Stadthallen an. Unser Bild zeigt eine als Notlazarett eingerichtete Mehrzweck-Stadthalle.



Rechts: Krankenhäuser werden zumeist mit der Versorgung von Schwerverletzten einer Katastrophe genügend ausgelastet sein. Leichtverletzte müssen in unmittelbarer Nähe des Katastrophenortes ärztliche Hilfe finden. Hierbei ist die Mitarbeit der niedergelassenen Ärzte unerlässlich.



Unten: Das für Notlazarette erforderliche Personal sollte u. a. von den Sanitätsorganisationen DRK, MHD, JUH und ASB gestellt werden.



Verletzten zu tun. Das Einzelschicksal muß zurückstehen gegenüber dem Gesetz, eine möglichst große Anzahl von Menschenleben zu retten. In der Schweiz werden schon Medizinstudenten während ihrer Studienzeit durch entsprechende Spezialkurse mit diesen Problemen vertraut gemacht. Es wäre begrüßenswert, wenn auch unsere Fakultäten sich zu einer solchen Praxis bewegen ließen. Wenn wir Leben retten wollen, müssen wir zur Abwehr der Katastrophe befähigt sein.

Modell auf Kreisebene erproben

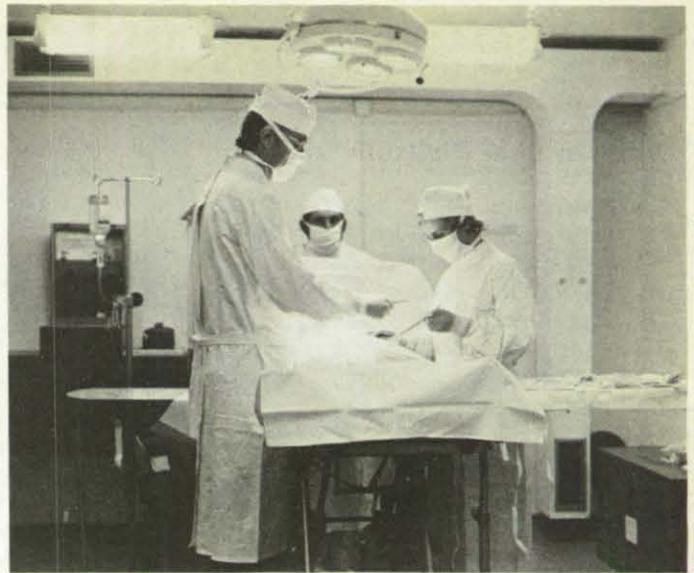
Es bietet sich geradezu an, ein solches hier vorgeschlagenes Modell zunächst einmal auf Kreisebene zu erproben und sozusagen an der Basis seine Leistungsfähigkeit zu prüfen. Dann könnte es auf weitere Kreise des Landes oder andere Bundesländer ausgeweitet werden. Wenn diese Situation in einer Katastrophenabwehr auf Kreisebene eingeübt ist, dürfte bei überregionalen Katastrophensituationen die Einbeziehung von Nachbarkreisen bei der Abwendung des Schadens keine Schwierigkeiten mehr bereiten.

Eine ganze Reihe von Aufgaben liegt vor uns. Ich möchte meinen Vorschlag mit folgenden ergänzenden Maßnahmen zur Katastrophenabwehr zusammenfassen:

Ergänzende Maßnahmen zur Katastrophenabwehr

1. Grundsätzliche Einbeziehung der vorhandenen zivilen Krankenhäuser, unter Umständen mit Bildung von Behandlungsschwerpunkten zur Behandlung Schwerverletzter.
2. Einrichtung von Notlazaretten zur Behandlung Schwerverletzter bei Ausfall von Zivilkrankenhäusern oder bei großem Verwundetenanfall in geeigneten Gebäuden. Hierfür bieten sich in erster Linie verkehrsgünstig gelegene Stadthallen mit entsprechenden Parkflächen zur Einrichtung eines Kreisverkehrs und wegen der dort bereits vorhandenen Großküchen an, die durch ihre meist ebenerdige Lage Aufstellung und Verschiebung von Krankenbetten weitaus leichter machen als beispielsweise mehrgeschossige Schulen.
3. Standortbestimmung von Ausweich- und Hilfskrankenhäusern, in die Patienten aus den zu räumenden Krankenhäusern oder nach endgültiger Versorgung auch aus Krankenhäusern und Notlazaretten verlegt werden können. Hierfür kämen in erster Linie bereits vorhandene Kurheime oder entsprechend gut ausgerüstete Hotels in Frage.
4. Bestückung der bereits vorhandenen Krankenhäuser mit leistungsfähigen Not-

Als ergänzende Maßnahme muß auch die Möglichkeit der Einrichtung von geschützten Operationsstellen in noch vorhandenen Bunkern oder Tiefgaragen bestehen.



stromaggregaten und Bereithaltung von fahrbaren Notstromaggregaten zur Versorgung der vorgesehenen Notlazarette.

5. Einrichtung von Sammel- und Behandlungsstationen vor Ort für Leichtverletzte, in denen die am Ort ansässigen Ärzte und Zahnärzte Erste Hilfe leisten, die Transportfähigkeit von Schwerverletzten aufrecht erhalten und die endgültige Versorgung von Leichtverletzten übernehmen können.

6. Einrichtung einer zentralen Befehlsstelle für den Verwundetentransport mit der Maßgabe, daß von hier aus eine breitgefächerte und zweckgerichtete Verteilung der Schwerverletzten auf die einzelnen Behandlungsmöglichkeiten erfolgt.

7. Einrichtung von Hubschrauberlandeplätzen an allen Krankenhäusern und vorgesehenen Notlazaretten.

8. Einrichtung von dislozierten Sanitätsdepots für Medikamente, Sanitätsmaterial und Notbetten, auch im zivilen Bereich, unter Aufsicht von Apothekern.

9. Möglichkeit der Einrichtung von geschützten Operationsstellen in noch vorhandenen Bunkern oder anzulegen etwa in Tiefgaragen, die mit den Depots für Sanitätsmaterial und Notbetten zusammengelegt werden sollten, während Medikamente möglichst in vorhandenen Großapotheken von Krankenhäusern oder ähnlichen Einrichtungen, z. B. der Bundeswehr, immer wieder umgeschlagen werden sollten, um sie nicht veralten zu lassen.

10. Einrichtung von speziellen Entstrahlungsmöglichkeiten für Verletzte in Krankenhäusern und Notlazaretten sowie für Unverletzte an dafür noch zu bestimmen geeigneten Stellen (Deko-Stellen), Bereitstellung von geschultem Personal für diese Deko-Stellen, Bereitstellung von Bekleidungs-Depots.

11. Einrichtung von Labors zur Überprü-

fung der Trinkwasser- und Lebensmittelvorräte auf Kontamination.

12. Vorhaltung von sicher gelagerten Trinkwasser- und Lebensmittelvorräten mit entsprechenden Umschlagmöglichkeiten.

13. Organisation des Blutspendewesens durch Erstellung von Blutgruppenausweisen für die gesamte Bevölkerung. Prüfung der Erfahrungen der israelischen Armee mit grundsätzlicher Verwendung von Null-Spendern im letzten Kriege, um im Ernstfall bei Gesunden oder Leichtverletzten kleinere Mengen von 250 bis 300 ml Blut zur Direkttransfusion an Schwerverletzte gewinnen zu können und nicht größere Blutdepots vorrätig halten zu müssen.

14. Einweisung aller im Gesundheits- und Rettungsdienst Tätigen in ihre Standorte und Aufgabengebiete.

15. Rekrutierung von Hilfskräften für alle Bereiche des Sanitäts- und Rettungsdienstes.

16. Einbeziehung aller frei praktizierenden Ärzte und Zahnärzte, die im Katastrophenfall die Behandlung der Leichtverletzten und evtl. auch die Nachbetreuung der Schwerverletzten in Krankenhäusern übernehmen müssen.

17. Unterweisung aller Ärzte und des nichtärztlichen Personals im Sanitätsdienst über Verhalten und Gegenmaßnahmen bei Einwirkungen von ABC-Waffen, Großvergiftungen und Seuchen.

18. Unterweisung aller chirurgisch tätigen Ärzte über Behandlungsgrundsätze von Kriegsverletzungen, Triage von Verwundeten bei Massenansturm und Behandlungsgrundsätze bei Brandkatastrophen.

19. Unterrichtung der Bevölkerung in geeigneter Form über die getroffenen Katastrophenabwehrmaßnahmen, Erteilen von allgemeinen Verhaltensmaßregeln, Möglichkeiten zur Selbst- und Nachbarschaftshilfe.

Seminar über Zivilschutz

Ascheberg/Plön. Über den Zivilschutz informierten sich am 22. und 23. Februar führende Vertreter des Malteser-Hilfsdienstes und der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft. Sie nahmen an einem Seminar des BVS in Ascheberg bei Plön teil. Neben drei Vorträgen über die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen, die Schutzmöglichkeiten vor Waffenwirkung und die Förderung des Schutzraumbaus standen zwei Referate von Gastrednern auf dem Programm. Wolf Dambrowsky, Diplom-Soziologe an der Kieler Universität, berichtete über Untersuchungen, die das menschliche Verhalten in Katastrophensituationen betreffen. CDU-Landtagsabgeordneter Rainer-Uwe Harms sprach über die „Zivilverteidigung aus politischer Sicht“.

SPD-Arbeitskreis informiert sich

Kiel. In einem Vortrag vor dem Arbeitskreis „Inneres und Recht“ der SPD-Landtagsfraktion informierte der BVS-Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit, Hoberg, die Teilnehmer über die Aufgaben des BVS und den Stand des Selbst- und Zivilschutzes im nördlichsten Bundesland.

In der anschließenden Aussprache betonten die Landtagsabgeordneten Lieb-

recht und Dr. Klingner die Notwendigkeit, die Aktivitäten auf dem Gebiet des Selbstschutzes künftig zu verstärken. Ein weiterer Ansatzpunkt hierzu soll auch ein Informationsgespräch von Vertretern des BVS mit anderen Parteien werden.

Vortrag im Wirtschaftsministerium

Kiel. Die politische Weltlage war Anlaß dafür, daß Personalrat und Büroleitung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums die BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein um einen Informationsvortrag baten. Mehr als 100 Personen nahmen daran teil. Nach dem Referat von BVS-Fachgebietsleiter Dieter Hoberg entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, in deren Mittelpunkt Fragen zu den allgemeinen Aufgaben des Selbstschutzes und des Behörden-selbstschutzes standen.

Ministerialdirigent Dr. Laux trat dafür ein, innerhalb des Ministeriums Mitarbeiter zu gewinnen, die bereit sind, sich freiwillig für den behördlichen Selbstschutz ausbilden zu lassen. Der Behörden-selbstschutz sei für die Bediensteten bei Unfällen und Katastrophen ebenso wichtig wie für die Besucher, betonte Dr. Laux.

Büroleitende Beamte, Oberamtsrat Brennscheidt, Oberamtsrat Pastow – Koordinator für Maßnahmen der Zivilver-

teidigung und Katastrophenabwehr – und das Mitglied des Personalrats, Koeppel, besuchten inzwischen einen BVS-Lehrgang, um sich einen persönlichen Eindruck zu verschaffen.

Fernsehbericht über Schutzraumbau

Kiel. In der ersten Februarhälfte wurde im Nordschau-Magazin ein Beitrag über die Möglichkeiten des Schutzraumbaus gesendet. Dabei wurde auch die durch den BVS angebotene Beratung erwähnt.

Im Mittelpunkt der Sendung stand ein Filmbericht über ein Schutzbauvorhaben im Keller eines Einfamilienhauses. Der Besitzer begründete vor der Kamera das zeit- und kostenaufwendige Bauvorhaben mit seiner Verantwortlichkeit gegenüber seiner Familie.

Bereits am Tage nach der Sendung registrierte der BVS die ersten telefonischen Anfragen aus dem Kreis der Fernsehzuschauer. Dabei stellte sich heraus, daß die wenigsten Anrufer bisher etwas von der Möglichkeit, die Beratungshilfe des BVS bei solchen Bauvorhaben in Anspruch nehmen zu können, gewußt hatten. Die BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein will nun im Frühsommer eine landesweite Aufklärungsaktion über Schutzraumbau-Beratungen und andere Informationsmöglichkeiten des BVS starten.

Niedersachsen



BVS-Leistungsbilanz 1979

Im Jahr 1979 erreichte der BVS in Niedersachsen durch seine Arbeit über 290000 Bürger. Den größten Anteil daran hat die Öffentlichkeitsarbeit mit 214000 angesprochenen Personen. An Ausbildungsveranstaltungen nahmen – rein zahlenmäßig – mit 76000 Personen zwar erheblich weniger Interessenten teil, doch um diese Zahl zu erreichen, bedurfte es eines ständigen Engagements der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter und Helfer. Ihnen soll an dieser Stelle ein besonderer Dank gesagt werden, insbesondere den ehrenamtlichen Helfern, ohne die viele Vorhaben nicht in die Tat hätten umgesetzt werden können.

In der Öffentlichkeitsarbeit sind zwei bemerkenswerte Entwicklungen festzustellen. Durch die Beteiligung des BVS an Messen wurden allein fast 160000 Besucher angesprochen. Diese Art der Öffentlichkeitsarbeit soll auch weiterhin wie bisher genutzt werden, um so Kontakt mit dem Bürger zu schaffen. Immerhin ließen sich – und das ist die zweite bemerkenswerte Entwicklung – rund 2100 Bürger vom BVS beraten. Im Vergleich zu 1978 ist das eine Steigerung auf das Vierfache. Man kann annehmen, daß die politische „Großwetterlage“ eine wesentliche Rolle gespielt hat. Die in den ersten Monaten dieses Jahres durchgeführte Zahl der Beratungen scheint das zu bestätigen.

Bei den Ausbildungsveranstaltungen ha-

ben sich die Teilnehmerzahlen – bei den Selbstschutz-Grundlehrgängen mit 67500 Teilnehmern und bei den Fachausbildungen mit 6500 Personen – gegenüber 1978 nur unwesentlich verändert.

Die Gemeinden und Landkreise haben im Jahre 1979 sich in verstärktem Maße der Ausbildung von Selbstschutz-Beratern zugewendet. Mit derzeit über 300 Beratern schaffen sich Gemeinden und Landkreise eine bessere Ausgangsbasis, um die Bevölkerung bei Maßnahmen des Selbstschutzes unterstützen zu können.

Bisher gab es in Niedersachsen im Bereich der BVS-Landesstelle 16 hauptamtlich und 36 ehrenamtlich geleitete

Dienststellen. Nach der 1979 eingeleiteten Umstrukturierung des Verbandes werden nunmehr zehn hauptamtlich geleitete Großraum-Dienststellen den Bereich des Landes abdecken. Ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter werden dann effektiver arbeiten können.

Verbessert hat sich bereits jetzt die Ausstattung mit Fahrzeugen. Künftig sollen jeder Dienststelle zwei Fahrzeuge für die Ausbildungs- und Aufklärungseinsätze – mit dem erforderlichen Personal – zur Verfügung stehen.

In Niedersachsen kann jedoch keinesfalls auf die aktive ehrenamtliche Mitarbeit verzichtet werden; nach wie vor müssen die Helfer in der Öffentlichkeitsarbeit und bei der Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz eingesetzt werden, weil diese Arbeit im notwendigen Umfang nur mit Hilfe ehrenamtlicher Mitarbeiter erbracht werden kann.

Es muß deshalb das besondere Anliegen jeder BVS-Dienststelle sein, zu den ehrenamtlichen Helfern engen Kontakt zu pflegen und weitere ehrenamtliche Mitarbeiter zu gewinnen.

BVS-Leistungsbild für Niedersachsen

Öffentlichkeitsarbeit 1979

Insgesamt: 2015 Veranstaltungen
Vorträge: 1839
Teilnehmer: 53571
Seminare/Tagungen: 20
Teilnehmer: 391
Sonstige Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit: 35
Teilnehmer: 859
Ausstellungen: 141
Beratungen:
Einzelberatungen „Schutzraumbau“: 1168
Einzelberatungen „Selbstschutz“: 672

Ausbildung 1979

Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten:
Selbstschutz-Grundlehrgänge: 3014
Teilnehmer: 67482
Selbstschutz-Fachlehrgänge: 546
Teilnehmer: 6497
Veranstaltungen an der BVS-Schule Voldagsen:
Ausbildungsveranstaltungen für BVS-Mitarbeiter: 37
Informationsseminare/Tagungen: 20
Selbstschutz-Fachlehrgänge und Übungen: 72
Teilnehmer insgesamt: 2000

BVS-Ausstellungsbus hat ausgedient

Wenn in Zukunft die Fahrbare Zivilschutzausstellung zu den Dienststellen des BVS kommt, wird kein großer Ausstellungsbus mehr anrollen; dieser ist seit Anfang des Jahres 1980 stillgelegt. In 14 Jahren hat er über 100000 Kilometer zurückgelegt, über 500000 Besucher wurden in der Ausstellung gezählt.

Seit 1966 wurde der Bus – neben anderen fahrbaren Einrichtungen – als Fahrbare Informations- und Beratungsstelle (FIBS) benutzt.

Viele Mitarbeiter werden sich sicherlich noch gern an den Fahrzeugkonvoi erinnern, der bis zum Jahre 1972 in fast allen BVS-Dienststellen der Bundesrepublik zu Gast war. Nach einer organisatorischen Änderung wurden die Fahrzeuge ab 1972 auf einige Landesstellen verteilt und als Fahrbare Zivilschutzausstellungen mit einer neuen Konzeption auf Reisen geschickt.



Der BVS-Ausstellungsbus, viele Jahre lang eine bekannte Einrichtung, ist jetzt stillgelegt worden. Ein Stück BVS-Geschichte ging zu Ende.

Seit dieser Zeit war der Bus der Landesstelle Niedersachsen zugeteilt und – besonders an den Wochenenden in den Sommermonaten – bei unzähligen Veranstaltungen des BVS und anderer Katastrophenschutz-Organisationen eingesetzt. Nicht nur seine attraktive Inneneinrichtung, die u. a. ein Stadtteilmodell zeigte, auch die auffallende blau-gelbe Lackierung des Fahrzeuges weckte das Interesse der Besucher.

Über eine Lautsprecheranlage konnten Musik und Textdurchsagen gesendet werden. Dank seiner großen Beweglichkeit war der Bus problemlos zum Einsatz zu bringen. In Fußgängerzonen, auf Volksfesten und Marktplätzen war er nach wenigen Handgriffen einsatzbereit.

Mit der Stilllegung des Fahrzeuges geht auch ein kleines Stück BVS-Geschichte zu Ende. Künftig wird die Fahrbare Zivilschutzausstellung die Dienststellen mit kleinen Fahrzeugen und der Tafelausstellung „Zivilschutz“ besuchen.

Vorstandsmitglieder von Frauenorganisationen in Voldagsen

Damen, die Vorständen von Frauenorganisationen angehören, waren drei Tage lang Gäste der BVS-Schule in Voldagsen. In einem Informationsseminar ließen sie sich über Fragen des Zivilschutzes informieren und diskutierten lebhaft mit den Referenten. Die Tagung zeigte eindeutig, daß Frauen in besonderem Maße an Fragen der Sicherheit interessiert sind.

Bei solch einem Interesse wurde schon bei seinem einleitenden Referat „Die Wirkung moderner Angriffswaffen und Schutzmöglichkeiten“ der BVS-Mitarbeiter Wilfried Prellberg vor das Problem gestellt, in der vorgegebenen Zeit sein Thema umfassend abzuhandeln, ohne dabei Einwände und Fragen unbeantwortet zu lassen.

Nachdem sie gewissermaßen auf die Situation eingestimmt worden waren, wollten die Teilnehmerinnen auch erfahren, welche Selbstschutz-Maßnahmen sie treffen können. Es interessierte sie ferner, was von staatlicher Seite unternommen wird und auch, wie sie den Selbstschutzgedanken weitergeben können.

BVS-Fachgebietsleiter Häckel verstand es, in der Diskussion auf die Bedeutung der Vereine und Verbände für eine solche Aufgabe hinzuweisen; sehr bald kamen aus dem Teilnehmerkreis Anregungen, wie man z. B. in der Gemeinde über den Selbstschutz sprechen kann.

Die im Programm eingeplante Besichtigung eines Warnamtes fand das volle Interesse der Teilnehmerinnen. Ihren abschließenden Bemerkungen war zu entnehmen, daß sie künftig in ihren Verbänden und Wohnorten Einfluß auf die Entwicklung des Selbstschutzes nehmen wollen.

Abschied in Meppen

Mit einer großen Veranstaltung verabschiedeten sich der kommissarische Leiter der BVS-Dienststelle Meppen, Horst Hauser, und seine Mitarbeiter von der Bevölkerung. Meppen wird künftig von der BVS-Dienststelle Osnabrück betreut.

Unter den zahlreichen Gästen waren auch Bundestagsabgeordneter Seiters und Landtagsabgeordneter Hartmann. Von den 26 Gemeindedirektoren aus dem Bereich Meppen waren 21 ebenfalls gekommen; ein Zeichen für die Verbundenheit zum BVS – und ein gutes Zeichen auch für die zukünftige Zusammenarbeit.

Kinder malen Katastrophen

Recklinghausen. Über 8000 Jungen und Mädchen im Alter von acht bis zu dreizehn Jahren haben sich an einem Malwettbewerb über Gefahren, Unfälle und Katastrophen sowie Vorsorge und Selbsthilfe mit Pinsel und Zeichenstift beteiligt. Eine repräsentative Auswahl dieser Arbeiten wurde jetzt in einer Ausstellung in der Deutschen Bank Recklinghausen gezeigt – und trat danach den Weg durch das Land Nordrhein-Westfalen an.

Oberstadtdirektor Lorenz Amely erklärte als Schirmherr der Ausstellung: „Eine der schwierigsten Aufgaben im Zivilschutz ist es, den Bürger zu motivieren, daß er für seinen privaten Bereich so weit wie möglich selbst Vorsorge trifft.“ Die Ausstellung – so der Verwaltungschef – zeige, daß es interessante Wege gebe, dieses Problem in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken.

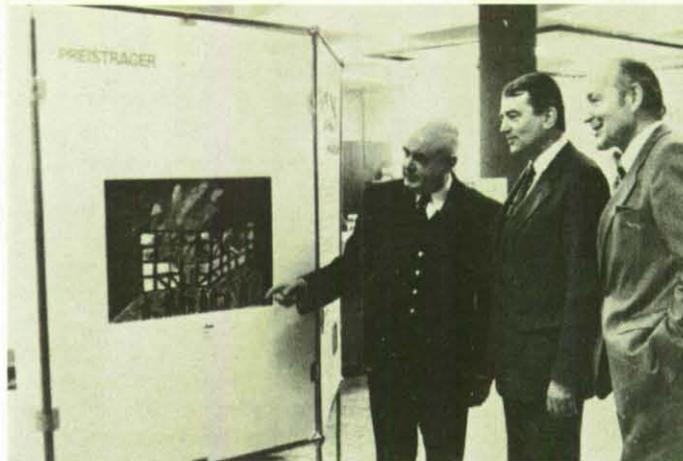
Grubenwehr ließ sich über Katastrophenschutz informieren

Münster. Die Angehörigen der Grubenwehr des Eschweiler Bergwerksvereins – Bergbaubetriebe Westfalen – ließen sich in Ahlen über den betrieblichen Katastrophenschutz und über Katastrophenschutzmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland unterrichten. Der Leiter der BVS-Dienststelle Münster führte aus, daß eine Information über die Aufgaben der Katastrophenschutzorganisationen sicherlich auch für die Angehörigen einer Grubenwehr interessant sei.

Als ergänzende Ausbildung wurde für die Grubenwehr die Durchführung eines Fachlehrganges „Strahlenschutz“ vereinbart. Im gleichen Betrieb werden seit einiger Zeit durch den BVS schon die Jungbergleute selbstschutzmäßig ausgebildet. Für 1980 ist auch die Durchführung weiterer Fachlehrgänge des betrieblichen Katastrophenschutzes vorgesehen.

Landschaftsverband aktiviert Behördenselbstschutz

Münster. Gemeinsam mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe führte die BVS-Dienststelle Münster zwei Informationstagungen „Zivil- und Selbstschutz“ durch. Zur Teilnahme waren leitende Beamte und Bauingenieure der Straßenbauverwaltungen eingeladen



Ehrengäste bei der Ausstellungs-Eröffnung: Der Schirmherr der Ausstellung, Oberstadtdirektor Amely (Mitte) und Kreisbrandmeister Breloer. Rechts: Bankdirektor Dr. Kühnel.

worden. Das Programm umfaßte vor allem Fragen des Verkehrssicherstellungsgesetzes, des Behördenselbstschutzes und des Schutzraumbaus. Die Informationstagungen waren der Ausgangspunkt für ein umfangreiches Selbstschutz-Ausbildungsprogramm. Um die Dienststellen der Straßenbauverwaltungen, die über Nordrhein-Westfalen verteilt sind, in der notwendigen Weise zu betreuen, werden etwa zehn BVS-Dienststellen Programme erarbeiten.

Ehrung langjähriger BVS-Mitarbeiter

Düren. Anlässlich einer Vortragsveranstaltung, an der über 100 Gäste teilnahmen, wurden in der BVS-Dienststelle Düren einige Mitarbeiter für ihre langjährige Tätigkeit im BVS ausgezeichnet. Der Landrat des Kreises Düren, MdL Johannes Kaptain, hielt ein Einführungsreferat zum Thema „Der Selbstschutz als gesellschaftspolitische Aufgabe des Bürgers“ und überreichte die Ehrenurkunden des BVS. In Vertretung des BVS-Landesstellenleiters war Fachgebietsleiter Gerhard Merten erschienen, der den Empfängern der Urkunden ebenfalls Dank sagte. Geehrt wurden die seit zehn Jahren im BVS tätigen Mitarbeiter Monika Wensky und Günter Mauth sowie Wilhelm Pütz und Edgar E. Jansen, die seit zwanzig Jahren dem BVS angehören.

Der stv. Gemeindedirektor Heinrich Freitag war ebenfalls fast zehn Jahre als BVS-Beauftragter in Langerwehe tätig. Er erhielt eine Urkunde, die, da er selbst verhindert war, von dem als Gast anwesenden Bürgermeister Johnen aus Langerwehe weitergegeben wurde.

Dies geschah dann während einer Sondersitzung des Rates der Gemeinde Langerwehe am 10. Januar 1980. Der Bürgermeister würdigte die Verdienste

und die erfolgreiche Mitarbeit Freitags und überreichte die Dankurkunde des BVS. Landrat Kaptain meinte, der BVS habe mit der Einrichtung einer Dienststelle in Düren die Städte, Gemeinden und Betriebe des Kreises in die Lage versetzt, sich unmittelbar in allen Fragen des Selbstschutzes beraten lassen zu können. Die Mitarbeiter hätten sich seit Jahren bemüht, gute Arbeit zu leisten. Dafür wolle er auch im Namen des Kreistages danken.

400 Veranstaltungen in einem Jahr

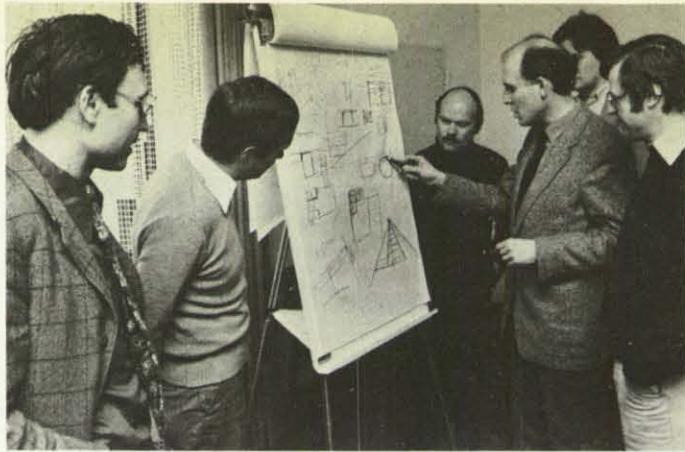
Bonn. Die BVS-Dienststelle Bonn kann für 1979 eine sehr positive Bilanz ziehen: 400 Veranstaltungen und 115 Beratungen wurden durchgeführt; insgesamt 32757 Personen nahmen teil. Durch den Einsatz der Wanderausstellung „Bürger helfen Bürgern“, die von den Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises unterstützt wurde, konnten in neun Orten weitere 18000 Personen informiert werden. Die Ausstellungen „Schutz und Wehr“ und „Kinder malen Katastrophen“ verzeichneten in Bonn insgesamt 7000 Besucher.

Landfrauen zeigen großes Interesse

Borken. In jedem Jahr sterben etwa 10000 Menschen bei Unfällen im häuslichen Bereich; etwa 5000 verunglücken tödlich am Arbeitsplatz. Diese Zahlen nannte BVS-Mitarbeiter Kötterheinrich bei einer Tagung des Landfrauenvereins Borken. Die mehr als 100 Teilnehmerinnen zeigten sich tief beeindruckt. Ihr Interesse an allen Fragen des Selbstschutzes, der auch für das Leben auf dem Bauernhof große Bedeutung haben kann, war sehr groß.

Seminare „Schutzraumbau“ ausgebucht

Seit etwa einem Jahr bietet der BVS den Bauschaffenden – Architekten, Ingenieuren und Mitarbeitern von Bauaufsichtsbehörden – in den Informationsseminaren „Schutzraumbau“ einen Überblick über die technischen Anforderungen an Schutzräume aller Art. Im Bereich der BVS-Landesstellen Nordrhein-Westfalen finden 1980 sieben Seminare statt; die zur Verfügung stehenden Teilnehmerplätze waren übrigens kurz nach Bekanntgabe der Termine „ausgebucht“.



Der Referent für Bau und Technik der BVS-Bundeshauptstelle in Köln, Dipl.-Ing. Neckermann (Dritter von rechts), erläuterte Baufachleuten technische Probleme des Schutzraumbaus.

Hessen



Landfrauen für den Selbstschutz

Landfrauen in Reichelsheim (Odenwald) besuchten in der BVS-Dienststelle Darmstadt einen Informationsabend. In einer zweistündigen Veranstaltung erläuterten die BVS-Mitarbeiter Preuß und Reber die mit dem Selbstschutz zusammenhängenden Maßnahmen.

Filme und Dias wurden eingesetzt, um die Selbsthilfe, den Schutzraumbau, die Brandbekämpfung und die Vorratshaltung zu demonstrieren. Man erklärte, was in einer Haus- oder Stallapotheke vorhanden sein muß; ebenso, wie man sich bei einer Alarmierung verhält. Eine lebhaft Diskussions schloß sich an.

Großes Interesse an Zivilschutz-Problemen

Mitglieder der Sektion Wiesbaden der Gesellschaft für Wehrkunde nahmen – als Folge intensiver Gespräche über die Zivilverteidigung und den Zivilschutz – an einer Informationsveranstaltung an der BVS-Schule in Birkenfeld teil. Fachgebietsleiter Helmholz hieß die Teilnehmer im Namen der BVS-Landesstelle Hessen willkommen, danach begrüßte der Leiter der Schule, Schnittker, die Gäste.

Am ersten Tage wurden die Besucher, die sich sonst vorwiegend für militärische Dinge interessieren, mit den Rechtsgrundlagen des Zivilschutzes vertraut gemacht. Am zweiten Tag gab es interessante Vorträge zu Themen des Zivilschutzes; praktische Vorführungen und Übungen ergänzten die Theorie. Auch über moderne Angriffswaffen wurde diskutiert. Oberst a. D. Peiler, militärischer Berater der saarländischen Regie-

rung, machte bemerkenswerte Ausführungen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit, die – nach seiner Ansicht – noch intensiviert werden muß. Die Themen des letzten Tages waren der Warndienst, der Schutzraumbau sowie die Arbeit des BVS.

Die Besichtigung eines Warnamtes bildete den Abschluß des Seminars. Nach einer regen Schlußausprache, bei der die Teilnehmer sich für die gute Aufnahme an der BVS-Schule bedankten, trat man die Heimreise an. Einhellig wurde die Meinung vertreten, daß es interessante Stunden gewesen seien, die man in Birkenfeld verbracht habe.

Auch das gibt es: Frauen wollen Selbstschutz-Berater werden

Ein nicht alltäglicher Vorgang: Frauen machen einen Bürgermeister auf seine Pflichten in Sachen Selbstschutz aufmerksam. Geschehen war folgendes: Der Bürgermeister hatte auf ein Schreiben einer Frauengruppe aus Steinbach geantwortet, er sei nicht zuständig für die Rettung und den Schutz der Bürger in einem Katastrophenfall.

Allerdings hielten die Frauen dem Bürgermeister zugute, daß er ihre Denkanstöße allein auf den Skylab-Absturz bezogen habe, während sie den Schutz der Bevölkerung insgesamt meinten. Sie wiesen ihn auf die einschlägigen Paragraphen des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes hin, die eindeutig besagen, daß der Hauptverwaltungsbeamte für den Aufbau, die Förderung und die Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung zuständig sei.

Die sachkundigen Bürgerinnen baten ihren Bürgermeister, er möge sich doch

einmal bei seinen Amtskollegen über den Sachstand informieren. Sie erklärten sich außerdem bereit, ihn in dieser Angelegenheit tatkräftig zu unterstützen und sich selbst gegebenenfalls als Selbstschutz-Berater zur Verfügung zu stellen.

Inzwischen kümmert sich der heimische Landtagsabgeordnete um diese „ungewöhnliche“ Angelegenheit. Zum Schutz und Wohle der betroffenen Bevölkerung wäre es zu wünschen, daß der Bürgermeister künftig alle Möglichkeiten zur Selbstschutz-Information nutzt.

Die Hilfe der Frauen sollte in Anspruch genommen werden, gerade weil sich diese uneigennützig als Selbstschutz-Berater zur Verfügung stellen wollen; ein nicht alltäglicher Vorgang, der Nachahmung finden sollte.

„Selbstschutztage“ geplant

Vor etwa einem Jahr wurde die „1. Bickenbacher Selbstschutzwoche“ durchgeführt, die mit einer Abschlußübung der Katastrophenschutz-Organisationen endete. Bürgermeister Schemel, Initiator dieser Selbstschutzwoche, hat bereits neue Pläne. Um den Bürgern seiner Gemeinde die Notwendigkeit des Selbstschutzes nahezubringen, sollen in diesem Jahre „Selbstschutztage“ durchgeführt werden. Schon das Konzept läßt erkennen, daß eine Vielfalt an Informationsmöglichkeiten geboten werden soll.

Mit Filmvorführungen des BVS soll es beginnen. Im Bürgerhaus-Eingang wird eine Woche später die Tafelausstellung „Zivilschutz“ gezeigt. Das Bürgerhaus dient vielen Vereinen und Organisationen als Treffpunkt. Da die Bickenbacher ein sehr vereinsfreudiges Völkchen sind,

werden sicherlich viele von ihnen die Ausstellung sehen.

Die Kaufleute des Ortes haben sich be-reiterklärt, in ihren Geschäften und Schaufenstern in Zusammenarbeit mit dem BVS Selbstschutz-Darstellungen zu arrangieren. Geplant ist ferner, daß das DRK einen Erste-Hilfe-Lehrgang durch-führt; die Freiwillige Feuerwehr soll in dieser Zeit Feuerlöscher prüfen und im vorbeugenden Brandschutz beraten.

Informationsvorträge und Selbstschutz-Ausbildungen sollen vom BVS durchge-führt werden. Für die Bürger werden Selbstschutz-Beratungsstunden ein-gerichtet. Bei einem Gewinnspiel können die Bürger zum Abschluß ihr Wissen testen.

Stadtverwaltung verabschie-dete Gerhard Straube

Am 26. Februar 1980 wurde der bisheri-ge Leiter der BVS-Dienststelle Darm-stadt, Gerhard Straube, nach über 27jähriger Tätigkeit in einer Feierstunde im Saal des Polizeipräsidiums von der Stadtverwaltung offiziell verabschiedet. Die Einladung zu dieser Feier erging im Auftrage des Oberbürgermeisters durch den Beauftragten für den Katastrophenschutz der Stadt, Polizeipräsident Bernet. Zahlreiche Ehrengäste, unter ihnen der Landrat des Odenwaldkreises, Dr. Nothardt, Vertreter der Landkreise Darmstadt-Dieburg, Groß Gerau und Bergstraße, als Vertreter der Stadt Darmstadt der stv. Stadtverordnetenvor-steher von der Marwitz, Landesfeuer-wehrbeauftragter Kreisbrandinspektor



Polizeipräsident Bernet, rechts, und stv. Stadtverordnetenvorsteher von der Marwitz bei der Abschiedsfeier für den ehemaligen BVS-Dienststellenleiter von Darmstadt, Straube (links, mit Ehefrau).

Köbler, Repräsentanten der Katastro-phenschutz-Organisationen und der städtischen Berufsfeuerwehr, Vertreter der Bundeswehr und des Regierungs-präsidenten waren ebenfalls erschienen. Als Vertreter des Hessischen Ministe-riums des Innern war Reg.-Dir. Hand-werk anwesend.

Polizeipräsident Bernet führte u.a. aus: „Wenn man sich . . . mit der Geschichte des Bundesverbandes für den Selbstschutz, der 1951 auf Bundesebene ge-gründet wurde . . . beschäftigt und den Werdegang in Darmstadt untersucht, stellt man fest, daß Sie, Herr Straube, seit der Gründung der Orts- und Kreis-stelle Darmstadt des Verbandes im März 1952 . . . für den Selbstschutz tätig sind. In den ersten Jahren waren Sie als eh-renamtliche Lehrkraft tätig, aber bereits 1955 waren Sie hauptamtlich als Ausbil-dungsleiter eingesetzt.

1961 übernahmen Sie die Leitung der Orts- und Kreisstelle und nach Umorga-nisationen 1968 die Dienststelle Darm-

stadt, die dann für die Stadt Darmstadt, den Landkreis Darmstadt-Dieburg und . . . für den Landkreis Groß Gerau zuständig war. Zwischenzeitlich betreu-en Sie auch den Odenwaldkreis und den Landkreis Bergstraße. Seit Grün-dung Ihres Verbandes in Darmstadt wur-den von Ihrer Dienststelle . . . in 1744 Lehrgängen 27221 Personen ausgebil-det und in 1819 Aufklärungsvorträgen 49027 Teilnehmer informiert. Die Aus-stellungen wurden von über 258490 In-teressenten besucht. Diese beeindruck-enden Zahlen sind ein Spiegelbild Ihrer Tätigkeit beim Bundesverband für den Selbstschutz. Ich meine, daß Ihnen hier-für unser besonderer Dank gebührt.“

Anschließend überreichte Bernet dem scheidenden Dienststellenleiter, der jetzt das Amt des BVS-Landesstellenleiters in Hessen übernommen hat, einen Bild-band der Stadt Darmstadt. Stv. Stadtver-ordnetenvorsteher von der Marwitz übergab an Frau Straube einen Blumen-strauß.

Worte der Anerkennung und des Dan-kes – auch im Namen seiner Amtskolle-gen – sprach Landrat Dr. Nothardt aus.

Für die gute Zusammenarbeit bedankten sich mit einem Geschenk der Landes-feuerwehrbeauftragte und der Landes-beauftragte des THW.

Gerhard Straube dankte allen, die ihm in der schwierigen Anfangs- und Aufbau-phase des Verbandes ihre Unterstüt-zung nicht versagt hatten. Er werde, so führte er aus, weiterhin der Stadt Darm-stadt verbunden bleiben und bat, das ihm entgegengebrachte Vertrauen auch seinem Nachfolger nicht zu versagen.

Rheinland-Pfalz



Schulleiter Schnittker im Ruhestand

Der Leiter der BVS-Schule in Birkenfeld, Wilhelm Schnittker, ist in den Ruhestand getreten. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde in den Räumen der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz wurde er von Landesstellenleiter Awiszus verabschiedet. Mit Schnittker, so der Landesstel-lenleiter in seiner Abschiedsrede, schei-de der dienstälteste Leiter einer BVS-Schule aus dem aktiven Dienst aus. Er könne, so führte Awiszus weiter aus, die von Schnittker geleistete Arbeit sehr ge-nau beurteilen, da er selbst lange Zeit Schulleiter gewesen sei. Wenn er auch noch nicht sehr lange Leiter dieser BVS-Landesstelle sei, so habe er sich doch ein gutes Bild von der Arbeit des scheidenden Schulleiters machen können.

Schnittker hat im Jahre 1954 seine Tä-tigkeit als ehrenamtlicher Mitarbeiter bei der damaligen BLSV-Dienststelle Lud-wigshafen begonnen, bald darauf wurde er hauptamtlicher Ausbildungsleiter. Während seiner Zeit in Ludwigshafen



In der BVS-Schule Birkenfeld verabschiedete sich Schulleiter Schnittker von seinen Mitarbei-tern. Personalratsvorsitzender Theisen, links, übergab ein Abschiedsgeschenk.

führte Schnittker an der BLSV-Schule in Bingen laufend Lehrgänge durch, in denen er den Helfern das notwendige Fachwissen vermittelte.

Im Jahre 1960 übernahm er die Leitung der BLSV-Schule Bingen.

In jener Zeit führte er weit über die Lan-desgrenzen hinaus beachtete und aner-kannte Aufgaben durch, beispielsweise verschiedene Großübungen. Er organi-sierte auch die internationale Frauentagung in Bingen, an der Vertreterinnen aus acht europäischen Ländern teil-nahmen.

Als Leiter der BVS-Schule Birkenfeld – ab 1969 – pflegte Schnittker gute Kon-takte zu den Besuchern. Für alle hatte er stets ein offenes Ohr. Dadurch hat er im Laufe seiner langjährigen Tätigkeit das Bild der BVS-Schule wesentlich be-einflußt.

Seinen Dank sprach Landesstellenleiter Awiszus mit der Übergabe einer Urkunde und eines Geschenkes aus.

Bei seinen Mitarbeitern bedankte sich Schnittker in Birkenfeld für die gute, kollegiale Zusammenarbeit. In deren Namen sprach Personalratsvorsitzender Theisen die Wünsche aller für einen wohlverdienten Ruhestand und die Verwirklichung seiner privaten Vorhaben aus. Danach gab es Blumen und ein Abschiedsgeschenk der Mitarbeiter für den scheidenden Schulleiter.

Modellschutzraum im Schwimmbad

Die Aktion „Selbstschutz in Frankenthal“, die der kürzlich verstorbene Dienststellenleiter Werner Schnur noch vorbereitet hat, begann im Oktober 1979 und wird im Juni 1980 enden. So ist der BVS in dieser Zeit in der Stadt laufend



Frankenthals Bürgermeister Popitz (2. v. rechts) eröffnete die Ausstellung. Neben ihm BVS-Landesstellenleiter Awiszus (rechts) und der Leiter des Fachreferates „Bau und Technik“ der Bundeshauptstelle, Neckermann (links).

präsent. Es galt jetzt, die Wanderausstellung „Der Schutzraum – Konstruktion und Nutzung“ an einem geeigneten Ort unterzubringen, der auch von der Bevölkerung aufgesucht wird. Der Bürgermeister der Stadt Frankenthal, Popitz, stellte das Foyer des Hallenbades zur Verfügung.



Ein komplett ausgestattetes Schutzraum-Modell war im Foyer des Hallenbades aufgebaut worden. Die kleine Anlage im Vordergrund zeigt Möglichkeiten einer zivilen Nutzung des Schutzraumes.

Bereits die Eröffnung der Ausstellung war ein Erfolg, das Südwestfunk-Fernsehen berichtete in der Abendschau für Rheinland-Pfalz ausführlich darüber. Eingebildet war auch das Interview mit BVS-Landesstellenleiter Awiszus. Tatsächlich wurde die Ausstellung stark beachtet. Vor allem ließen sich Besucher aller Altersklassen des stark frequentierten Hallenbades informieren. Stärkste Besuchergruppe war tagsüber die Jugend, die sich vorwiegend für die praktische Nutzung des Schutzraumes in Friedenszeiten interessierte.

Der ungewöhnliche Standort „Hallenbad“ hat alle Erwartungen übertroffen; es zeigte sich, daß Ausstellungen auch dort sinnvoll sind, wo sie dem Bürger, wenn er aus anderen Gründen solche Orte aufsucht, gewissermaßen „nebenbei“ gezeigt werden.

Goldene Ehrennadel für Helmut Kahl

Ohne ehrenamtliche Mitarbeiter geht nichts! Diese Erkenntnis hat sich auch der BVS seit langem zu eigen gemacht.

Aber der Verband nimmt die Tätigkeit der ehrenamtlichen Mitarbeiter nicht als Selbstverständlichkeit hin. In einer kleinen Feierstunde, für die die Stadtverwaltung Bad Kreuznach den Ratskeller zur Verfügung gestellt hatte, zeichnete BVS-Landesstellenleiter Awiszus eine Reihe von Mitarbeitern aus, die zehn Jahre aktiv im BVS tätig sind und durch besondere Verdienste beim Aufbau des Selbstschutzes hervorgetreten sind.

„Man sei immer bereit, vernünftige Arbeitsbedingungen für die ehrenamtlichen Mitarbeiter zu schaffen“, führte Awiszus aus. Schon jetzt habe man die Verwaltungsarbeit den hauptamtlichen Mitarbeitern übertragen, und auch künftig werde Routinearbeit weitgehend von den ehrenamtlichen Kräften ferngehalten.

Durch besondere Aktivität und Leistung, so betonte Landesstellenleiter Awiszus, habe sich Helmut Kahl als ehrenamtlicher BVS-Dienststellenleiter von Bad Kreuznach und als Helfervertreter der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz ausgezeichnet. Es freue ihn besonders, Kahl als Anerkennung für seine Leistung die goldene Ehrennadel überreichen zu können.

Weiteren ehrenamtlichen Mitarbeitern der BVS-Dienststelle Bad Kreuznach wurde in Anerkennung ihrer Verdienste eine Ehrenurkunde überreicht, so Hans Hill, Kirn; Josef Eckes, Wallhausen; Rudolf Dauer, Bad Kreuznach; Klaus Heimer, Bad Kreuznach, und Alfred Lohberg, Eckelsheim.

BVS verstärkt Aktivitäten in Koblenz

Im Jahr 1979 konnte die BVS-Dienststelle Koblenz in ihrem Dienstbereich 5983 Bürger in Fragen des Selbstschutzes unterrichten bzw. ausbilden. Das Ausbildungsangebot umfaßt ein breitgefächertes Programm; so fanden 86 Aufklärungsveranstaltungen mit 1947 Teilnehmern statt, außerdem 160 Selbstschutz-Grund- und -Fachlehrgänge mit 3739 Teilnehmern, 18 Lehrgänge für den betrieblichen Katastrophenschutz mit 221 Teilnehmern und 4 Selbstschutzübungen. Hinzu kommen noch zwei Ausstellungen im Rahmen von Großveranstaltungen („Brandschutz und Sicherheit“ Koblenz und die IHAGA in Neuwied), mit denen mehreren tausend Besuchern eine allgemeine Selbstschutz-Information gegeben wurde. Diese imponierenden Zahlen sind dem Jahresbericht der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Koblenz zu entnehmen. Zur Leistung des BVS trugen die Stadtverwaltung Koblenz sowie auch die Kreisverwaltungen der zum Bereich der BVS-Dienststelle Koblenz gehörenden Landkreise erheblich bei.

Anlässlich eines Informationsgesprächs stellte Bürgermeister Josef Mendling fest, daß besonders in den letzten Jahren den Fragen des Selbstschutzes in der Öffentlichkeit eine nicht zu übersehende Bedeutung beigemessen werde.

Nachruf

Am 3. März 1980 verstarb im Alter von 52 Jahren der Leiter der BVS-Dienststelle Ludwigshafen

Werner Schnur

Im Jahre 1966 wurde Werner Schnur von der BVS-Landesstelle Saarland nach Rheinland-Pfalz versetzt und übernahm hier die Leitung der BVS-Dienststelle Ludwigshafen. Er besaß die für einen Dienststellenleiter ideale Fähigkeit, gute Kontakte zu Behörden, Verbänden und Vereinen zu schaffen. Diese Fähigkeit ermöglichte ihm, für den BVS eine erfolgreiche Arbeitsbasis zu schaffen.

Die ehrenamtlichen Mitarbeiter, mit denen er ausgezeichnet zusammenarbeitete, lobten seine glückliche Hand. Sein Ableben hinterläßt eine Lücke, die sicher nicht so rasch zu schließen ist.

Die BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz und die Mitarbeiter der Dienststelle Ludwigshafen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Selbstschutz-Berater ausgebildet

In der Gemeinde Überherrn/Saar haben acht von den zwölf bisher bestellten Selbstschutz-Beratern bereits ihre Ausbildung abgeschlossen. Bürgermeister Gerhard Burg begrüßte in Anwesenheit einiger Gäste, darunter der 1. Beigeordnete Josef Ley und die Fraktionsvorsitzenden Fritz Münzmay und Dietmar Robert, als Verantwortlicher für den Selbstschutz in der Gemeinde die Selbstschutz-Berater und dankte ihnen für die Übernahme dieser verantwortungsvollen

Aufgabe. Die Verwaltung werde sich in Zusammenarbeit mit dem BVS bemühen, weitere Selbstschutz-Berater zu gewinnen.

Hochhausbewohner wurden informiert

Der Verwaltungsbeirat eines Hochhauses in Dudweiler hatte die BVS-Dienststelle Dudweiler gebeten, für die Bewohner des Hauses im Gemeinschaftsraum des Gebäudes eine Aufklärungsveranstaltung über vorbeugende und abwehrende Brandschutzmaßnahmen

durchzuführen. Fachgebietsleiterin Helene Demuth stellte in ihrem Referat die sich für Hochhäuser ergebende besondere Situation heraus.

Nach der Vorführung des Brandschutzfilms entwickelte sich eine rege Diskussion über die Probleme in dem von mehr als 90 Familien bewohnten Gebäude. Die Teilnehmer der gutbesuchten Veranstaltung zeigten Interesse an weiteren Veranstaltungen des BVS. Frau Demuth sprach die Hoffnung aus, daß auch die Bewohner der umliegenden Hochhäuser sich an Aufklärungsveranstaltungen des BVS beteiligen.

Baden-Württemberg

Dank für beispielhafte Leistungen

Die Heidelberger Zeitungen berichteten ausführlich darüber, daß dem langjährigen ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Heidelberg, Manfred Struve, die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden ist. Oberbürgermeister Zundel übergab die ehrenvolle Auszeichnung.



Oberbürgermeister Zundel beglückwünschte Manfred Struve von der BVS-Dienststelle Heidelberg zu seiner Auszeichnung.

Struve wirkte von 1966 bis 1978 als Facharbeiter Öffentlichkeitsarbeit und Redner für den BVS. Als ein Mann, der Zeitungswissenschaft, Geschichte und Geopolitik studiert hat, verfügt er nicht nur über ein profundes Wissen, sondern auch über einen geschliffenen Vortragstil. Davon profitierten die Helfer, die er für den Informationseinsatz schulte.

Oberbürgermeister Zundel, der auch die Grüße des Ministerpräsidenten, des Regierungspräsidenten und des Rates der Stadt Heidelberg überbrachte, betonte, daß er stolz darauf sei, einen Bürger wie Struve in seiner Stadt zu wissen. Dieser habe, so der OB, seine Aufgabe beispielhaft und mit echtem Engagement für den Selbstschutz erfüllt, damit habe er sich selbst ausgezeichnet.

Helfervertreter Gerhard Jung zog das Fazit: „Manfred Struve hat sich im Rhein-Neckar-Kreis um den BVS verdient gemacht. Sein aktiver Einsatz bleibt unvergessen.“

Der Geehrte wollte die Auszeichnung, die ihn – wie er meinte – unverdient aus dem Kreis der Helfer heraushebe, dem Sinne nach auf alle Mitarbeiter bezogen wissen.

Nachruf

Unerwartet verstarb am 10. Februar 1980 der langjährige Mitarbeiter der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg

Michael Zerbes

im Alter von 56 Jahren.

Im Jahre 1958 kam Michael Zerbes als ehrenamtlicher Helfer zum damaligen Bundesluftschutzverband (BLSV); seit 1973 war er hauptamtlich als Hilfssachbearbeiter für das Haushaltswesen bei der BVS-Landesstelle tätig. Als Mitglied des örtlichen Personalrates vertrat er die Interessen der hauptamtlichen Mitarbeiter.

Wir trauern um einen pflichtbewußten und liebenswerten Kollegen.

Erich Wenzel im Ruhestand

Seit 20 Jahren leitete Erich Wenzel die BVS-Dienststelle Heidelberg, jetzt trat er in den Ruhestand. In einer Feierstunde im großen Sitzungssaal des Landratsamtes würdigte Stadtsyndikus Handschuh in Vertretung von Oberbürgermeister Zundel die Verdienste Wenzels, der es erreicht habe, dem BVS und seinen Aufgaben einen Platz im Bewußtsein der Bevölkerung zu schaffen.

Landrat Neckenauer gab einen Bericht über die Situation des Selbstschutzes und des Zivilschutzes, der ein echtes Engagement für diese Aufgaben erkennen ließ. Neckenauer sah in der künftigen Betreuung durch die BVS-Dienststelle Mannheim sogar einen Vorteil, weil es künftig für das Landratsamt nur einen Ansprechpartner gebe.



Der scheidende BVS-Dienststellenleiter von Heidelberg, Erich Wenzel (rechts), nimmt den Dank von Landrat Neckenauer entgegen.

Die Leistungen Wenzels wurden auch von Ltd. Reg.-Dir. Dr. Funk und anderen Sprechern herausgestellt. Realschuldirektor Jung, als Helfervertreter, fand ebenfalls Worte des Dankes und der Anerkennung. Er übergab ein Abschiedsgeschenk. Ausführlich schilderte BVS-Landesstel-

lenleiter Raach den dienstlichen Werdegang Wenzels, der es verstanden habe, mit freundlicher Hartnäckigkeit seine Ideen durchzusetzen. Er zeichnete Wenzel mit der Ehrennadel des BVS aus. Anschließend stellte sich die seit drei Monaten in Mannheim wirkende BVS-

Dienststellenleiterin Anita Darimont vor und bat die Heidelberger Behördenvertreter weiterhin um gute Zusammenarbeit. Den Mitarbeitern in Heidelberg, die von der BVS-Dienststelle Mannheim übernommen wurden, versprach sie eine gute Zusammenarbeit und jegliche Unterstützung.

Bayern



Ist Selbstschutz ein „Geschäft mit der Angst“?

Ein Kamera-Team des Bayerischen Rundfunks war auf der Suche nach einem Hausschutzraum – den man filmen wollte – zunächst in München überall abgewiesen worden. Durch Vermittlung der BVS-Landesstelle Bayern stellte ein langjähriger Regensburger BVS-Mitarbeiter, der in seinem Wohnhaus einen Schutzraum hat, diesen Schutzraum für Filmaufnahmen zur Verfügung.

In kurzer Zeit war der als Hobbyraum benutzte Schutzraum für seinen Bestimmungszweck hergerichtet; die Dreharbeiten konnten beginnen. Am 14. Februar 1980 sahen die Fernsehzuschauer in den „ARD-Tagesthemen“ im 1. Programm die Aufzeichnung. In dem Dreieinhalb-Minuten-Bericht sprach der Hausbesitzer, der Leiter der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Regensburg, Frank Rosenhammer, selbst über seine Vorsorgemaßnahmen (Lebensmittelvorrat, Selbstschutz-Gerät usw.).

Was allerdings etwas ungeschön ankam, war ein Satz des Fernseh-Kommentators, der sich zu der Bemerkung verstieg, das alles – gemeint war der Selbstschutz – sei „ein Geschäft mit der Angst“. Wobei wohl offensichtlich außer acht gelassen wurde, daß der BVS und seine Mitarbeiter einen gesetzlichen Auftrag erfüllen!

Aufklärungsfaltblatt der Stadt Augsburg

Mit dem gewachsenen Sicherheitsbewußtsein der Bürger, welches in jüngerer Zeit zu einer verstärkten Nachfrage nach Möglichkeiten zur Errichtung privater Hausschutzräume geführt hat, begründet in seinem Vorwort Oberbürgermeister Bernd Kränzle die Herausgabe eines Falblattes „Augsburg informiert“. Dieses Falblatt soll bestimmte Fragen, die den Schutzraumbau betreffen, beantworten. Es wurde in einer Pressebeantwortung – die Stadt hat es in Zusam-

menarbeit mit der BVS-Dienststelle erarbeitet – den Medien vorgestellt. Kränzle wies darauf hin, daß sich mit dem privaten Schutzraumbau eine Vielzahl von Fragen verbinden, auf die das Falblatt Antwort geben soll.

Besonders wichtig ist der Hinweis auf die Beratungsstellen. Nachdem die ersten Informationsschriften verteilt wurden, ist sowohl bei der BVS-Dienststelle als auch bei den in dem Falblatt genannten Ämtern der Stadt Augsburg ein erhebliches Ansteigen der – meist telefonischen – Rückfragen festzustellen.

Gemeinden forcieren Selbstschutz-Ausbildung

Im Herbst 1979 wurde die BVS-Dienststelle Regensburg beauftragt, im Rahmen einer „Selbstschutzwoche“ einen Selbstschutz-Lehrgang durchzuführen. Damals war noch nicht erkennbar, daß dieses Vorhaben Modellcharakter erlangen würde.

Durch die weltpolitische Gesamtlage wurden Presse und Medien auf den Problembereich „Zivilschutz/Selbstschutz“ aufmerksam. Dadurch bildete sich bei der Bevölkerung plötzlich ein starkes Informationsbedürfnis, dessen Nutznießer die BVS-Dienststellen wurden. Wie das Beispiel der Gemeinde Pilsach, Landkreis Neumarkt/Oberpfalz zeigt, müssen die Schwerpunkte der BVS-Arbeit möglicherweise kurzfristig verlagert werden.

Wenn eine Selbstschutz-Übung durchgeführt ist, müssen in der Gemeinde ausreichend ausgebildete Helfer zur Verfügung stehen. Nach Vorgesprächen mit dem Bürgermeister und weiteren Persönlichkeiten wurden alle Gemeinderäte, die Vereins- und Clubvorsitzenden und Multiplikatoren zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Mit Bekanntmachungen und Zeitungshinweisen wurden die Bürger der Gemeinde auf die – ursprünglich – vier geplanten Selbstschutz-Grundlehrgänge hingewiesen. Auch die beiden Selbstschutz-Berater wurden eingeschaltet. Erstaunlich war die hohe Beteiligung an den Abend-

veranstaltungen. Statt der geplanten zwei mußten abends fünf Grundlehrgänge zusätzlich durchgeführt werden.

213 Teilnehmer, darunter 68 Frauen – über 10% der erwachsenen Bürger – ließen sich ausbilden.

Ausstellung „Schutz und Wehr“ in Würzburg

In der Schalterhalle der Städtischen Sparkasse Würzburg wurde am 4. Februar 1980 die Ausstellung „Schutz und Wehr“ eröffnet. BVS-Dienststellenleiter Richard Breu konnte zahlreiche Gäste, u.a. Vertreter der Regierung von Unterfranken und die Leiter der Würzburger Behörden, begrüßen. In Vertretung des erkrankten Oberbürgermeisters eröffnete Bürgermeister Hans Jürgen Weber die Ausstellung. Er betonte die Notwendigkeit des Selbstschutzes und forderte die Bürger der Stadt auf, sich besser über den Selbstschutz zu informieren.

Die Feuerwehr der Stadt Würzburg bereicherte die Tafelausstellung mit sehr interessanten Ausstellungsstücken aus den letzten Jahrhunderten: ledernen Wassereimern (1650), Büttenspritzen (1750 und 1880), Saug- und Druckspritzen der Freiwilligen Feuerwehren Würzburg und Rottenbauer aus den Jahren 1891 und 1899. Blickpunkt war die Nachbildung eines Feuerwehrmannes, der ein Original-Rauchschutzgerät mit Blasebalg aus dem Jahre 1890 trug. Rund 5000 Besucher sahen in der Zeit vom 4. bis 13. Februar diese interessante Ausstellung.



In der Schalterhalle der Städtischen Sparkasse Würzburg hatte die Ausstellung „Schutz und Wehr“ einen guten Standort gefunden.

THW schlug Brücke über den Lautrupbach

Mit Hilfe eines großen Autokranes wurde die Brücke über den Lautrupbach eingeschwenkt und abgelassen.



An einem Wochenende im März schlugen die Angehörigen des dritten und vierten Bergungszuges des THW-OV Flensburg eine Brücke über den Lautrupbach und zerlegten auf dem Baugelände eines Berufsschulzentrums und einer Realschule einen tonnenschweren Findling.

Schon lange hatten Bürger Klage darüber geführt, daß für sie an einer sehr gefährlichen Stelle, an der die Glücksburger Straße den Lautrupbach überquert, kein Fußweg vorhanden sei.

Hier hatten sich im Laufe der Jahre schon viele Verkehrsunfälle ereignet. Der Fußweg – in Richtung Stadtmitte gesehen – endet dort und geht praktisch zur Überquerung des Lautrupbaches in die Fahrbahn über.

Beim verantwortlichen Tiefbauamt der Stadt war man sich darüber einig, für die Fußgänger eine Brücke zu bauen. Das Amt verfügte noch über Teile einer alten Brücke und bat das Technische Hilfswerk um Unterstützung beim Bau des Überganges. Der THW-OV Niebüll übernahm den Umbau der Brücke, die Helfer der zwei Bergungszüge des Flensburger THW die anderen Arbeiten.

Zunächst war überlegt worden, ob man den Beton-Fernheizungskanal, der an der in Frage kommenden Stelle über den Lautrupbach führt, als Unterlage für die Brücke verwenden könne.

Man kam aber davon ab und schuf für die Brücke, die mit Hilfe eines großen Krans eingeschwenkt wurde, eigene Widerlager.

Die Arbeiten gingen den THW-Helfern schnell von der Hand, und schon kurze Zeit später stellten die Fußgänger erfreut fest, daß für sie ein gefahrloser Übergang über den Lautrupbach geschaffen worden war.

Stunden vorher hatten die Helfer schon schwere Arbeit geleistet: Auf dem Baugelände eines Berufsschulzentrums und einer Realschule war man bei Erschließungsarbeiten auf einen ca. 20 Tonnen schweren Findling gestoßen, der das Verlegen der Entwässerungsleitungen verhinderte. Mit einem Bohrer wurden Löcher in den großen Brocken gebohrt und dann Eisen- bzw. Stahlkeile eingetrieben, so daß der Findling in mehrere Teile zerbrach, die dann zum städtischen Bauhof abtransportiert wurden.

H. M.

Carl Großmann zum Andenken

Am 28. Februar 1980 verstarb im Alter von 86 Jahren der langjährige ehrenamtliche Mitarbeiter beim THW-Landesbeauftragten für Schleswig-Holstein, Carl Großmann. Der Verstorbene gehörte als ehemaliger TN-Angehöriger zu den Männern der ersten Stunde, die mithalfen, das Technische Hilfswerk im nördlichsten Bundesland aufzubauen. Im Februar 1953 wurde vornehmlich

aufgrund der Initiative von Carl Großmann in Neustadt ein THW-Ortsverband gegründet, und er selbst übernahm dessen Leitung. Seit dieser Zeit führte er den OV Neustadt mit nie erlahmender Energie und großem persönlichen Einsatz fast 24 Jahre lang.

Selbst schwere Zeiten, in denen der Ortsverband unzulänglich untergebracht war oder wie von 1973 bis 1977 über-

haupt keine Unterkunft am Ort hatte, liebte ihn nicht verzagen. Ihm allein war es zu verdanken, daß die Helfer des Ortsverbandes in diesen schwierigen Jahren den Zusammenhalt nicht verloren, so daß nach Fertigstellung der neuen Unterkunft im Neustädter Industriegebiet im Jahre 1977 mit guter Grundlage der Dienstbetrieb verstärkt aufgenommen werden konnte.

Am Tage der Einweihung der neuen Unterkunft schied Carl Großmann, damals mit 83 Jahren der Senior unter den THW-Ortsbeauftragten in Schleswig-Holstein, aus seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als THW-Ortsbeauftragter aus. Er blieb aber weiterhin stv. Ortsbeauftragter und stellte seine langjährigen Erfahrungen seinem Nachfolger zur Verfügung.



Für die großen Verdienste, die sich Carl Großmann um das THW erworben hat, wurde er vom Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk im Dezember 1957 mit dem THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz ausgezeichnet.

Nachdem ihm vom Bundespräsidenten im Jahre 1973 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden war, ehrte ihn der Direktor des Technischen Hilfswerks im Juni 1977 mit der höchsten Auszeichnung, die das THW zu vergeben hat, mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold.

Er war und blieb bis heute in Schleswig-Holstein der erste ehrenamtliche Träger dieses Ordens.

Die Helferschaft des THW-OV Neustadt wird Carl Großmann, der nicht nur ein vorbildlicher THW-Mann, sondern auch ein vortrefflicher Mensch gewesen ist, stets in guter Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ernstfall wurde geprobt

Das Technische Hilfswerk und Einheiten des Katastrophenschutzes der Stadt Neumünster nutzten ein zum Abriß freigegebenes Haus für eine Alarmübung.

Um 19.55 Uhr tickten die Alarmempfänger bei beiden Führern eines Bergungszuges und den Funkerinnen der Funktionseinsatzzentrale des THW Neumünster.

Großeinsatz für das Technische Hilfswerk: Das Haus Haart 73 war durch eine Gasexplosion bis zum ersten Stock zerstört. Das THW hatte die Aufgabe, verschüttete Personen zu bergen. Wie viele Helfer werden benötigt? Vor diese Frage sah sich die Führungsgruppe Bergung gestellt, die unter Leitung von Bereitschaftsführer Passon erste Erkundigungen einholte. 15 Menschen hätten sich zuletzt in dem Haus aufgehalten, berichteten die Anwohner.

Um 20.45 Uhr stand fest: Ein Bergungszug und ein Sanitätszug werden umgehend am Unglücksort gebraucht. Die Übungsleitung des THW forderte beim Amt für Zivilschutz einen Sanitätszug mit zwei Arztgruppen an.

Dies bedeutete Alarm für die Regieeinheiten. Um alle Züge wirkungsvoll leiten



Sehr realistisch waren die Verletztendarsteller geschminkt. Insgesamt elf „Verschüttete“ bargen die Helfer des Bergungszuges aus den Trümmern des Hauses.

zu können, wurde auch die Fernmeldezentrale im Katastrophenzentrum der Stadt Neumünster in der Wrangelstraße besetzt.

Im Haart barg der vierte Bergungszug unter Leitung von Zugführer Krieg elf „Schwerverletzte“ vorsichtig aus den Trümmern des Hauses. Die Verletztendarsteller, Helfer des Roten Kreuzes, waren hervorragend geschminkt. Sie wurden von einer Arztgruppe vor Ort versorgt und anschließend mit Sanitätsfahrzeugen in ein Hilfskrankenhaus gebracht.

Kaum waren die Verletzten geborgen, schlugen Flammen aus dem Dachstuhl und dem zweiten Stock des Hauses. Über Funk wurde die Feuerwehr alarmiert. Mit Wasser aus vier C-Rohren löschten die Wehrmänner der Freiwilligen Feuerwehr Stadtmitte den Brand.

Nach Mitternacht war die Übung beendet. Im Katastrophenschutzzentrum dankte Übungsleiter Daschner allen Beteiligten für ihren Einsatz. Stadtrat Klamt, Dezernent für den Katastrophenschutz der Stadt, hatte die Übung persönlich verfolgt. Er stellte in der Abschlußbesprechung fest, daß der Ausbildungsstand der Helfer aller Fachdienste sehr hoch sei. H. W.

Niedersachsen



THW im Dienst des Vogelschutzes

In den Dienst des Deutschen Bundes für Vogelschutz e. V., Kreisgruppe Leer, stellten sich Helfer des THW-OV Leer bei einer nicht alltäglichen Übung Anfang März dieses Jahres. Es galt, den Nistplatz eines Weißstorchenspaars auf einer alten Pappel so herzurichten, daß dieses ihn nach ihrer Heimkehr aus dem sonnigen Süden ohne Schwierigkeiten würden beziehen können.

Aufgabe der THW-Bergungsgruppe, unter der Leitung von Gruppenführer Richard Würdemann, war es, mit einer ausgeliehenen fahrbaren Leiter in ca. zwölf Meter Höhe Pappelzweige und Äste rund um den Horst der Weißstörche zu entfernen.

Nach Abschluß der problemlos verlaufenen zweistündigen Übung wurde im THW-Heim bei einer Manöverkritik festgestellt, daß diese Arbeiten bei Scheinwerferlicht, mit einer fremden Leiter, in luftiger Höhe und in einem unwegsamen Gelände, eine Bereicherung und Stärkung der Ausbildung für die Bergungsgruppe war.

Vom Initiator der Nistplatzaktion war zu erfahren, daß er seit ca. neun Jahren für die Erhaltung des Storchennestes arbeitete. Nun hoffe er natürlich, daß die Störche den gut präparierten Nistplatz annehmen werden. J. B.

THW-Ortsverband betreibt erfolgreich Sportausbildung

Seit März letzten Jahres wird im THW-OV Cloppenburg durch den Kreis- und Ortsbeauftragten Gerhard Hase neben der fachlich-praktischen auch die sportliche Ausbildung der Helfer betrieben.

Die von Karl-Heinz Baro betreute, erstmalig in Niedersachsen versuchsweise gegründete Sportgruppe nahm bereits im ersten Jahr ihres Bestehens an elf internationalen Volksläufen über 10000 Meter teil.

Höhepunkt war der Lauf im Bremer Weser-Stadion, als 17 Teilnehmer des Ortsverbandes an den Start gingen und sich gut platzierten. Sie konnten nun das Laufabzeichen des Deutschen Leichtathletikverbandes sowie achtmal das Deut-

sche Sportabzeichen in Empfang nehmen.

Gerhard Hase und Karl-Heinz Baro gingen übrigens mit gutem Beispiel voran: Sie nahmen an den Weltmeisterschaften der Senioren im Juli 1979 in Hannover teil.

Erfolgreiche Funksprechverkehrsübung

Erfahrungen im Funksprechverkehr und im Kartenlesen zu sammeln, das war das Ziel einer Übung, die der THW-OV Hude-Bookholzberg veranstaltete. Mit mehr als 20 Helfern und drei Fahrzeugen verlief dieser „Sonntagsausflug“ zur vollen Zufriedenheit des stv. THW-Ortsbeauftragten Ingolf Czwick, der die Übung leitete.

Ein Führungsfahrzeug, ein MLW und ein GWK waren in Bookholzberg gestartet. Sie hatten auf verschiedenen Routen insgesamt zwölf Punkte anzusteuern, die über Funk mitgeteilt wurden und nach Karten anzufahren waren.

Beteiligt waren an dieser Fahrt vorwiegend junge Helfer, die ihre Grundausbil-

dung hinter sich gebracht haben und gegenwärtig die Stufe 2 der Fachausbildung durchlaufen. Mit ihren Ausbildern trafen alle zur vorgeschriebenen Zeit am Sammelpunkt in Kirchkimmen ein.

Von hier aus ging es dann in gemeinsamer Fahrt zum Pumpwerk Holler Siel an der Hunte. Hier erläuterte Sielwärter Arno Janßen den THW-Angehörigen Aufgaben und Funktion des modernen Pumpwerkes, das für die Hochwasserregulierung an der unteren Hunte eine wichtige Rolle spielt. Einem Teil der Gruppe war dieser Punkt des Einsatzgebietes des THW-OV Hude-Bookholzberg noch in Erinnerung. 1976 standen hier THW-Helfer Seite an Seite mit den Männern der Freiwilligen Feuerwehren, um eine zu befürchtende Überflutung des Hunte-Deiches durch Verteilen von Sandsäcken zu verhindern.

In gemeinsamer Arbeit konnten damals Land und Leute hinter dem Deich vor dem drohenden Hochwasser bewahrt werden. Den jüngeren Kameraden erläuterte Ingolf Czwink die Lage, vor der man vor fast vier Jahren gestanden hatte. Für sie wurde so die Übungsfahrt zu einer anschaulichen Demonstration möglicher Gefahren, die jederzeit wieder den Einsatz aller freiwilligen Helfer erforderlich machen können.

Friedrich Lubach 40 Jahre im öffentlichen Dienst

Auf eine vierzigjährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst – davon knapp drei Jahrzehnte Mitarbeit im THW – konnte der Hauptsachgebietsleiter Ausbildung im THW-LV Niedersachsen, Friedrich Lubach, am Sonnabend, dem 8. März 1980, zurückblicken.

Diesen normalerweise arbeitsfreien Tag verbrachte er, typisch für ihn, bei einer Abschlußprüfung zur Grundausbildung im OV Einbeck.

**So fühlt er sich wohl:
Hauptsachgebietsleiter
Lubach bei einer Wett-
kampfbesprechung.
Links im Bild der frü-
here THW-Landesbe-
auftragte Sahlender.**



Mit dem Eintrittsjahr 1952 ist Friedrich Lubach der dienstälteste hauptamtliche Mitarbeiter des THW in Niedersachsen und aufgrund seines großen Fachwissens – u. a. noch aus Zeiten der Technischen Nothilfe und als Pionier – einer der erfahrensten dazu.

In einer kleinen Feierstunde überreichte Hauptsachgebietsleiter Klaus Leifheit dem Jubilar die Dankurkunde des Bundesministers des Innern und würdigte seine Leistungen für die ständige Verbesserung der Ausbildung und Einsatzbereitschaft der freiwilligen Helfer.

THW auf der INTERSCHUTZ vertreten

Bei der internationalen Brand- und Katastrophenschutztausstellung in Hannover, verbunden mit dem 25. Deutschen Feuerwehrtag und dem 100jährigen Bestehen der Berufsfeuerwehr Hannover, ist das Technische Hilfswerk in Halle 16, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bundesamt für Zivildienst, repräsentativ auf ca. 1500 m² Ausstellungsfläche vertreten.

Dargestellt werden Aufgaben des Bergungsdienstes, vornehmlich das Bergen von Menschen und Sachen aus Wassergefahren (mit einem Deichmodell im Mittelpunkt) sowie des Instandsetzungsdienstes (mit Arbeiten an E-Leitungen und Versorgungsanlagen). Zum Aufbau kommen ferner eine Acht-Tonnen-Pontonfähre, eine Holzbrücke als Fußgängerüberweg, ein Rohrbaugerüsturm,



Vor der THW-Unterkunft in Emden: Stv. Landesbeauftragter Rohwedder, Kreis- und Ortsbeauftragter Janßen und Geschäftsführer van Nes (von links).

eine Strecke Baileybrücke und div. Modelle.

Die Arbeitsgruppe INTERSCHUTZ des THW-Landesverbandes Niedersachsen, in Zusammenarbeit mit dem Referat Öffentlichkeitsarbeit im BZS sowie niedersächsischen Ortsverbänden, hat mit den Vorbereitungen für diese Ausstellung begonnen.

Die Ausstellung ist vom 7. bis 15. Juni 1980 täglich von 9.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Ein Besuch der etwa nur alle zehn Jahre stattfindenden Ausstellung wird empfohlen.

Wachwechsel beim THW-OV Emden

Zur offiziellen Einführung und Vorstellung des neuen Kreis- und Ortsbeauftragten für Emden, Bauamtmann Ing. (grad.) Hermann Janßen, als Nachfolger von Ing. Paul-Peter Dworaczek kam der stv. Landesbeauftragte des THW für Niedersachsen, Dipl.-Ing. Jochen Rohwedder, am 5. März nach Emden.

Im Beisein von Oberstadtdirektor Dr. Kleinschmidt sowie dessen für den Katastrophenschutz zuständigen Mitarbeitern überreichte Rohwedder Hermann Janßen die Beauftragungsschreiben des Direktors des THW zum Kreis- und Ortsbeauftragten.

An den stv. Ortsbeauftragten Harm Mülder richtete er Worte des Dankes und der Anerkennung für das langjährige Wirken zum Wohl der Allgemeinheit,

wobei er den ausgeschiedenen Ortsbeauftragten und die Führungskräfte und Helfer des Ortsverbandes mit einschloß.

Der kreisfreien Stadt Emden und seiner Bevölkerung stellt das Technische Hilfswerk mit einer Bergungsbereitschaft und einem Instandsetzungszug ein beträchtliches Potential an Helfern und Material für den Einsatz bei Katastrophen, extremen Notlagen und für den Verteidigungsfall zur Verfügung.

Daß auf sie Verlaß ist, haben die THW-Helfer bei vielen Einsätzen im In- und Ausland, zuletzt beim Schneenotstand im Februar 1979, eindrucksvoll unter Beweis gestellt.



Altonaer Helfer 48 Stunden in Sturm und Regen

Vom 28. März bis 30. März 1980 führte der THW-Bezirksverband Hamburg-Altona eine Wochenendausbildung im Raum Laßbrönne/Winsen durch. Ziele der Ausbildung waren

- Führung eines größeren Verbandes
- Einsatz des Führungsmittels Sprechfunk
- Übung im Zusammenleben in einer größeren Gemeinschaft auf beengtem Raum
- Vertiefung der Kenntnisse im Stege- und Schwimmstegebau
- feldmäßige Trinkwasseraufbereitung
- Vertiefung der technischen Fertigkeiten für Aufgaben des Instandsetzungsdienstes
- feldmäßiger Einsatz von Materialerhaltungs- und Verpflegungstrupp.

Insgesamt nahmen etwa 130 Helfer an dieser Ausbildungsveranstaltung teil. Diese relativ geringe Zahl beruhte auf zahlreichen Resturlauben im März und einem witterungsbedingten hohen Krankenstand.

Am Abend des 28. März rückten die eingesetzten Einheiten (3 B-Züge, 1 I-Zug, 1 Führungsgruppe TEL, Mat.-Trupp, V-Trupp) in den Ausbildungsraum ab und bezogen dort Quartier, das von einem Vorkommando vorbereitet war. All dieses vollzog sich bei Dauerregen und Windstärken um 7, was jedoch die Stim-

mung der Helfer nicht beeinträchtigte. Ein Teil der Helfer mußte in Zelten übernachten. Wegen der niedrigen Außentemperaturen waren zur Beheizung der Zelte Bauheizgeräte beschafft worden. Diese Vorsorge bewährte sich hervorragend. Trotz extrem ungünstiger Wetterlage herrschte in den Zelten eine annehmbare Temperatur.

Vor Beginn der Arbeiten der Züge, d. h. in der Nacht, mußte zunächst eine Tunneldurchfahrt leergepumpt werden, um den Fahrzeugen die Durchfahrt ins Übungsgelände zu ermöglichen, und die Trinkwasseraufbereitung für die Waschanlage durchgeführt werden.



Auch bei Regen und Kälte arbeiteten die Helfer der Gas-Wasser-Gruppe beim Verbinden von Leitungen äußerst präzise.

Am nächsten Morgen gingen die Arbeiten zügig voran: Drei Schwimmstege von ca. 12 m Länge (Bretterschnellsteg, Steg aus Pontons, Steg aus Kunststoffschwimmkörpern) und ein Hängesteg von ca. 45 m Länge wurden gebaut. Eine Holzbrücke von ca. 35 m Länge wur-

de abgebrochen. Mit den beiden Sturmbooten wurde eine Erkundung auf der Ilmenau und Neetze durchgeführt, deren Ergebnisse kartographisch festgehalten wurden.

Der Instandsetzungszug reparierte an einer Übungsfreileitung Leiterseilbrüche, wechselte Isolatoren aus und arbeitete am Transformator. Außerdem wurde die Routine im Maststeigen wieder aufgefrischt.

Weiterhin wurde schulungsmäßig Trennen von Rohren, Gewindeschneiden, Reparatur von Gußrohren mit Hilfe von Stemmuffen, Brennschneiden und Reparatur von defekten Gasleitungen (Trennen, Absperrblasen, Anbohren, Muffen verschweißen) durchgeführt.

Am Nachmittag des 30. März 1980 kehrten alle Einheiten zurück. Der RTW der Johanniter-Unfall-Hilfe kam glücklicherweise zu keinem ernstem Einsatz, lediglich eine geringfügige Handverletzung war zu behandeln.

Nachruf

Am 3. April verstarb unsere langjährige Mitarbeiterin

Eva Bohnsack

im 61. Lebensjahr.

Sie hat sich durch ihr persönliches Verhalten bleibende Achtung und Anerkennung erworben.

Die Mitarbeiter werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesbeauftragte für Hamburg

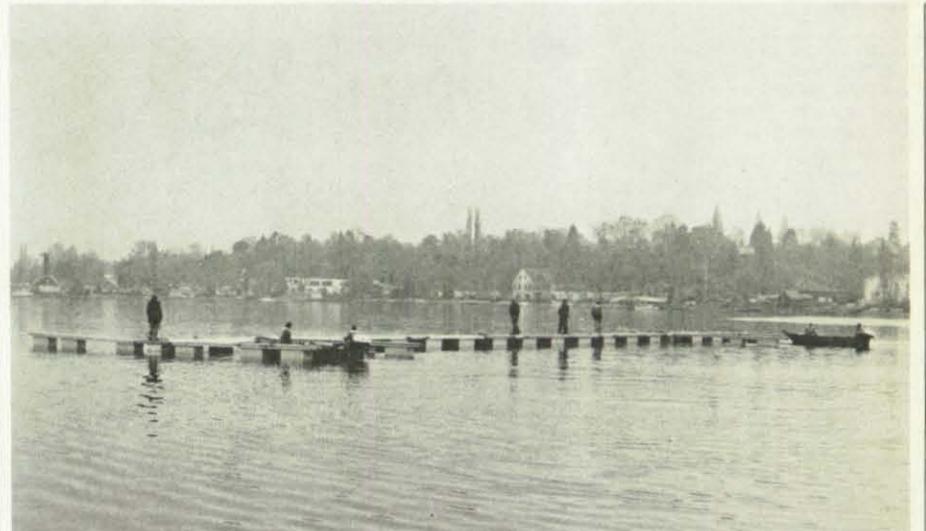
Berlin



Transport zu Wasser

Ein Berliner Wassersportverein stand vor der Aufgabe, den neugebauten Schwimmsteg vom vereinseigenen Ufer aus zu einem 300 m entfernten, in der Seemitte befindlichen Liegeplatz zu verholen. Mit eigenen Mitteln war es dem Verein jedoch nicht möglich, das doppel-T-förmige, 50 m lange Gebilde, an dessen Enden Ausleger von 18 m Länge angesetzt waren, zu bewegen.

Reinickendorfer Wasserdiensthelfer machten je ein Mehrzweckboot an den Auslegern fest und bugsierten dann mit größter Umsicht die somit entstandene „Fähre“ an den Bestimmungsort (siehe Foto).



Innenminister Hirsch beim THW

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Burkhard Hirsch, besuchte am 10. April 1980 das THW in Arnsberg. In Anwesenheit von MdB Dieter Julius Cronenberg und MdL Christoph Philipps sowie Führungskräften der THW-Ortsverbände Arnsberg, Meschede und Brilon konnten der THW-Ortsbeauftragte Walter Heitmann und der Landesbeauftragte Dipl.-Ing. Siegfried Drogies den Minister willkommen heißen.

Besuch beim THW in Arnsberg (von links): THW-Kreisbeauftragter Heitmann, MdL Philipps, Innenminister Hirsch, THW-Landesbeauftragter Drogies und Geschäftsführer Glöckner.



Beim Rundgang und der Besichtigung der „alten“ und „neuen“ Generation der Einsatzfahrzeuge wurden die Gäste mit den ersten Problemen (beengte Unterbringung, ungenügende Übungsflächen) konfrontiert. In der anschließenden Gesprächsrunde stellten die Helfer u. a. drei wichtige Fragen an „ihren“ zuständigen Minister:

1. Verbesserung der Haushaltsmittel
2. Einbindung des THW in den friedensmäßigen Katastrophenschutz des Landes

Dr. Hirsch (4. v. r.) stellte sich den Fragen der THW-Helfer – so ging es auch um die Mitarbeit des THW im friedensmäßigen Katastrophenschutz.



3. Ausgabe von Bekleidung aus verschiedenen Lagern.

Darüber hinaus kam in den Äußerungen der Helfer immer wieder zum Ausdruck, daß sie sich ein Miteinander im Hilfeleistungssystem des Landes wünschen.

Minister Hirsch führte hierzu aus: Er werde auf den Bundesinnenminister einwirken, daß bei den nächsten Haushaltsberatungen für die kommenden Jahre dem Thema Katastrophenschutz beson-

dere Beachtung beigemessen wird. Es weiß jeder, daß es leicht ist, Wünsche zu äußern und daß es schwer ist, alle Wünsche in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen. Weiter versicherte Hirsch, daß er bereit ist, sich um die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer des THW mit zu kümmern und die Möglichkeiten, die er habe, mit einzusetzen, um zu Verbesserungen da beizutragen, wo man merkt, daß sie notwendig sind.

Landesbeauftragter Drogies verwies auf die Möglichkeiten der sinnvollen Betätigung des THW im friedensmäßigen Ka-

tastrophenschutz des Landes am Beispiel anderer Bundesländer unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften und Organisationsrichtlinien. Sch.

Nachruf

Erst kürzlich wurde Paul Kaesberg, stv. Leiter der Katastrophenschutzschule des Bundes und ein Mann der ersten Stunde des Katastrophenschutzes, in den Ruhestand verabschiedet. Leider hat er seine Pensionierung nur kurz genießen können.

Der engagierte, stets hilfsbereite Kollege hinterläßt eine große Lücke, da seine



Lehrfähigkeit auf praktischen Erfahrungen im In- und Ausland basierte.

Alle, die ihn gekannt haben, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser Archivbild zeigt Kaesberg mit dem Leiter der Katastrophenschutzschule, Dr. Lorenz.

Hochwassereinsatz des THW am Niederrhein

In der Zeit vom 7. bis 10. Februar 1980 waren Helfer des THW aus dem Kreis Kleve mit BGS-Pontons und Mehrzweckbooten sowie LA-Pontons mit Bootsführern aus Duisburg im Hochwassereinsatz. Zeigten sich nach einer für den 8. Februar für alle Helfer des Kreises Kleve angeordneten Rufbereitschaft auch nicht die erwarteten Höchstwasserstände, so gab es doch im Kreis Kleve am Rhein zwei Schwerpunkte, wo das Technische Hilfswerk eingesetzt werden mußte. Im Bereich des Ortsteils Salmorth war von durch Wasser eingeschlossenen Gehöften Milch zu einem Tanklastzug zu transportieren, der diese an einem alten Fährkopf des Altrheins in der Nähe des Banndeiches übernahm. Da ein Transport von bis zu 2000 Litern

Milch mit einer einzigen Beladung anstand – es gibt in dem überfluteten Gebiet landwirtschaftliche Betriebe mit einer Tagesproduktion von ca. 2500 Litern – wurden zwei BGS-Pontons, die in Wesel beim Geschäftsführer THW stationiert sind, zu einem Zweierverbund zusammengebaut und mit einem 2000-Liter-Behälter versehen. Diese Konstruktion wurde dann von einem Mehrzweckboot mit Außenbordmotor als Schubeinheit zum Einsatz gebracht.

Ein weiterer Einzelponton mit Außenborder war in einem Polder, der durch einen nur mäßig überspülten und daher nicht mit Booten überfahrbaren Damm von der übrigen Wasserfläche abgetrennt war, eingesetzt zum Einsammeln von kleineren Milchbehältern der dort eingeschlossenen Höfe.

Der zweite Schwerpunkt war im Bereich der Stadt Rees. Hier war in erster Linie ebenfalls der Milchtransport durchzuführen von dem völlig eingeschlossenen Ortsteil Grietherort sowie Gehöften im Ortsteil Grietherbusch. Da über überflutete Weideflächen mit Zäunen und Wege gefahren werden mußte, aber die Milchmengen in kleineren Behältern transportiert werden konnten, wurden die flachgehenden LA-Pontons aus Duisburg eingesetzt.

Der Transport von Grietherort sowie den Einzelhöfen wurde zu einem Tanklastzug, der in dem noch trockengelegenen Bereich von Grietherbusch stand, durchgeführt. Zusätzlich leisteten die Helfer einigen Landwirten Hilfe, indem sie Traktoren, die sich auf überschwemmten und aufgeweichten Wegen festgefahren hatten und vom steigenden Wasser bedroht waren, mit Hilfe von Greifzügen freigezogen.

An dieser Einsatzstelle mußte zusätzlich am Sonntagvormittag ein weiteres Mehrzweckboot des OV Emmerich zum Personentransport eingesetzt werden.

Der Einsatz konnte, nachdem im Laufe des Sonntags der Wasserstand wieder fiel, am Sonntagabend beendet werden.

Die LA-Pontons aus Duisburg wurden sofort verlastet und zum Standort nach Duisburg überführt. Zwei BGS-Pontons aus Wesel blieben noch in Bereitschaft am Altrhein bei Kleve stationiert.

Die eingesetzten Helfer bekamen ein Lob von den vom Hochwasser eingeschlossenen Bürgern und den zuständigen Behörden. Sowohl der Oberkreisdirektor des Kreises Kleve als auch seine Vertreter besichtigten die Einsatzstellen oder verschafften sich durch eine Besichtigungsfahrt mit den eingesetzten Pontons einen Eindruck. Ebenso besuchte der Landesbeauftragte des THW für Nordrhein-Westfalen, Dipl.-Ing. Drogies, die Einsatzorte.

P. F.



Mit LA-Pontons übernahm das THW den Milchtransport von den vom Wasser eingeschlossenen Gehöften.



Milchkannen als „Fracht“ ...



... direkt zum Milchtankwagen.

Rundschau

OV Groß Umstadt-Darmstadt-Heppenheim: Übung am Objekt

Aufgrund der guten Zusammenarbeit des THW mit dem Versorgungsunternehmen HEAG war es den Helfern der THW-Ortsverbände möglich, eine 1200 Meter lange, stillgelegte Freileitung mit 15 Holz- und drei Gittermasten zu demontieren. Mit großer Begeisterung gingen die Helfer an diese Arbeit, zumal das gesamte ausgebaute Material dem THW für Übungszwecke kostenfrei überlassen wurde.

OV Wiesbaden: Informationsaustausch verstärken

Dank für die Gastfreundschaft und die Möglichkeit, in engeren Kontakt mit deutschen Behörden, insbesondere im Bereich der Zivilverteidigung, zu kommen, sprachen Colonel William J. Weaver (stv. US-Standort-Kommandant in Wiesbaden) und Colonel Georg J. Vehrs (Kommandeur der 7100 Air Base Group



Unser Bild zeigt die beiden amerikanischen Gäste mit dem Ortsbeauftragten und Führungskräften des THW-OV Wiesbaden.

Wiesbaden) dem THW-Ortsverband Wiesbaden anlässlich eines Freundschaftsbesuches aus. Dieser begonnene Informationsaustausch soll bei künftigen gegenseitigen Besuchen ausgebaut werden.

OV Frankfurt: Neue Küche für das THW

In einer kleinen Feierstunde übergab Stadtrat Prof. Dr. Peter Rhein auf dem Gelände der Berufsfeuerwehr Frankfurt vier Katastrophenschutzfahrzeuge des Bundes an die Hilfsorganisationen. Das DRK und der ASB erhielten Krankentransportfahrzeuge, das THW einen Feldkochherd. Die Zuweisung ist gemäß der Verfügung des Regierungspräsidenten



Stadtrat Prof. Dr. Rhein übergab dem THW einen neuen Feldkochherd.

ten von Darmstadt erfolgt. Die Freude über die neue Ausstattung war bei allen sehr groß.

OV Friedberg: Ein besonderer Tag für das THW im Wetteraukreis

Der 26. März 1980 wird in der Chronik des THW-OV Friedberg einen besonderen Platz einnehmen: Es war der Tag, an dem die Helfer ihre neue Unterkunft einweihten sowie einen neuen THW-Orts- und Kreisbeauftragten in ihre Gemeinschaft aufnahmen.

In 16000 Arbeitsstunden wurde aus einer zwölf Jahre alten Holzbaracke eine Unterkunft geschaffen, die sich sehen



THW-Landesbeauftragter Lossen (2. v. r.) überreicht dem scheidenden OB Trapp die Ehrenplakette des THW. Links Bürgermeister Fuhr und rechts im Bild der neue OB, Dr. Kuhn.

lassen kann. THW-Ortsbeauftragter Dr. Arno Kuhn, der durch den THW-Landesbeauftragten für Hessen, Hans-Albert Lossen, in sein Amt eingeführt wurde, bedankte sich bei allen am Unterneufbau beteiligten Stellen für ihre tatkräftige Mitwirkung. Lossen dankte ferner dem scheidenden OB Walter Trapp für seine jahrelange aufopfernde Tätigkeit. Als sichtbares Zeichen des Dankes des THW erhielt Trapp die Ehrenplakette des THW überreicht. Darüber hinaus wurde er als neuer THW-Kreisbeauftragter für den Wetteraukreis berufen.

Bürgermeister Dr. Ludwig Fuhr und Regierungsrat Eiffinger vom Landratsamt sowie Vertreter von Bundeswehr, US Army und anderer Hilfsorganisationen sprachen den Helfern und Führungskräften

des OV ihre Anerkennung und den Dank für gute und kameradschaftliche Zusammenarbeit aus.

OV Hofheim: Nachteinsatz

Beim Brand eines Reifenlagers unterstützte der THW-OV Hofheim mit 30 Helfern die örtliche Feuerwehr durch Ausleuchten der Schadensstelle, Materialtransport und Einreißen von einsturzgefährdetem Mauerwerk.

OV Lauterbach: Eine Feier mit Kameraden

Zum 25jährigen Bestehen des THW-Ortsverbandes kamen aus Stadt und Land die Kameraden der befreundeten Hilfsorganisationen, mit denen man seit Jahren gemeinsam tätig ist. Aber auch Freunde und Förderer des THW waren gekommen zu gratulieren, den 120 Helfern für ihr Wirken zu danken und sich von der guten Ausrüstung des THW zu überzeugen.

OV Limburg: THW stellt sich vor

Im Rahmen ihres Informationsprogrammes besuchten die Mitglieder des Magistrats und der CDU-Fraktion der Stadt Limburg das THW. Die Gäste wurden vom THW-Ortsbeauftragten Karl Kappes und THW-Landesbeauftragten Hans-Albert Lossen begrüßt und über die Aufgaben und Ausstattung des THW ausführlich informiert. Ganz besonders wurde auf den Wert der Ausstattung des OV, der bei rund einer Million Mark liegt, und auf die Leistungen der ehrenamtlichen Helfer hingewiesen.

In einem anschließenden Rundgang durch Kfz-Halle und Werkstatt konnten sich die Besucher einen Überblick über die Fahrzeug- und Geräteausstattung verschaffen. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß eine finanzielle Unterstützung durch Stadt und Kreis die Leistungsfähigkeit für den friedensmäßigen Einsatz steigern würde.



Während eines Rundganges durch die Kfz-Halle konnten die Gäste Fahrzeuge und Geräte besichtigen.

Großübung mit 170 Helfern am Bostalsee

Für die Bevölkerung des Landkreises St. Wendel sei es eine Beruhigung, im Katastrophenfall auf eine so schlagkräftige und gut ausgebildete Organisation wie das THW zurückgreifen zu können.

Eindrucksvoll hätten 170 Helfer ihren Leistungswillen, ihr Können und auch ihre Bereitschaft zum persönlichen Verzicht unter Beweis gestellt. Der Kreis nehme deshalb das THW nicht nur bei einer zweitägigen Gemeinschaftsübung als Organisation des Bundes zur Kenntnis, sondern betrachte es auch als eine wichtige Hilfsorganisation des Katastrophenschutzes im Landkreis und lasse ihm deshalb jede Unterstützung zukommen. Dies erklärte Landrat Dr. Manner im Hinblick auf die fünf Ortsverbände Freisen, Nohfelden, Nonnweiler, St. Wendel und Theley.

Folgende Lage war der Großübung zugrunde gelegt worden: Ein lokales Erdbeben hat im Bereich des zur Zeit mit 7 Millionen Kubikmeter Wasser gefüllten Bostalsees umfangreiche Schäden angerichtet. Versorgungsleitungen sind beschädigt, Segler und Surfer in Gefahr, Bauwerke und Bauwerksteile müssen gesprengt werden. Den Auftrag zur Bergung, Instandsetzung und Wasserrrettung gab der Landrat an den THW-Geschäftsführer des Kreises St. Wendel.

Nach Erkundung der Lage erhielten die Bergungszüge, der Instandhaltungs- und Bergungsräumzug, der Erkundungs- und Lotsentrupp, die ABC-Melde- und Auswertungsstelle, der Verpflegungs-, Verbrauchsgüter- und Materialerhaltungstrupp den Einsatzbefehl.

Die Bergungszüge zeigten ihr Können beim Bergen aus Trümmern und beim Sprengen von sechs Kontrollschächten des alten Abwasserkanals rund um den See. Der Wasserdienst des OV Nohfelden übernahm die Absperrung der Sicherheitszone während der Sprengarbeiten. Im einzelnen waren verantwortlich: der OV Nohfelden für den Zeltauf- und Abbau, die Verpflegung und die Wasserrettung; der OV Freisen für die Bergung aus Tiefen sowie die Sprengung der Kontrollschächte; der OV St. Wendel für den Betrieb des Pumpensatzes, den Transport von Dämmaterial und den Faschinenbau; der OV Theley für die Erstellung der Wasser- und Stromversorgung, der Waschanlage und die Platzbeleuchtung; der OV Nonnweiler für den Bau eines Steges und einer Fähre sowie den Fährbetrieb.

Alle Einheiten standen über Funk mit der Einsatzleitung, die ihre Zentrale in einem LKW installiert hatte, in Verbindung. Besonderen Wert hatte man auf die praktische Arbeit gelegt. Härteste „Knochenarbeit“ mußte bei den Ausgrabungen in der Bosener Mühle geleistet werden, wo ein Mühlrad freigelegt wurde. An allen Tagen waren zahlreiche Gäste kritische Beobachter. E. M.

„Phantom“ stürzte zwischen den Häusern ab

„Wie ein Stein“ – so Augenzeugen im Nohfelder Ortsteil Gonnesweiler im saarländischen Kreis St. Wendel – stürzte eine amerikanische Militärmaschine vom Typ „Phantom“ ab. Ein großer Krater zwischen den Häusern markierte die Aufschlagstelle. Die Flugzeugteile lagen über mehrere hundert Meter verstreut. Ein Triebwerkteil war auf einen 30 Meter entfernten Kinderspielplatz niedergegangen, auf dem zur Unfallzeit glücklicherweise kein Kind spielte. Windschutzscheiben und Dächer von geparkten Autos waren durchschlagen, erhebliche Beschädigungen auch an den umliegenden Häusern festzustellen. Nur wenige Menschen wurden durch Glassplitter leicht verletzt.

Mit dem Rettungshubschrauber aus Saarbrücken, den örtlichen Wehren und dem DRK traf auch der THW-Ortsverband Nohfelden an der Unglücksstelle ein. Man verschaffte sich einen Überblick über die Lage und ging besonnen und ohne Hektik an die Arbeit. Großzügigerweise stellte eine Firma die erforderlichen, beim THW für solche Zwecke leider nicht vorhandenen, großflächigen Planen zur Verfügung.

Nach dem Ablöschen von Schwelbränden besserte man gemeinsam mit Helfern der Feuerwehr die beschädigten Dächer aus oder deckte mit den Planen, die mit Halte- und Bindeleinen gesichert wurden, die durchlöcherten Dächer ab, um wenigstens vor Regen Schutz zu bieten. Anerkennende Worte für die gute Zusammenarbeit und die gründlich geleistete Hilfe erfuhren THW und Feuerwehr von der Bevölkerung, der Presse, den Politikern aller Parteien und dem Ministerpräsidenten, der die Absturzstelle besucht hatte. E. M.

THW Heusweiler besichtigte Holzplatten-Werk

Auf Einladung der Werksleitung besichtigte eine Gruppe von THW-Helfern das

Holzplatten-Werk in Heusweiler, Ortsteil Eiweiler. Betriebsleiter Braun begrüßte die THW-Helfer und übernahm die Führung durch das Werk. Der Rundgang führte von der Zerpanungsanlage zu den Trocknungshallen und in die Warte. Die Warte ist die Zentrale, in der auf großen elektronischen Schaltbildtafeln die Übersicht über den Produktionsablauf einschließlich eventueller Betriebsstörungen gewährleistet wird.

Betriebsleiter Braun stellte sich den kritischen Fragen der Besuchergruppe und führte aus, daß die Werksleitung zur Bekämpfung der Staubentwicklung Investitionen in Höhe von 5 Millionen DM gemacht habe. So würde der derzeitige Trockenstaubanteil pro Kubikmeter Frischluft sich nur auf 100 bis 130 Milligramm belaufen. Zur Zeit werden zu dem Untersuchungen angestellt, auch die Geruchsstoffe zu eliminieren.

Den Abschluß machte ein Besuch der Werksfeuerwehr. Wehrführer Busche war sehr erfreut über den Besuch der THW-Kameraden und zeigte mit Stolz den Wagenpark, die transportablen Schaumgeneratoren und Pulverlöcher. Der Wehrführer ging auch auf den stationären Feuerschutz, wie die Sprinkler-, Funkenlösch- und CO₂-Anlage, ein. Mit diesen aufwendigen Schutzeinrichtungen sei, so Busche, ein nahezu optimaler Feuerschutz gewährleistet. Der Wehrführer demonstrierte auch die Handhabung kleinerer Feuerlöschgeräte, wie Handschaumrohre und die sogenannte Mittelschaumpistole, die sich an einen normalen Hauswasseranschluß anschließen läßt und eine verblüffende Wirkung hat, ohne daß es dabei zu größeren Wasserschäden kommt. G. L.

Nachruf

In der Nacht vom 1. auf den 2. Februar ist unser verdienter Helferkamerad

Paul Kiefer

durch einen tragischen Verkehrsunfall im Alter von 26 Jahren für immer von uns gegangen.

Als Gruppenführer der Jugendgruppe des OV Nonnweiler hatte er mit Geschick und Fleiß wesentlichen Anteil am Aufbau und Fortbestand der Gruppe.

Wir haben einen guten Kameraden verloren und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-OV Nonnweiler

THW-Übung im Rhein-Neckar-Kreis

Das THW führte im Rhein-Neckar-Kreis die zweite gemeinsame Großübung durch. Wie beim ersten Mal (im Mai 1979) so stand auch jetzt wieder das Ruinen-Gelände der ehemaligen Lederfabrik Neckargemünd als ideales Übungsobjekt zur Verfügung. Das Hauptziel war die Bewältigung der Führungsaufgaben, insbesondere die Erprobung der Meldewege zwischen Führung und Einheiten.



Die Bergungseinheiten des THW setzten bei der gemeinsamen Großübung auch die Sauerstofflanze ein.

Neben den 100 THW-Helfern aus den Ortsverbänden Eberbach, Ladenburg, Neckargemünd, Sinsheim und Wiesloch waren auch 25 Helfer des ABC-Zuges des Rhein-Neckar-Kreises (Regie-Einheit) und zwei Helfer des DRK beteiligt.

So konnte ein weiterer Schritt zur Vorbereitung einer beabsichtigten Gesamtübung aller Fachdienste des Katastrophenschutzes im Rhein-Neckar-Kreis getan werden.

In der Absicht, einen Überblick über den Ausbildungsstand des THW im Rhein-Neckar-Kreis zu geben, wurden auch alle Bürgermeister bzw. Katastrophenschutzsachbearbeiter des Rhein-Neckar-Kreises zu dieser Übung eingeladen.

Im einzelnen waren folgende Aufgaben gestellt: Die Bergungseinheiten führten Bergungen aus Höhen und Tiefen, Mauer- und Deckendurchbrüche, Arbeiten mit Greifzug und Hydropresse und Arbeiten am Rohrgrabenverbau durch. Die Instandsetzungseinheiten zeigten ihr Können im Brennschneiden, in der Ausleuchtung von Schadensstellen, in der Notstrom- und Notwasserversorgung. Im Wasserdienst demonstrierte das THW, wie man die Elsenz schnell überwinden kann, nämlich mit behelfsmäßigen Flößen aus Autoreifen bzw. mit einem Schnellsteg aus Fahrbahnplatten. Unter

Einsatz eines Verkehrshilfsdienstkombis wurde technische Unfallhilfe dargestellt.

Der ABC-Zug baute eine Dekontaminationsstelle (Entgiftungsstelle) für Personen auf und untersuchte die Einsatzstellen auf eventuelle giftige Schadstoffe. Das DRK sicherte die Versorgung der von den THW-Bergungseinheiten geborgenen Verletzten.

Da die Übung bereits um 7.00 Uhr begann und das Ende erst für 17.00 Uhr vorgesehen war, beschloß die Führung, einige Gruppen durch Ersatzmannschaften abzulösen. So konnten die zuerst eingesetzten Gruppen einen Einblick in den Gesamtablauf der Übung gewinnen.

Mit dieser Übung hat das THW gezeigt, daß es im Rhein-Neckar-Kreis als tatkräftige Einheit auftreten kann und in einem Katastrophenfall der Bevölkerung wertvolle Hilfe zu leisten vermag. K. B.

THW im Hochwassereinsatz

Auch in Baden-Württemberg kam es Anfang Februar durch plötzlich einsetzendes Tauwetter, begleitet von starken Regenfällen, in einzelnen Landesteilen zu örtlichen Überflutungen. An einigen Orten wurde das THW auf Anforderung der für die Gefahrenabwehr zuständigen Behörden eingesetzt.

So mußten Einheiten aus den Ortsverbänden Biberach/Riß, Ehingen, Geislingen, Müllheim, Riedlingen, Sigmaringen, Tuttlingen, Waldshut-Tiengen und Wertheim verschiedene Hilfeleistungen erbringen. Insbesondere waren wichtige Objekte vor Überflutung durch das Füllen, Zuführen und Einbauen von Sandsäcken zu schützen. Ferner mußten Sicherungsarbeiten vorgenommen werden (u. a. wurde an einer Brückenbaustelle das vom Hochwasser bedrohte Lehrgerüst entfernt). Schließlich war vielfach der Einsatz der Pumpenausstattung notwendig.

Die Geschehnisse waren aber keineswegs mit der Hochwasserkatastrophe vom Mai 1978 vergleichbar. Der vorsorglich von der THW-Landesleitung Baden-Württemberg vorbereitete Einsatz zusätzlicher Kräfte und besonderer Ausstattung (Elektro-Großtauchpumpen, Notstromerzeuger 50 kVA, Koordinierungsfahrzeuge) wurde nicht erforderlich. Das vorhandene örtliche Potential zur Gefahrenabwehr bzw. -beseitigung reichte aus. G. K.

Großbrand in Villingen

Bei einem Großbrand – Ursache vermutlich ein heißgelaufenes Lager an einer Gattersäge – brannte das Sägewerk im Stadtbezirk Villingen völlig nieder.

Wenige Minuten nach dem Brandausbruch um 20.27 Uhr war die gesamte Wehr des Stadtbezirks Villingen unter der Leitung der Stadtbrandmeister Jordan und Rappenegger an der Einsatzstelle. Mit 14 Strahlrohren und der Wasserkanone bekämpfte die Villingener Wehr das Großfeuer, das mit einer über 20 Meter hohen Flammensäule weithin sichtbar war. Schwierigkeiten hatten die Wehrmänner mit der Wasserzufuhr, da das Wasser aus dem Hydranten knapp wurde und der vorbeifließende Sägebach arg verschlammte war.

Nach Anforderung einer THW-Bergungsgruppe wurden der Zugführer und seine Männer am Brandherd mit folgenden Aufgaben betraut: Abstützen von Mauerteilen, Unterbauen des Laufkrans mit einem Stützjoch, Einreißen von einsturzfähigen Mauerteilen sowie Herausziehen von Bretterstapeln mit der Seilwinde des GWK. Die Bergungsgruppe war etwa fünf Stunden im Einsatz.

Das Deutsche Rote Kreuz hatte vorsorglich den Sanitätsdienst am Brandort übernommen. R. H.



Die THW-Bergungsgruppe unterstützte die Feuerwehr u. a. durch Einreißen einsturzfähiger Gebäudeteile.



THW-Helfer aus Sambia zurück

Nach dreiwöchigem Auslandseinsatz kehrten die zwölf THW-Helfer – Angehörige der THW-Ortsverbände Ludwigshafen und Worms sowie Mitarbeiter des Gerätelagers Mehlem – aus Sambia zurück.

Auf dem Rhein-Main-Flughafen konnte Einsatzleiter Dr. Ingo Dorn, Ortsbeauftragter in Ludwigshafen, dem Direktor des THW, Hermann Ahrens, melden, daß alle Teilnehmer gesund zurückgekehrt sind. Ihr Auftrag, auf dem Chambeshi-Fluß, dessen wichtige Straßenbrücken zerstört waren, eine Fährverbindung zu schaffen, hatten sie in der vorgesehenen Zeit erfüllt.



Die zwölf THW-Helfer wurden in Frankfurt vom Direktor des THW, Dipl.-Ing. Ahrens (Bildmitte), begrüßt; links Einsatzleiter Dr. Dorn, rechts THW-Bundessprecher Merck.

Dr. Dorn berichtete, daß der Transport des Fährmaterials von der sambischen Hauptstadt Lusaka, wohin es mit Transportmaschinen geflogen worden war, zu der rd. 700 km entfernten Einsatzstelle durch das nur dünn besiedelte Land mit Hilfe der deutschen Botschaft

und der Straßenbauverwaltung von Sambia ohne Schwierigkeiten durchgeführt wurde.

In Anwesenheit des THW-Landesbeauftragten Dr. Carl F. Dölbor und des Bundessprechers Peter Merck dankte Direktor Ahrens den Helfern und zeichnete jeden mit dem „THW-Einsatzzeichen für humanitäre Hilfe im Ausland“ aus. Ahrens stellte fest, daß dies der 32. Auslandseinsatz des THW gewesen sei, davon allein 13 auf dem afrikanischen Kontinent.

Ein ausführlicher Bericht über diesen Einsatz, bei dem die Helfer auch einen interessanten Eindruck von Land und Leuten bekommen haben, folgt demnächst.

Bayern



Eine herausragende Veranstaltung

Innerhalb der Reihe von Tagungen mit Führungskräften des THW – aus jeweils einem der sieben Regierungsbezirke in Bayern – fand am 12. Januar 1980 eine herausragende Veranstaltung in der Unterkunft des THW-OV Marktheidenfeld statt.

THW-Ortsbeauftragte und Führungskräfte aus dem Regierungsbezirk Unterfranken trafen sich auf Einladung des THW-Landesbeauftragten für Bayern, Dipl.-Ing. Schwarz, um folgende Themen zu behandeln:

- Mitwirkung des THW im friedensmäßigen Katastrophenschutz
- Verbesserung der personellen und materiellen Voraussetzungen
- Motivierung der Helferschaft.

Begrüßung der Gäste

Vor Beginn der eigentlichen Arbeitstagung begrüßte Landesbeauftragter Schwarz die hohen Gäste aus Unterfranken, an ihrer Spitze Regierungspräsident Philipp Meyer sowie Vertreter der Presse und des Bayerischen Fernsehens.

„Wenn man den Katastrophenschutz auf der Basis der Freiwilligkeit halten will, dann muß man auch dafür sorgen, daß die Helfer mit Freude bei der Sache sind“. Diese Aussage des Landesbeauftragten zog sich wie ein „roter Faden“ durch die gesamte Tagung und wurde

auch von den Gästen in ihren Reden oftmals aufgegriffen.

Ausstattung, Unterkunft, Ausbildung

Schwarz zeigte auf, daß trotz erheblicher Leistungen des Bundes noch einiges getan werden müsse, um den Zielen

- moderne Ausstattung
- gute Unterkünfte
- optimale Ausbildung

näherzukommen. Wobei bester Wille und größtes Engagement der Helfer nichts nützen, wenn die berechtigten Forderungen nicht durch eine erhebliche Steigerung der Haushaltsmittel erfüllt werden.

Es müßten, letztendlich auch durch einen Ausgleich der Stärke des Katastrophenschutzes der Bundesländer, weitere KatS-Einheiten gerade in Bayern aufgestellt und ausgestattet werden. Etwa 4000 Helfer stünden in Bayern bereit, um Aufgaben im Katastrophenschutz zu übernehmen.

Dank von Regierungspräsident Philipp Meyer

Der Regierungspräsident verdeutlichte in seiner Rede den hohen Stellenwert des THW: „... In einer Zeit, da die meisten Menschen den bequemeren Weg gehen, öffentliche Verantwortung und mehr noch schwere körperliche Arbeit an sich schon, vor allem aber selbstlose Arbeit für das Gemeinwohl scheuen – in einer

solchen Zeit strahlt der Stern des THW um so heller. Diese repräsentative Zusammenkunft der Führungskräfte aus allen unterfränkischen Ortsverbänden ist die mir deshalb sehr willkommene Gelegenheit, Ihnen allen einmal persönlich meinen Dank für Ihr ehrenamtliches Engagement innerhalb der Ortsverbände und jeweiligen Einheiten im Dienste und zum Wohle unserer unterfränkischen Bevölkerung aussprechen zu können.

Ich glaube, auch im Namen aller unterfränkischen Landräte und Oberbürgermeister, die ja mit ihren Behörden für den vorbeugenden und abwehrenden öffentlichen Katastrophenschutz verantwortlich sind, feststellen zu können, daß neben den anderen, ehrenamtlich tätigen Hilfsorganisationen – ich meine damit insbesondere die Feuerwehren und Sanitätsorganisationen – die unterfränkischen Einheiten des THW eine weitere und eine zuverlässige Garantie dafür sind, daß im Falle einer Katastrophe den verantwortlichen Behörden und damit natürlich den betroffenen Bürgern die erforderliche Hilfe in den verschiedensten, dann benötigten Disziplinen geleistet werden kann. Der Alltag beweist, wie sehr wir auf solche Einrichtungen wie das THW angewiesen sind.

Über die von mir genannte Bedeutung des THW im Bereich des Katastrophenschutzes hinaus weiß ich selbstverständlich, daß THW-Helfer bei Unglücksfällen und sonstigen, technische Hilfe erfordernden Ereignissen jederzeit persönlich selbstlos bereit und auch in der Lage sind, Ihrem Organisationszweck

entsprechend auf Anforderung der zuständigen Behörden Hilfe zu leisten. Neben den Kreisverwaltungsbehörden wissen sicherlich auch diese anderen Dienststellen – stellvertretend darf ich hier wohl die Polizei besonders erwähnen – Ihre Existenz und Ihr Engagement, Ihre Einsatzfreude, Ihr Können zu schätzen.

Wenn ich mich als Regierungspräsident dieses unseres schönen Regierungsbezirkes Unterfranken naturgemäß in erster Linie um diesen Landstrich und seine Menschen zu sorgen und zu kümmern habe, kann und darf ich aber doch nicht übersehen und vergessen, daß Sie aufgrund Ihrer humanitären Grundhaltung Ihre Erfahrungen und Ihr Können auch bei Einsätzen außerhalb des Regierungsbezirkes, ja sogar außerhalb der Bundesrepublik, einzusetzen bereit sind. Auch das ist eine nicht zu unterschätzende lobenswerte Werbung für das unterfränkische THW. Die THW-Männer sind eine hervorragende Visitenkarte für unsere Heimat!

Wenn Ihnen dies in Fortführung des bisher Geleisteten weiterhin gelingt, bleiben Ihnen die bisherige Anerkennung und der Dank der unterfränkischen Bevölkerung sicher und Ihre volle Integrierung in das unterfränkische ehrenamtliche Hilfeleistungspotential gewährleistet. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute für heute und die weitere Zukunft. Bleiben Sie sich und uns weiterhin treu!"

Der Landrat des Main-Spessart-Kreises, Erwin Amman, ging in seinem Grußwort auf die THW-Gliederungen im Landkreis ein und bedankte sich beim Ortsbeauftragten Oskar Karpf, THW-OV Marktheidenfeld, stellvertretend für den Idealismus und persönlichen Einsatz der Helfer.

Peter Pauli, Bürgermeister der Gemeinde Hafenlohr, auf deren Gebiet die Unterkunft des OV Marktheidenfeld steht, zeigte sich über die Wahl des Tagungsortes höchst erfreut.

Ehrenzeichen für Polizeipräsidenten

„Sie haben schon lange vor Ihrer jetzigen Aufgabe mit Ihren Beamten zum THW immer Kontakt gehalten und trotz mancher Widerstände den hiesigen Ortsverbänden den friedensmäßigen Einsatz auf Verkehrswegen ermöglicht. Durch gegenseitiges Kennenlernen der Aufgaben und persönliche Kontakte haben Sie die Verbindung zwischen Polizei und THW vertieft. Ihr dabei bewiesener starker Einsatz ist herausragend“. Mit diesen Worten überreichte Landesbeauftragter Simon Schwarz das Ehrenzeichen des THW in Silber an den Polizeipräsidenten von Unterfranken, Otto

Beim THW-OV Marktheidenfeld zu Gast (v. l. n. r.): Ldt. Reg.-Dir. Wagenblast, Landrat Erwin Amman, Regierungspräsident Meyer, THW-LB Dipl.-Ing. Schwarz, Polizeipräsident Zerrath, Reg.-Dir. Ständer, Kriminaldirektor Scheuplein.



Regierungspräsident Philipp Meyer hob in seiner Rede das ehrenamtliche Engagement der Helfer besonders hervor.



Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz zeichnete den Polizeipräsidenten von Unterfranken, Otto Zerrath, mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber aus.



Zerrath, der in seinem Dank zum Ausdruck brachte, daß die gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und THW auf allen Ebenen verwirklicht sei.

Für seine herausragenden Verdienste wurde der stv. THW-Ortsbeauftragte Berthold Schwab mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz ausgezeichnet.

Tagung der Führungskräfte

Nach der Mittagspause berichtete Regierungsdirektor Ferdinand Ständer vom Bundesamt für Zivilschutz detailliert über die aktuellen Probleme des THW, wobei auch der Ldt. Regierungsdirektor bei der

Regierung von Unterfranken, Helmut Wagenblast, interessierter Zuhörer war.

Die Tagesordnungspunkte wurden erschöpfend behandelt, gab es doch manche neuen Aspekte. Als Fazit war festzustellen, daß solche Tagungen viele offene Fragen beantworten, die Zusammenarbeit fördern und stärken sowie die Wirksamkeit des THW erhöhen.

Im Bayerischen Fernsehen wurde noch am gleichen Abend in der Sendung „Rundschau“ von der Veranstaltung berichtet, wobei auch ein vom THW-Landesbeauftragten Schwarz abgegebenes Statement ausgestrahlt wurde. J. D.

Verwaltungsdirektor Frhr. v. Neubeck verabschiedet

Am 13. März 1980 wurde im Bundesamt für Zivilschutz der langjährige Referent für den Einsatz des Warndienstes, Hans Freiherr von Neubeck, in den Ruhestand verabschiedet. Zu einer kleinen Feierstunde hatten sich neben vielen Angehörigen des Bundesamtes und des nachgeordneten Bereichs auch zahlreiche Gäste, so aus dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Verteidigung, der Akademie für zivile Verteidigung, vom Rundfunk und aus dem benachbarten Ausland eingefunden.

In Vertretung des erkrankten Präsidenten Dr. Kolb würdigte Vizepräsident Dipl.-Ing. Ahrens die Verdienste des Ausscheidenden, der über 20 Jahre dem Warndienst angehört und Wesentliches zu seinem Aufbau beigetragen hatte. Vizepräsident Ahrens betonte, daß schon die große Zahl der Gäste die Wertschätzung deutlich mache, die Freiherr von Neubeck genossen habe, und auch die vielfältigen und für den Warn-

dienst wichtigen Verbindungen zeige, die von ihm unterhalten worden seien.

Von Neubeck habe viele Jahre mit großem Erfolg ein Referat mit besonderer Ausstrahlung und Verantwortung geleitet. Sein Sachverstand und seine Erfahrung seien immer gefragt gewesen. Darüber hinaus habe er durch sein Pflichtbewußtsein, seine freundlich-korrekte Art und seine Hilfsbereitschaft bei Mitarbeitern und Vorgesetzten Anerkennung und Wertschätzung gefunden. Anschließend überreichte Ahrens dem Ausscheidenden die Entlassungsurkunde des Bundesministers des Innern und die Ehrenplakette des Bundesamtes für Zivilschutz.

Der Leiter der Abteilung Warndienst, Ltd. Baudirektor Dr. Maske, schilderte den Lebensweg seines Mitarbeiters. Der ehemalige Offizier der Panzertruppe kam im Jahre 1959 als Verbindungsführer zum Warndienst und wurde zunächst dem damals noch in Nürnberg befindlichen Warnamt IX zugeteilt. 1962 über-

nahm er die Leitung der im Aufbau befindlichen WD-Verbindungsstelle 51 in Goch. Ab 1964 leitete er im Bundesamt für Zivilschutz das für den Einsatz des Warndienstes zuständige Referat.

Unter seiner Leitung entstanden u. a. wichtige Einsatz- und Betriebsvorschriften. Die Warnstellenkarte wurde in mehreren Auflagen herausgebracht. Die Zivile ABC- und Luftlagemeldesammelstelle (ZALM) und weitere WD-Verbindungsstellen wurden eingerichtet. Ferner wurde die Zusammenarbeit mit den Streitkräften und mit dem Rundfunk im einzelnen festgelegt und intensiviert. Seit 1963 war von Neubeck auch Delegierter des deutschen Warndienstes in einer NATO-Sachverständigengruppe und in den letzten sieben Jahren Vorsitzender der zugehörigen Arbeitsgruppe für Einsatzfragen. Schließlich wirkte er bei Veröffentlichungen über den Zivilschutz mit und wurde Mitverfasser eines Sachbuches über den Warndienst.

Mit den besten Wünschen für die kommenden Jahre überreichte Dr. Maske als Abschiedsgeschenk der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Warndienst Blumen und zwei Bücher.

Der Vertreter des niederländischen Warndienstes, H. F. Oldenampsen aus dem Innenministerium in Den Haag, übermittelte eine Grußadresse, in der die Verdienste des Ausscheidenden als langjähriger Mitarbeiter im internationalen Bereich besonderen Ausdruck fanden.

Dank und aufrichtige Anerkennung der engsten Mitarbeiter im Bundesamt sprach Rudolf Haak aus. Er verglich von Neubeck mit einem Lotsen, der seinen Abteilungsleitern immer hilfreich zur Seite gestanden habe. Weitere anerkennende Worte folgten von dem Vertreter der Warnämter und WD-Verbindungsstellen, Verwaltungsobererrat Ebeling. Er erinnerte an die noch unter General Gosewisch gemeinsam erlebten Aufbaujahre des Warndienstes und überbrachte als Geschenk eine Ledermappe mit der Darstellung aller Warnämter. Als Vertreter der Einsatzleiter der Warnämter überreichte Manfred Schnieders eine hübsche Erinnerungstafel.

Freiherr von Neubeck bedankte sich mit bewegten Worten für die vielen anerkennenden Worte und die Abschiedsgeschenke. Abschließend wünschte er der Arbeit des Bundesamtes für Zivilschutz und insbesondere der Weiterentwicklung des Warndienstes vollen Erfolg und richtete einen herzlichen Abschiedsgruß an seine „alten Mitstreiter“.

M.



Frhr. v. Neubeck, Referent für den Einsatz des Warndienstes, wurde am 13. März 1980 in den Ruhestand verabschiedet: Dipl.-Ing. Ahrens, Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Frhr. v. Neubeck und Ltd. Baudirektor Dr. Maske, Leiter der Abteilung Warndienst im BZS (von rechts).

Gedanken zum Thema „Übungen“

Ziel und Aufgabe von Übungen ist,

1. eine zunächst erlernte Materie im theoretischen und praktischen Bereich durch Wiederholungen in bestimmten zeitlichen Abständen dauernd verfügbar zu erhalten;

2. Organisationsschemata und Verfahrensabläufe kritisch zu überprüfen und optimal zu gestalten;

3. neue Erkenntnisse auf jedem bezüglichen Gebiet aufzugreifen und zu nutzen.

Eine Übung erfüllt daher nur ihren Sinn, wenn

- die Übungsteilnehmer motiviert sind, d. h. durch entsprechende Anreize im Verlauf der Ausbildung das Verständnis für den Nutzen und die Notwendigkeit der Übung geweckt wurde
- der Ablauf einer Übung gut vorbereitet wurde
- in den Übungsablauf keine Vorgaben oder Tatbestände eingeführt wurden, die den wahren Leistungsstand verschleiern („Türken bauen“)
- eine Auswertung der Übung erfolgt und
- festgestellte Mängel bis zur Abhaltung der nächsten Übung abgestellt werden.

Übungen, in rascher Reihenfolge angesetzt, können wertlos sein, wenn bereits bekannte Mängel nicht beseitigt wurden, aber dennoch den Übungsteilnehmern unter den gleichen Voraussetzungen, jedoch im Hinblick auf den inzwischen verbesserten Ausbildungsstand eine erhöhte Leistung abverlangt wird. Dieses würde die Übungsteilnehmer zum Verschleiern von Schwachpunkten und damit zur Selbsttäuschung verleiten. Der Mißerfolg einer Übung kann allerdings unter Umständen auch ein Erfolg sein, wenn ein angemessener Erwartungshorizont als nunmehr nicht gegeben erkannt wurde.

Eine Übung mit Teilnehmern aus mehreren Bereichen erfordert in der Regel eine langfristige Absprache über Termine, Übungsteilnehmer und Übungsumfang sowie die Feststellung, welcher Bereich für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Übung federführend ist. Dies setzt voraus, daß zur Abstimmung innerhalb der Bereiche eine Vorbereitungsgruppe gebildet wird, in der fachkundige Vertreter nach einem vorzuziehenden Umfang (Übungsziel) die Übung in allen Einzelheiten und für alle teilnehmenden Stellen verbindlich vorbereiten. Diese Gruppe sollte auch die Überwachung der Übung und die Übungsauswertung übernehmen.

Eine Übung besteht aus

- Übungsvorbereitung
- Durchführung und
- Auswertung.

Zur Übungsvorbereitung gehören

- die Bildung einer Vorbereitungsgruppe mit dem Auftrag zur Ausarbeitung der Übung unter

- Festlegung der Übungslage
- Festlegung der Übungsteilnehmer
- Bestimmung der Übungsdauer
- Festlegung des Übungs- und Leitungsstabes
- Benennung der Übungsbeobachter mit Aufgabenstellung
- Benennung der Übungsauswerter.

Zur Vorbereitung gehören auch

- ein Zeitplan für die Vorbereitung und Durchführung der Übung
- die Festlegung aller übungsspezifischen Einzelheiten
- das Erstellen von Auswertebögen zur Auswertung

– ein Zeitplan für die Auswertung.

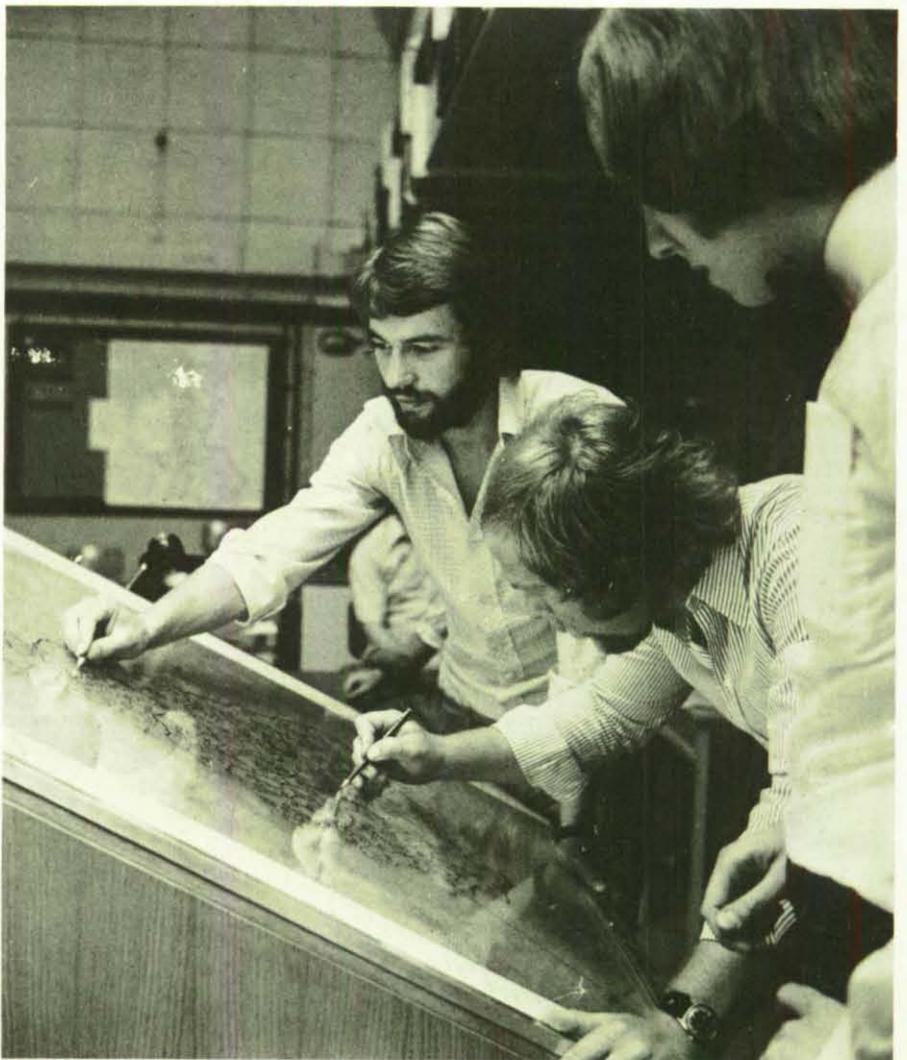
Zur Durchführung gehören

- die Festlegung der Leitungsmaßnahmen
- die Festlegung der Beobachteraufgaben
- die Festlegung der zu beobachtenden Stellen.

Zur Auswertung gehören

- die termingerechte Vorlage von Erfahrungsberichten der an der Übung teilnehmenden Stellen
- die Feststellungen der Übungsbeobachter in schriftlicher Form
- das Erstellen eines Gesamterfahrungsberichtes mit ggf. aufzuzeigenden Mängeln und Vorschlägen zur Verbesserung
- die anhaltende Kontrolle, ob erkannte Mängel abgestellt sind.

Erst diese Voraussetzungen bieten die Gewähr, daß die Aussagen über den Verlauf und die Zielsetzung einer Übung, die das Zusammenspiel aller Übungsteilnehmer objektiv wiedergeben sollen, den tatsächlich erbrachten Leistungen gerecht werden. Utischill



Wichtige Voraussetzung für eine Übung: Die Teilnehmer müssen motiviert sein und den Nutzen und die Notwendigkeit der Übung erkennen.

Schnelle Hilfe durch die ASJ

„Wer fährt privat nach Brixen?“ Unter dieser Überschrift konnte man Anfang Februar einen Hilferuf in den Darmstädter Tageszeitungen lesen. Der Kreisauschuß des Kreises Darmstadt-Dieburg bat darin, Personen, die nach Südtirol fahren, sich beim Landratsamt zu melden. Der Grund: Jedes Jahr zu Weihnachten startet der Förderverein zur Unterstützung des Südtiroler Kinderdorfes Brixen einen Spendenaufruf, mit dem die Bevölkerung gebeten wird, Sach- oder Geldspenden für das Dorf und seine Kinder zu geben.

Letztes Jahr waren zu viele Geschenke eingetroffen; die Transportkapazität war erschöpft. So kam es, daß Anfang Januar immer noch viele Geschenke, darunter auch einige an Kinder persönlich adressierte Päckchen, im Keller einer Schule in Gräfenhausen bei Darmstadt lagerten.

Die Jugendgruppe des ASB-Darmstadt faßte spontan den Entschluß, die Spendenpakete nach Brixen zu bringen. Die technische Leitung gab umgehend die Erlaubnis für den Einsatz von zwei Transportern. Über die Kosten sollte später geredet werden.

Bereits um 11.00 Uhr morgens standen fünf Mitglieder der ASJ abfahrtsbereit. Die Abfahrt verzögerte sich zunächst, da das Landratsamt Schwierigkeiten bei der italienischen Zollabfertigung erwartete. Da jeder Reisende Geschenke bis zu einem Gesamtwert von 2000 DM zollfrei nach Italien einführen kann, einigten sich die fünf „Spediteure“, den Gesamtwert des Transports einfach auf weniger als 10000 DM zu deklarieren. 800 Kilometer – in Österreich auf verschneiten Straßen – waren bis Brixen zurückzulegen.

Am nächsten Morgen gegen 6.00 Uhr kamen die erschöpften Helfer an. Bei einem Frühstück sprachen die Samariter mit dem Dorfleiter über den ASB und die Arbeit des Kinderdorfes. Nach dem Ausladen der Fahrzeuge traten die ASB-Helfer dann den Heimweg an. Beim Abschied wurden sie eingeladen, doch einmal eine längere Zeit im Dorf zu verweilen. Der ASB-Darmstadt plant weitere Aktionen für das Südtiroler Kinderdorf.

Einsatz klappte bestens

Der Arbeiter-Samariter-Bund Zweibrücken führte eine Katastrophenschutz-Übung am Gersbergerhof durch. Ange-



Kurz vor dem Start: Mitglieder der Arbeiter-Samariter-Jugend Darmstadt und Vertreter des Landratsamtes verladen die Geschenke für das Kinderdorf Brixen in die Transporter.

nommen wurde eine Gasexplosion, wobei mehrere Personen Verletzungen erlitten. 27 Helferinnen und Helfer rückten mit drei Einsatzfahrzeugen und weiteren Pkw aus. Nach dem Eintreffen übernahmen zwei Kradmelder die Erkundung des Einsatzortes. Nach deren Meldung, Gasexplosion mit teilweisem Einsturz eines Hauses und zehn Verletzten, wurde die Krankentransport- und Bergungsgruppe in Marsch gesetzt.

Das Gelände, für die Einsatzwagen nicht befahrbar, forderte von der Bergungsgruppe viel Kraft, da die Verletzten etwa 200 m getragen werden mußten. Die von den Krankenwagen aufgenommenen Verletzten wurden zum Verbandplatz gebracht, wo sie weiter versorgt wurden. Der Verbandplatz, drei Zelte mit Feldbetten und Einrichtung sowie Beleuchtungsanlage, wurde zwischenzeitlich von der technischen Gruppe aufgebaut. Die medizinische Weiterversorgung wurde von den Samariterinnen unter Leitung von Ortsverbandsarzt Dr. Geibel übernommen.

Nachdem alle Verletzten – dargestellt durch die ASB-Jugendgruppe – versorgt waren, wurden die einzelnen Übungsteile besprochen. Obwohl mehrere Helfer noch keine Übung mitgemacht hatten, wurde ein guter Ausbildungsstand sichtbar.

Nach einer Ruhepause gab es noch einen Wettkampf spezieller Art. Vier Mannschaften zu je vier Helfern (und einer Trage) mußten einen Parcours von zirka 400 Metern durchlaufen. Nach dem

Start wurde der erste Punkt angelaufen, ein Patient aufgenommen und aus dem angenommenen Gefahrenbereich getragen. Am zweiten Punkt wurde der Verletzte versorgt, wobei es auf Schnelligkeit und richtige Erste Hilfe ankam. Bei Punkt vier wurde Tragewechsel vorgenommen. Das schwierige Gelände erforderte auch hier viel Kraft, und die Helfer kamen recht atemlos ins Ziel.

Sprachferien in England

Etwas Besonderes hat sich der ASB-Ortsverband Wetterau im Rahmen der Aktion „Gemeinsam helfen“ einfallen lassen:

Vom 31. Juli bis 20. August 1980 führt er einen Sprachferienkurs für junge Leute im Alter von 13 bis 18 Jahren in England durch. Ziel der Reise: der bekannte Ort Poole mit jugendlichem Flair und vielen Sehenswürdigkeiten.

Im Preis von DM 785 ist die Fahrt mit Bus und Fähre von Bad Vilbel zum Kursort, die Unterbringung bei geprüften und erfahrenen englischen Gastfamilien mit Vollverpflegung und täglich drei Stunden Intensiv-Unterricht durch englische Fachkräfte enthalten. Außerdem werden noch drei Ausflüge (davon mindestens einer nach London) angeboten.

Noch sind wenige Plätze dieses Angebotes frei. Interessenten können sich an den ASB-Wetterau, Frankfurter Str. 85, 6368 Bad Vilbel, wenden.

Auch ASB auf Hilfe angewiesen

Vom Pech verfolgt wurde im letzten Jahr der ASB-Ortsverband Ludwigshafen. Innerhalb weniger Monate verlor er zwei seiner kostspieligen Einsatzfahrzeuge durch Unfälle. Zwar waren die jeweiligen Fahrer für die Unfälle nicht verantwortlich, trotzdem ließen sich die gegnerischen Versicherungen bei der Schadensregulierung viel Zeit.

Der erste Unfall ereignete sich im Sommer des vergangenen Jahres. Dem ASB-Einsatzfahrzeug wurde die Vorfahrt genommen. Ein Zusammenstoß ließ sich nicht vermeiden, der Rettungswagen überschlug sich dreimal. Schlimmer noch war der zweite Unfall, als der ASB-Rettungswagen von einem anderen Wagen abgedrängt wurde und im Graben landete: Drei Schwerverletzte und ein Totalschaden waren zu beklagen.

Während bei „normalen“ Autounfällen die Versicherungen relativ rasch tätig werden, gab es bei diesen hohen Schadenssummen Probleme. So war die Assekuranz unwillig, den Nutzungsausfall für einen Rettungswagen – die Gutachter schätzen ihn auf 400 Mark pro Tag – zu ersetzen. Das Zögern der Versicherung wird erklärbar, wenn man die Lieferfristen und die Zeit für das Umrüsten eines Neuwagens zum Rettungswagen in Betracht zieht: Das kann Monate dauern. Die Nutzungsausfälle können so schnell einige 10000 Mark betragen.

Auch ohne Rettungsfahrzeuge liefen für den ASB Ludwigshafen die Kosten für Personal und Leitstelle weiter. Da aber erheblich weniger Krankentransporte durchgeführt werden konnten, war man in Ludwigshafen auf Spenden angewiesen. Zahlreiche Firmen wurden angeschrieben und reagierten positiv. Das erste neue Fahrzeug, ein Krankentransporter mit 70 PS, zwei Tragen und einer medizinischen Notausrüstung – Kosten 30000 Mark – konnte mit einer großzügigen Spende von 15000 Mark der Stadtparkasse Ludwigshafen inzwischen wieder in Dienst gestellt werden.

Wann der mit 100000 Mark weit teurere Notarztwagen wieder angeschafft werden kann, ist noch fraglich. Die Versicherung wartet eine juristisch-verbindliche Klärung des Unfallherganges ab.

Oberstadtdirektor sagte Hilfe zu

Die Bundesgeschäftsstelle des Arbeiter-Samariter-Bundes und der ASB-Ortsverband Köln platzen aus allen Nähten. Der ständige Zuwachs an Aufgaben und Mit-



Zahlreiche Bürger Ludwigshafens unterstützten den ASB. So auch dieser Besitzer einer italienischen Eisdiele, der hier eine Flasche – Inhalt 270 DM – an den ASB-Vorsitzenden Heinrich Müller überreicht.

gliedern hat die Räumlichkeiten an der Sülzburgstraße 146 in Köln zu eng werden lassen. Bei der Suche nach einer neuen Unterkunft hat der ASB jetzt einen prominenten Fürsprecher: Kölns Oberstadtdirektor Kurt Rossa. Während eines Informationsbesuches in der Bundesgeschäftsstelle besichtigte Rossa auch die Funkleitstelle und den modernen Fahrzeugpark des Kölner Ortsverbandes. Besonderes Interesse zeigte Rossa an der Arbeit der Arbeiter-Samariter im Bereich des Rettungswesens und des Katastrophenschutzes. Der Vorsitzende des ASB-Ortsverbandes Köln, Norbert Burger, und ASB-

Bundesgeschäftsführer Wilhelm Müller informierten den Oberstadtdirektor über die vielfältigen Aufgaben des ASB auch im sozialen Bereich. Ständig neue Tätigkeitsfelder haben, so Burger, dazu geführt, daß der ASB heute an fünf verschiedenen Stellen des Stadtgebietes untergebracht ist. Um auch in Zukunft einen schnellen Einsatz des ASB im Rettungswesen und Katastrophenschutz zu gewährleisten, sei hier dringend eine Konzentration erforderlich. Oberstadtdirektor Rossa will, sobald der ASB seine Wünsche schriftlich eingereicht hat, die Samariter bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten unterstützen.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Die Landesschule des Arbeiter-Samariter-Bundes Bremen e. V. in Ritterhude (direkt an der Stadtgrenze Bremens) sucht zum baldmöglichsten Termin

einen hauptamtlichen Ausbilder

zur Mitarbeit bei der Ausbildung von Zivildienstleistenden.

Geboten wird: Vergütung in Anlehnung an den BAT, verbilligte Personalverpflegung, Fünf-Tage-Woche, kein Nachtdienst.

Erwartet wird: Lehrbefähigung zur Sanitätsausbildung, Kenntnisse in der Führung junger Menschen, Teambereitschaft, längere Erfahrung in der Ausbildungsarbeit.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bitten wir, direkt an die

Landesschule des ASB Bremen e. V.
Ringstraße 9, 2863 Ritterhude

zu senden.

2800 Helfer im Übungseinsatz in Köln

Kampf mit Wind und Wetter

JUH versorgte 60 „Verletzte“ nach Flugzeugabsturz

Durch „besondere Ereignisse“ in den östlichen Nachbarstaaten erfolgt ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu diesen Ländern. Sanktionen der westlichen Staaten werden angekündigt. Nach immer häufiger vorkommenden Terroranschlägen subversiver Kräfte im Regierungsbezirk Köln und der Androhung von Gewaltmaßnahmen anlässlich einer vorgesehenen Lagebesprechung des Bundeskanzlers am 19. 4. 1980 in Köln wird die Bereitstellung von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes der Stadt Köln, die Einrichtung von vier Technischen Einsatzleitungen (TEL) und eines Hilfskrankenhauses sowie die Arbeitsbereitschaft für die Katastrophenschutzleitung durch den Oberstadtdirektor angeordnet.

Vor dieser Kulisse spielte sich die Katastrophenschutz-Vollübung 1980 im Kölner Raum ab. Unter Leitung der Berufsfeuerwehr mußten die Hilfsorganisationen verschiedene Aufgaben bewältigen: Von der Bekämpfung eines Waldbrandes, durch explodierende Munition verursacht, der Rettung Verletzter bei einem Zugunglück und einem Flugzeugabsturz sowie der medizinischen Versorgung Verletzter in einem Hilfskrankenhause auf dem Kölner Messegelände waren alle beteiligten Organisationen gefordert.

Zweck der diesjährigen Übung war die Erprobung des Modells einer Katastrophenschutzleitung (KSL) und der Technischen Einsatzleitung (TEL). Hierbei sollte die Koordination und Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen sowie die Arbeit der einzelnen Fachdienste und Einheiten erprobt werden. So bestand die Aufgabe der Johanniter-Unfall-Hilfe darin, 60 „Verletzte“ auf einem Campingplatz zu versorgen, Unglücksursache war ein abgestürztes Flugzeug.

Samstag, der 19. April, 7.00 Uhr morgens: In der Unterkunft der Johanniter-Unfall-Hilfe verwandeln sich 60 Katastrophenschutz Helfer und der Mitarbeiter einer Kölner Tageszeitung (als Gast der Johanniter-Unfall-Hilfe) unter den Händen geübter Schminker sowie unter Verwendung von viel Farbe und Plastikmasken in „Verletzte“. Um den Ernstfall

möglichst realistisch zu üben, werden Verletzungen vom einfachen Bruch bis hin zu starken Verbrennungen nachge-

bildet. Jeder Helfer erhält eine Karte mit Angaben über seine „Verletzung“. Anhand dieser Angaben ist der „Verletzte“



60 „Verletzte“ gab es bei einem Flugzeugabsturz – die Männer der Feuerwehr waren zur Bergung eingesetzt und übergaben die „Verletzten“ an die Helfer der JUH.



Die Johanniter versorgten die „Verletzten“ an der Sammelstelle und transportierten die „Schwerverletzten“ zum Hilfskrankenhaus.

Anhand einer mitgeführten Karte, auf der die Art der Verletzung eines jeden „Katastrophenopfers“ angegeben war, mußte diagnostiziert und richtig versorgt werden.

an der Unglücksstelle und im Hilfskrankenhaus entsprechend zu behandeln.

An die Stelle des Flugzeugabsturzes transportiert, verteilen sich die „Verletzten“ um die Unglücksstelle. Ein aufgestelltes Flugzeugwrack und weitverstreute Wrackteile bestimmen die Unfallszene an einem Baggerloch im Ostteil Kölns.

Bevor jedoch die Feuerwehr das „Unglück“ mit Nebel und Feuer richtig in Szene setzt, haben Helfer wie Verletzte unter der schlechten Witterung zu leiden. Nach fast zwei Stunden Ausharrens im Regen beginnt die Bergung der Verletzten durch die Feuerwehr, der Abtransport zur Verletzensammelstelle der Johanniter-Unfall-Hilfe und die Versorgung. Während die Verletzensammelstelle im Schlamm versinkt, werden die Verletzten transportfähig gemacht und in das Hilfskrankenhaus überführt.

Das Hilfskrankenhaus in der Messehalle 4 in Köln-Deutz ist auf eine Kapazität von 200 Betten ausgelegt. Von der Registrierung und Versorgung ebenfalls eintreffender „Obdachloser“ von anderen Unglücksstellen bis hin zur medizinischen Versorgung Verletzter im Hilfs-OP sind alle Vorkehrungen für den Katastrophenfall getroffen.

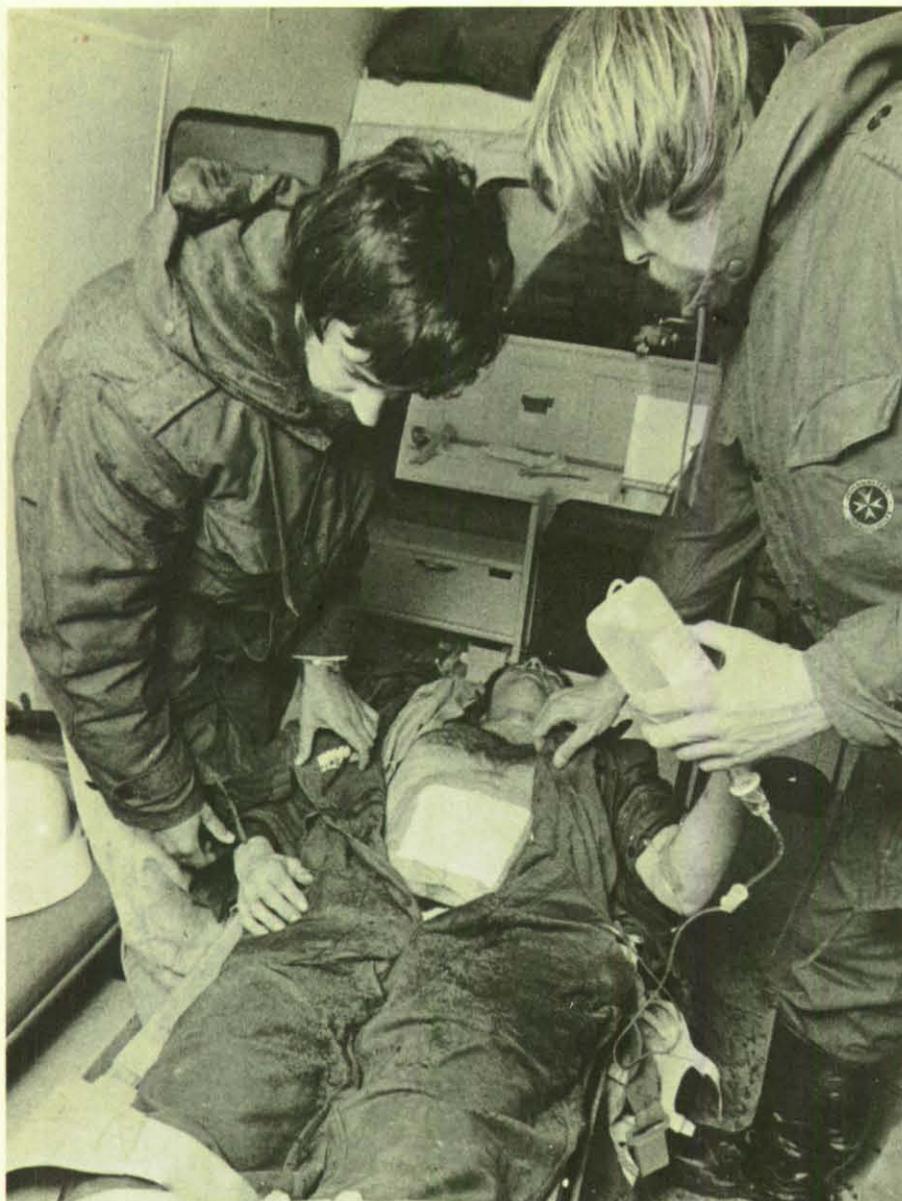
Rückblickend zeigt diese Übung in ihrer vollen Breite die Notwendigkeit der konkreten Erprobung der Zusammenarbeit in Katastrophensituationen. Wenn auch eine solche Übung den bedrohlichen Ernstfall – trotz aller Bemühungen der Simulation – nur wenig vergleichbar machen kann, bietet sie doch die Möglichkeit, Ansatzstellen für eine ständige Verbesserung der Leistungen im Katastrophenschutz aufzuzeigen.

Die schwersten Aufgaben hatten, obwohl nur passiver Art, die Katastrophenschutz Helfer und der Mitarbeiter der Kölner Tageszeitung, die sich als „Verletzte“ zur Verfügung stellten. Nicht wenige von ihnen haben, wegen des regnerischen, stürmischen Wetters, eine kräftige Erkältung von der Katastrophenschutzübung 1980 mit nach Hause genommen.

Text: Axel Hanold

Fotos: h & m press

In einer der Messehallen in Köln-Deutz war ein Hilfskrankenhaus für 200 Personen eingerichtet worden; hierhin kamen die schweren „Fälle“ von den verschiedenen Katastrophenorten im Kölner Stadtgebiet.



130 Personen aus brennendem Altenheim gerettet

MHD plante Evakuierung minutiös

Großbrand in Bensberg bei Köln erforderte Großeinsatz des MHD



Ein mehrstündiges Großfeuer zerstörte am Nachmittag des 21. Februar 1980 große Teile des ehemaligen Priesterseminars Kardinal-Schulte-Haus, der heutigen Thomas-Morus-Akademie in Bensberg bei Köln.

130 alte Leute, die als Pflegefälle im Kardinal-Schulte-Haus untergebracht waren, mußten während des Brandes evakuiert werden. Der MHD Köln hatte entscheidenden Anteil an den Evakuierungsmaßnahmen und der anschließenden Betreuung.

Hier der chronologische Einsatzbericht:

Donnerstag, 21. Februar 1980

15.01 Uhr: Alarmierung der örtlichen Feuerwehr Bergisch Gladbach.

15.41 Uhr: Rückmeldung der Feuerwehr BERGA: „Der Dachstuhl des Kardinal-Schulte-Hauses brennt auf einer Länge von ca. 100 m. Alle Heiminsassen müssen schnellstens aus dem Haus gerettet werden und anderweitig untergebracht werden.“

Anruf des MHD Köln bei der Leitstelle BERGA: Angebot zur Evakuierungshilfe

und Aufnahme der Evakuierten in der Dienststelle Köln, Brüsseler Straße 26.

15.42 Uhr: Der Leiter des MHD-Krankentransportes wird zur Schadenstelle entsandt, um vor Ort die Hilfsmaßnahmen mit der Einsatzleitung der Feuerwehr zu koordinieren.

15.42 Uhr: Vorsorglich werden die auf der Dienststelle befindlichen Einsatzfahrzeuge mit einer Anzahl Wolldecken ausgerüstet.

16.05 Uhr: Eintreffen des MHD-Einsatzleiters am Schadensort. Dort findet er ein chaotisches Bild. Ca. 60–70 Personen, die von dem anwesenden Pflegepersonal gerettet worden waren, saßen oder lagen auf einer Wiese. Notdürftig gekleidet, zum Teil nur mit einem Nachthemd oder Schlafanzug.

16.15 Uhr: Auf Anforderung fährt Fahrzeugkolonne alarmmäßig nach Bergisch Gladbach:

2 Rettungswagen
2 Krankentransportwagen
4 Busse des reg. KSanZuges

16.20 Uhr: Umbau der Unterrichtsräume der Geschäftsstelle zum Aufstellen von Zivilschutzbetten, Fertigstellen der

19 Einzelzimmer zur Aufnahme von Patienten.

16.25 Uhr: Alarmierung:

- der Einheitsführer der Einheiten,
- des Diözesanleiters, zugleich als ärztlicher Betreuer,
- des stellv. Diözesanangeistlichen als geistlichen Betreuer und
- des Verpflegungszuges.

16.47 Uhr: Alarmierung der Lichtgiraffe beim MHD-Generalsekretariat für den Nacheinsatz.

17.00 Uhr: Eintreffen der ersten Helfer der Sanitätsbereitschaft.

17.02 Uhr: RTH wird alarmiert und zum Schadensgebiet beordert.

17.12 Uhr: MHD-Fahrzeugkolonne eingetroffen.

17.24 Uhr: RTH am Einsatzort gelandet.

17.24 Uhr: RTW des MHD Erftstadt trifft ein. Der RTW wird zur Betreuung der eingesetzten Feuerwehrleute eingeteilt, da zwischenzeitlich ein schwerer Unfall zu verzeichnen war.

18.00 Uhr: Eintreffen des Diözesanleiters sowie des stellvertretenden Diözesanseelsorgers.

18.00 Uhr: Die ersten Patienten treffen in Fahrzeugen der Feuerwehr BERGA auf der Brüsseler Straße 26 ein.

18.05 Uhr: Polizei sperrt auf Anforderung die Brüsseler Straße, um den reibungslosen Antransport zu gewährleisten.

18.28 Uhr: Ein NEF (Notarzteinsatzfahrzeug) wird besetzt und zur Feuerwache Bergisch Gladbach-Nord entsandt, um dort den Notarztendienst aufzunehmen.

18.52 Uhr: NEF trifft in Bergisch Gladbach ein.

18.52 Uhr: 35 Patienten sind mittlerweile im Hause Brüsseler Straße eingetroffen, hiervon wird 1 Patient auf Grund des schlechten Allgemeinzustandes zum Hildegardis-Krankenhaus weitertransportiert.

18.57 Uhr: Fahrzeug fährt ins Heilig-Geist-Krankenhaus zur Besorgung von weiteren Medikamenten und Pflegeutensilien.

19.00 Uhr: Eine Mitarbeiterin von der Heimleitung des Kardinal-Schulte-Hauses trifft ein und beginnt unverzüglich mit der Benachrichtigung der Angehörigen.

19.00 Uhr: An der Schadenstelle trifft von MHD Ertstadt ein:

1 VW-KTW
1 VW-Kastenwagen und
1 Vier-Tragewagen

Der Kastenwagen wird zum Transport von Rollstühlen benötigt und eingesetzt.

20.00 Uhr: MHD-Einsatzleiter beendet seine Koordinierungstätigkeit in Bergisch Gladbach.

20.05 Uhr: RTW MHD Ertstadt rückt ab und wird durch RTW Köln abgelöst.

20.05 Uhr: Laut Anordnung der Einsatzleitung BERGA bleibt Lichtgiraffe im Einsatz.

20.10 Uhr: Anwesende Ärztin aus dem Heilig-Geist-Krankenhaus verordnet nach Rücksprache mit dem Pflegepersonal des Altenheimes Medikamente.

20.26 Uhr: Einsatzleiter MHD trifft auf der Dienststelle ein und gibt Lagebericht.

20.27 Uhr: Krankenhaus Frauenthal meldet die Bereitschaft zur Aufnahme von vorab 25 Personen.

20.45 Uhr: Einsatzbesprechung über
1. Lagebericht,
2. Tätigkeitsbericht,
3. Koordinierung über die Verlegung am nächsten Tage.

21.30 Uhr: Besetzung der drei Pflegestationen im Hause mit je 2 Nachtwachen.

21.30 Uhr: Der Leiter Krankentransport sowie der MHD-Geschäftsführer bege-

ben sich nach Bergisch Gladbach zur Kreisverwaltung, um sich über die Lage zu erkundigen. Gespräch mit Oberkreisdirektor Herrn Dr. Scholtissek. Anschließend Besichtigung der Schadenstelle und koordinierendes Gespräch mit der Heimleitung für den nächsten Tag.

22.00 Uhr: Übergabe von Anordnungen an die Nachtleitstelle.

Freitag, 22. Februar 1980

6.30 Uhr: 16 Helfer und 4 SH des MDH Ertstadt bereiten das Krankenhaus Frauenthal für die Aufnahme von 40 Patienten und 7 Pflegern vor.

7.00 Uhr: Transport einer männlichen Person zum Hildegardis-Krankenhaus aufgrund eines Asthmaanfalles.

7.30 Uhr: Frühstück für die anwesenden Patienten.

9.30 Uhr: Einsatzleiter und Geschäftsführer fahren zur Schadenstelle.

10.00 Uhr: Auf Anforderung der MHD-Einsatzleitung werden Funkwagen und Bauwagen zum Vincenz-Pallotti-Krankenhaus Bensberg entsandt.

10.00 Uhr: Fahrzeuge und Einheiten der Sanitätsbereitschaft und des Fahrerzuges der Dienststelle treffen ein. Aufteilung der Fahrzeuge und Besetzungen durch den Bereitschaftsführer.

10.30 Uhr: Pflegepersonal wird durch Kräfte des Kardinal-Schulte-Hauses ergänzt.

10.30 Uhr: Zwischenzeitlich werden einige Patienten von ihren Angehörigen abgeholt. Die noch gebliebenen Patienten werden von der 4. Etage in das Erdgeschoß verlegt.

11.00 Uhr: Einsatzbereitschaft des Krankenhauses Frauenthal wird angemeldet.

11.30–12.30 Uhr: Mittags-Verpflegung von 27 Patienten.

12.15 Uhr: Fahrzeuge des MHD Ertstadt werden zur Brüsseler Straße dirigiert.

12.30–14.00 Uhr: Weitere Besprechungen über die Verlegung zwischen Heimleitung, Diözesan-Caritasverband, Herrn Görge, und der Einsatzleitung des MHD.

14.00 Uhr: MHD Ertstadt in der Brüsseler Straße eingetroffen.

14.40 Uhr: Alarmierung zur Bereitstellung von Fahrzeugen bei

MHD Lindlar
MHD Zülpich
MHD Neuss
MHD Bonn
MHD Engelskirchen.

14.45 Uhr: Transport von 4 Patienten vom Evangelischen Krankenhaus Ber-

gisch Gladbach nach St.-Agatha-Krankenhaus Köln.

14.45 Uhr: 2 KTW zum Vincenz-Pallotti-Krankenhaus entsandt.

15.02 Uhr: Abtransport der 27 Personen durch den MHD Ertstadt von Brüsseler Straße zum Krankenhaus Frauenthal.

15.05 Uhr: 1 Pfleger und 2 Ordensschwestern werden von der Brüsseler Straße zum Krankenhaus Frauenthal transportiert.

15.05 Uhr: Transport von 11 Patienten vom Evangelischen Krankenhaus Bergisch Gladbach nach Zülpichhoven.

15.20 Uhr: Transport von 2 Patienten vom Evangelischen Krankenhaus Bergisch Gladbach nach St.-Josef-Haus Refrath.

15.45 Uhr: Transport von 6 Patienten vom Vincenz-Pallotti-Krankenhaus Bensberg nach Deutschordenstift Köln-Neubrück.

15.46 Uhr: Transport vom Evangelischen Krankenhaus Bergisch Gladbach: 1 Patient nach Michaelshoven Haus Simeon.

16.10 Uhr: MHD-Bonn meldet Einsatzbereitschaft von

2 VW-KTW
1 Vier-Tragewagen
1 RTW
1 Behindertentaxi
3 VW-KS-Busse.

Die Einheit wird zum Vincenz-Pallotti-Krankenhaus Bensberg entsandt.

16.27 Uhr: MHD Neuss meldet sich mit 8 KTW einsatzbereit und wird zur Brüsseler Straße beordert.

16.30 Uhr: Transport von 9 Patienten vom Vincenz-Pallotti-Krankenhaus Bensberg nach Michaelshoven Haus Simeon.

16.35 Uhr: MHD Neuss wird aufgrund genügender Transportkapazitäten wieder abbestellt.

17.00 Uhr: Transport von 4 Patienten vom Vincenz-Pallotti-Krankenhaus Bensberg nach Altenheim Lindlar.

17.30 Uhr: Transport: 1 Person vom Vincenz-Pallotti-Krankenhaus Bensberg nach Zülpichhoven.

17.31 Uhr: Transport: 1 Person vom Evangelischen Krankenhaus Bergisch Gladbach nach Margaretenhöhe Bergisch Gladbach.

18.15 Uhr: Dienststelle Brüsseler Straße, Aufräumarbeiten im gesamten Hause abgeschlossen.

18.15 Uhr: Nicht mehr benötigte Medikamente und Pflegeutensilien werden zum Heilig-Geist-Krankenhaus zurückgebracht.

18.20 Uhr: Einsatzleitung meldet Beendigung des Einsatzes.

„Interschutz“ und der autofreie Sonntag

Bundesinnenminister Baum: Terminverlegung nicht mehr möglich

Am Sonntag, 8. Juni 1980, wird aufgrund von Forderungen mehrerer Umweltverbände erstmals in der Bundesrepublik ein autofreier Sonntag durchgeführt. Bedauerlicherweise fällt dieser Tag mit dem 25. Deutschen Feuerwehrtag und dem ersten Tag der internationalen Ausstellung „Interschutz – Der Rote Hahn“ in Hannover zusammen. Der Deutsche Feuerwehrverband bedauert dies, zumal bereits 1978 der Termin des Deutschen Feuerwehrtages und der Ausstellung „Der Rote Hahn“ festgelegt und publiziert wurde.

Nach Bekanntwerden des Termins für den autofreien Sonntag hat der Deutsche Feuerwehrverband sich an den Bundesminister des Innern gewandt mit der Bitte, zu überprüfen, ob eine terminliche Verschiebung des autofreien Sonntags noch möglich ist.

Der Bundesminister des Innern hat auf diese Bitte wie folgt geantwortet:

Sehr geehrter Herr Präsident Bürger!

Für Ihr Schreiben vom 31. Januar 1980 danke ich Ihnen sehr. Der Appell der

Umweltminister und Umweltverbände an alle Autofahrer ist keine Aktion gegen das Auto, sondern will die mit einer zunehmenden Motorisierung verbundenen Probleme stärker ins Bewußtsein heben.

Mit diesem bundesweiten Versuch soll das Auto nicht verteufelt werden, das unverzichtbarer Teil unseres Lebens heute ist. Aber jeder sollte angeregt werden, über Alternativen nachzudenken und sie persönlich zu erproben.

Der autofreie Sonntag soll

- als Beitrag zur Verwirklichung der von der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in ihrer „Erklärung über die Umwelt des Menschen“ verkündeten Grundsätze und Zielsetzungen,

- als Geste der Solidarität zugunsten jener, die täglich und nächtlich durch den Lärm und die Abgase unserer Motorfahrzeuge belastet werden,

- als Symbol der Bereitschaft zu energiebewußterem Verhalten, des Willens zum Umdenken und Umschwenken, wirken.



Diese Seiten erscheinen in Verantwortung des Deutschen Feuerwehrverbandes

Staatlicher Zwang war bei der Durchführung des autofreien Sonntags zu keiner Zeit beabsichtigt. Ich möchte vielmehr an die eigenverantwortliche Willensbildung des mündigen Bürgers appellieren. Die Wahl des Termins im Sommer, zumal an einem in weiten Teilen des Bundesgebietes verlängerten Wochenende, bringt unzweifelhaft gewisse Probleme mit sich. Es kann und darf daher kein psychologischer Zwang auf diejenigen ausgeübt werden, der an diesem Tage – aus welchen Gründen auch immer – auf sein Auto nicht verzichten kann. Entscheidend ist die „Signalwirkung“ dieses Tages.

Die von Ihnen beschriebenen Terminüberschneidungen mit dem 25. Deutschen Feuerwehrtag und der hiermit verbundenen internationalen Fachausstellung für Brand- und Katastrophenschutz INTERSCHUTZ 80 – Der Rote Hahn war hier nicht bekannt. Jedoch entspricht der Termin des autofreien Sonntags 1980 einer schon vor einem Jahr von mehreren Umweltverbänden erhobenen Forderung. Deshalb und wegen der schon getroffenen Vorbereitungen ist eine Änderung des Termins nicht mehr möglich. Zahlreiche Umweltverbände und Organisationen haben ihre Planungen bereits auf den auch von den Umweltministern der Länder begrüßten Termin abgestellt.

Ich bitte um Ihr Verständnis und hoffe sehr, daß die INTERSCHUTZ 80 – Der Rote Hahn hiervon unbeeinträchtigt ein voller Erfolg wird.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhart R. Baum

Nach dieser Mitteilung des Bundesministers des Innern verbleibt es beim 8. Juni 1980 als erstem autofreien Sonntag der Bundesrepublik, der allerdings von den deutschen Feuerwehren, soweit ihre Angehörigen an den Veranstaltungen in Hannover teilnehmen werden, nicht gehalten werden kann. Wir bedauern diese Terminüberschneidung, zumal dem Bundesminister des Innern bereits 1978 der Termin des „Roten Hahns“ in Hannover bekanntgemacht wurde.

Ich begrüße die Absicht des Bundesministers des Innern, bei der Durchführung des autofreien Sonntages keinen staatlichen Zwang auszuüben. Wir erwarten

Dabeisein – komplett informiert sein.



INTERSCHUTZ 80

DER ROTE HAHN

Internationale Ausstellung für Brand- und Katastrophenschutz

+ 25. Deutscher Feuerwehrtag HANNOVER, 7.-15. 6. 1980

aber auch, daß die Umweltorganisationen sich an diese Spielregeln halten und den Teilnehmern am Deutschen Feuerwehrtag und den Besuchern des „Roten Hahns“ in Hannover die Benutzung des Autos nicht als demonstrative Äußerung gegen die Umweltbewegung auslegen.

Wir würden es bedauern, wenn verschiedene Umweltorganisationen ihre Ankündigungen wahr machen würden, die Straßen am 8. Juni 1980 durch Sperren und Fahrradkolonnen zu behindern. Dies könnten die Feuerwehrmänner nicht verstehen, zumal die Feuerwehren seit dem Bestehen der Umweltprobleme in unserer Gesellschaft diejenigen Mitbürger sind, die im wesentlichen in den Gemeinden den aktiven Umweltschutz und die zugehörige Schadensbeseitigung freiwillig leisten.

Ich fordere deshalb die Herren Innenminister und Umweltminister der Länder auf, in ihren Bereichen für einen reibungslosen Ablauf des Straßenverkehrs für Feuerwehrangehörige auf den Landes- und Bundesstraßen am 8. Juni 1980 zu sorgen. Es ist niemandem, sicherlich aber am wenigsten den Umweltschützern, gedient, wenn durch Proteste oder psychologischen Zwang anderen gegen ihren Willen der Zugang zur Straße verwehrt würde. In solchen Fällen würden sich sicherlich die Feuerwehrmänner ihr Recht verschaffen.

Ich wünsche allen Teilnehmern an den großen Brandschutzveranstaltungen am autofreien 8. Juni 1980 in Hannover eine gute Reise.

Albert Bürger
Präsident des DFV

kungskosten hinzu. (Sammelbestellungen ab 20 Platten.)

Jetzt erhielten wir nachstehende neutrale Beurteilung dieser Platte:

„Sie sind sozusagen mit Feuer und Flamme dabei: die Männer und Frauen der Freiwilligen Feuerwehr. Wo wäre dieses Sprichwort besser – und im doppelten Sinne – anwendbar als bei jenen Tausenden Rettern von Leben, Hab und Gut, die Tag und Nacht darüber wachen, daß Feuer und Flamme, aber auch Wasser und Sturm in Zaum gehalten werden?“

Früher blieb den Menschen nichts anderes übrig, als in nachbarlicher Selbsthilfe und durch Anrufen des Heiligen Florians zu versuchen, dem Feuer Herr zu werden. Heute steht der Notruf 112 zur Verfügung, und ‚Florian‘ wird auf den Weg geschickt. Nicht der Heilige! Der Einsatzwagen der Freiwilligen oder Berufsfeuerwehr.

Ihr zu begegnen ist alltäglich, im einzelnen etwas über die Arbeit der Feuerwehrmänner zu erfahren, schon weniger. Mit der von C. P. Lemmer produzierten Langspielplatte ‚Feuer und Flamme – Die Freiwillige Feuerwehr präsentiert Einsatz und Musik‘ gibt es jetzt jederzeit so etwas wie einen Tag der offenen Tür bei der Feuerwehr. Auf der Plattenhülle umreißt der Autor die Zielsetzung seiner Dokumentation so: ‚Das Geschehen läuft so ab, daß sich jeder Feuerwehrmann damit identifizieren kann, und der Außenstehende sich vorstellen kann, was im Ernstfall am Einsatzort geschieht.‘

Und in der Tat ist die Realität sehr gut eingefangen: sachlich, informativ, spannend und nicht zuletzt unterhaltend. Es ist gut, daß sich der Autor auf eine Region (die norddeutsche bot sich wohl aus produktionstechnischen Gründen an) beschränkt hat, um eine Geschlossenheit der Erlebnissphäre zu erreichen. Ein solches lebensnahes Beispiel ist weitaus instruktiver als ein Mosaik regionaler Unterschiedlichkeiten.

Es ist gut vorstellbar, daß diese Schallplatte ihren informativen und unterhaltenden Wert gerade darin erhält, daß sie der Auslöser von Unterhaltungen und Diskussionen wird – und das regional durchaus sehr unterschiedlich – wo die dargebotenen Fakten durch die persönlichen Erlebnisse des Feuerwehrmanns ergänzt werden.

Das läuft wohl darauf hinaus, die Platte im Familien- und Freundeskreis von Mitgliedern der Feuerwehr zu hören. Fast zu schade, wenn es auf diesen Hörerkreis beschränkt bliebe.

Prof. Dr. A. Diel
Uni Hamburg
FB Erziehungswissenschaft“

Langspielplatte mit Feuerwehrmusik

„Feuer und Flamme“

DM 2,- je Platte für das Deutsche Feuerwehrmuseum bestimmt

Jetzt ist es soweit: Eine neue Langspielplatte der Freiwilligen Feuerwehr präsentiert sich der Öffentlichkeit.

Titel: Feuer und Flamme

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Feuerwehrverband und einigen Freiwilligen Feuerwehren in der Bundesrepublik entstand eine Platte, die zum ersten Mal von der Arbeit und den Einsätzen der Feuerwehren berichtet. Aufnahmen einiger Feuerwehr-Musikzüge und eine flotte Kommentierung ergänzen die Selbstdarstellung sinnvoll.

Zweck der Platte ist es, Öffentlichkeitsarbeit im besten Sinn zu leisten und dem bereits bestehenden Deutschen Feuerwehrmuseum in Fulda bei der Aufbauarbeit zu helfen.

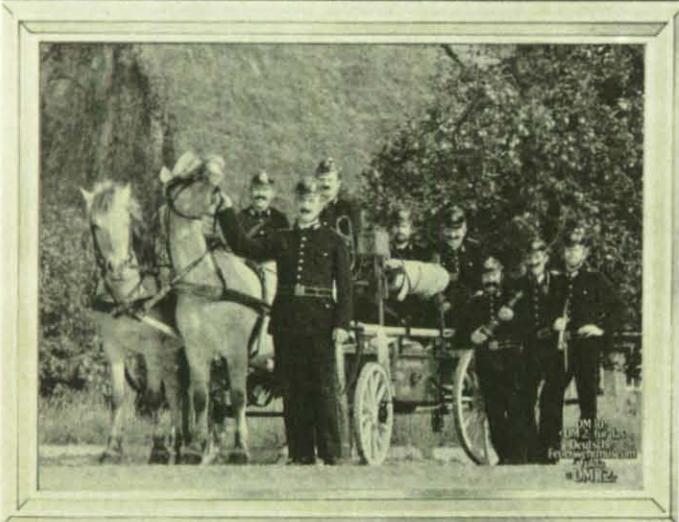
Die Platte wird nicht im Fachhandel verkauft.

Sammelbestellungen nimmt die Firma DIDAKTATEAM, 2000 Hamburg 72, Meiendorfer Stieg 16, entgegen.

Der Preis der LP beträgt DM 10,-, zuzüglich DM 2,- für das Deutsche Feuerwehrmuseum in Fulda. Bei Einzelbestellungen kommen Porto und Verpak-

FEUER und FLAMME

Die Freiwillige Feuerwehr präsentiert Einsatz und Musik



In alten Uniformen präsentieren sich Feuerwehrmänner auf dem Cover der neuen Langspielplatte der Freiwilligen Feuerwehr, von deren Erlös je DM 2,- dem Feuerwehrmuseum in Fulda zukommen wird.



DLRG-Erfolgsbericht 1979:

7318 Menschen gerettet

In 30 Jahren 16,1 Millionen Schwimmprüfungen abgenommen

Insgesamt 7318 Menschen (1978: 6561) wurden im vergangenen Jahr von der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin vor dem Ertrinken gerettet, und zwar 824 im schwimmerischen Einsatz (704) und 6172 (5609) bei insgesamt 6810 Bootsunfällen (5821) sowie 322 bei Katastropheneinsätzen (248). Der schwimmerische Einsatz der Rettungsschwimmer erfolgte in 48 Fällen unter Lebensgefahr bzw. unter besonders schwierigen Umständen (55). Bei 181 Geretteten (224) mußten Wiederbelebungsverfahren angewandt werden. Außerdem leisteten Rettungsschwimmer in 27246 Fällen „Erste Hilfe“ (29134) und nahmen 5607 Bootsbergungen (5420) vor.

Die vorstehend genannten Rettungen im Jahre 1979 zeigen, daß sich die vorbeugenden Maßnahmen der DLRG segensreich ausgewirkt haben. Das ungewöhnlich schlechte Wetter wirkte sich allerdings besonders nachteilig auf den Umfang der Ausbildungstätigkeit der DLRG im Schwimmen und Rettungsschwimmen aus. Zudem zeigen sich jetzt auch in dieser Hinsicht die Auswirkungen der geburtenschwachen Jahrgänge.

Von der DLRG wurden 1979 insgesamt 452432 Schwimmprüfungen (510962) abgenommen. Hinzu kommen 1770 Prüfungen für den Deutschen Jugendtauchschein (1478). Außerdem wurden 161774 Teilnehmer (160002) bei Kursen im Vorschul- und Anfangsschwimmen registriert. Ferner legten 99049 Rettungsschwimmer (104001), davon 25144 weibliche (26648), ihre Prüfung ab. Die gesamten Prüfungen im Schwimmen und Rettungsschwimmen werden nun schon im zweiten Jahr einheitlich nach der „Deutschen Prüfungsordnung Schwimmen – Retten – Tauchen“ abgenommen, auf die sich alle in der Schwimmbildung tätigen Verbände in der Bundesrepublik und in West-Berlin auf Initiative der DLRG geeinigt haben. So wurden auch 1042 neue Lehrscheine der DLRG (1008) beurkundet.

Die Zahl der von der DLRG in den letzten 30 Jahren Ausgebildeten hat sich damit auf über 16,1 Millionen, darunter nahezu 2,5 Millionen Rettungsschwim-

mer, erhöht. 46604 Menschen – das entspricht der Einwohnerzahl einer mittleren Stadt – wurden in dem Zeitraum von 1950 bis 1979 von Mitgliedern der DLRG allein im schwimmerischen Einsatz vor dem Ertrinken gerettet, davon 7364 unter besonders schwierigen Umständen. Hinzu kommen mehr als 111000 Rettungen vor dem Ertrinkungstod bei Bootsunfällen und Katastropheneinsätzen. Außerdem wurde in dieser Zeit in 847165 Fällen „Erste Hilfe“ geleistet.

Die DLRG unterhielt 1979 im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin insgesamt 1068 feste und 359 bewegliche Rettungswachstationen. Die Zahl der im vergangenen Jahr geleisteten freiwilligen Wachstunden der Rettungsschwimmer im Sommer- und Winterrettungsdienst belief sich auf 2199517.

Für den Rettungswachdienst standen neben 968 Motorbooten insgesamt 436 Ruderboote, 531 Rettungsbretter, 2400 Wiederbelebungs- und 2982 Tauchgeräte sowie 323 Einsatzwagen und 2191 Funksprechgeräte zur Verfügung. Bei Katastrophenfällen waren im vergangenen Jahr 1029 Sondereinsätze der DLRG (531) notwendig. Ferner wurden 2383 Sachbergungen (3615) vorgenommen.

Der DLRG sind im Bundesgebiet in 14 Landesverbänden mit ca. 2300 Gliederungen über 483000 Mitglieder angeschlossen. Mehr als 20 Auslandsgruppen der DLRG gibt es u. a. in Nord- und Südamerika, Afrika, Asien, Südeuropa und Skandinavien.

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, die ihre Rettungseinrichtungen vornehmlich durch Spenden unterhält, appelliert an die Bevölkerung, sie auch weiterhin durch Spenden auf das Postcheckkonto Essen 1151-436 im Kampf gegen den Ertrinkungstod zu unterstützen. Sie erwartet allerdings auch, daß vor allem die Bundesregierung der DLRG endlich die notwendige finanzielle Unterstützung gewährt, damit die von den Rettungsschwimmern freiwillig übernommenen Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit auch weiterhin so wirkungsvoll wie bisher erfüllt werden können.

DLRG auf der „Caravan u. Boot“

Informationsstand fand bei vielen Besuchern großes Interesse

Zu einer Plattform der Repräsentation, der Werbung und Meinungsbildung wurde zum zweiten Mal der Informationsstand der DLRG auf der Messe „Caravan und Boot“, die vom 2. bis 10. Februar in München stattfand. Die Darstellung einer Wachstation mit Einsatzboot, Wiederbelebungsgerät, Funkstation und Wachturm bot den vielen tausend Messebesuchern auf 60 Quadratmetern Fläche eine umfassende Informationsmöglichkeit über Arbeit, Aufgaben und Ziele der DLRG; praktische Vorführungen in einem Becken – im Wechsel mit Wasserwacht, Bundesmarine, Wassersportschulen und Modelfirmen durchgeführt – vervollständigten an den beiden Messewochenenden die Selbstdarstellung der größten Wasserrettungsorganisation der Welt. Zahlreiche Ehrengäste kamen an den DLRG-Stand, der von aktiven Mitgliedern der Ortsverbände München Mitte, -Tivoli und Ost betreut wurde.

Die DLRG hatte erstmals im letzten Jahr „Eingang“ zur „Caravan und Boot“ gefunden. Schon damals war das Echo auf den Informationsstand und die praktischen Vorführungen beachtlich gewesen. In diesem Jahr nun fand die DLRG und ihr von 30 auf 60 Quadratmeter vergrößerter Messestand noch größere Beachtung; Zeitungen, Boulevardblätter und Bayerischer Rundfunk berichteten mehrmals über die „Vertretung“ der DLRG auf der „Caravan und Boot“.

In das Gästebuch trugen sich ein: der Münchener Matrosenchor (der wiederholt „Kostproben“ seines Könnens gab), Kampfschwimmer der Bundesmarine, die Kreuzerabteilung des Deutschen Segler-Verbandes, die Standbesatzung des ADAC mit Uwe Menzer, die Isarnixen, die Bundespost, eine chinesische Delegation, Dr. Klingshirn vom Bayerischen Innenministerium, Weltumsegler Rollo Gebhard, Beamte der Wasser-Schutzpolizei, der Bayerische Ruderverband, Motorradrennfahrer Sepp Krieger, der Bayerische Seglerverband, Vertreter des Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz, der Leiter des DLRG-Landesverbandes Bayern, Siegfried Rosenkranz, und viele DLRG-Mitglieder. Beim Rundgang durch die Messehallen nach der Eröffnung der „Caravan und Boot“ kam auch Bayerns

Wirtschaftsminister Anton Jaumann am Stand der DLRG vorbei.

Der Informationsstand war in mühevoller Arbeit von den Aktiven der drei Münchener Ortsverbände unter Leitung von Wolfgang Nowotnick aufgebaut worden: Er stellte – wie im letzten Jahr bewährt – eine Wachstation dar, in der vom Funkgerät bis zum Motor-Rettungsboot des Typs Trimoran-Gleiter, Modell TX 440 (als Leihgabe vom OV Kaufbeuren zur Verfügung gestellt), vom Wachturm bis zum Rettungsbrett und von der Erste-Hilfe-Ausrüstung bis zum Wiederbelebungsggerät eigentlich all das zu sehen war, was die DLRG-Arbeit kennzeichnet.

An die Besucher wurden Fähnchen, Luftballons, Prospekte und Poster sowie Aufkleber überreicht. Außerdem kamen Swimmy und Swimmynchen sowie die Benefiz-Schallplatte mit Günter Noris zum Verkauf. Plakate an den rückwärtigen Wänden des Messestandes machten auf die Ausbildungsbereiche Rettungsschwimmer, Bootsführer und Funker aufmerksam. Ferner wurde jedem Besucher des DLRG-Standes die Gelegenheit zu einer kostenlosen Blutdruckmessung geboten.

Im benachbarten großen Wasserbecken der Halle 14 vermittelten an den beiden Wochenenden aktive Mitglieder der DLRG in München Einblicke in die Ausbildungsarbeit; Jugendliche des OV Oberschleißheim zeigten Schwimmvorführungen sowie das Schwimmen mit Taucherbrille und Schnorchel im Rahmen der Ausbildung für den Jungentauchschein, Rettungstaucher führten Tauchgänge unter Anwendung der Zeichensprache vor, und bei der Demonstration eines Rettungseinsatzes – ein Jugendlicher wurde mit dem Rettungsbrett aus Wassernot gerettet – wurde offenbar, daß Schnelligkeit beim Retten durchaus keine Hexerei sein muß. Die vom Tauchwart des OV München Mitte, Günter Hahn, einstudierten Vorführungen wurden von Wolfgang Nowotnick, stv. Leiter des Bezirks Oberbayern, am Mikrofon in allen Einzelheiten erläutert.

Auch der neue „Gurtretter“ wurde vorgestellt.

Am Messestand der DLRG waren täglich zwischen 8 und 15 DLRG-Aktive bereit, den Messebesuchern Auskunft über die DLRG, über ihre Aufgaben, Arbeit und Ziele zu erteilen. Das Standpersonal hatte vorher eine spezielle Schulung erhalten. Zu den Gästen am Stand gehörten auch Vertreter der Wasserwacht im BRK sowie des Technischen Hilfswerkes und der Berufsfeuerwehr München, deren Stände sich an den der DLRG angeschlossen. Kontakte konnten darüber hinaus mit Firmen aus der Boots- und Reisebranche geschlossen werden.

Großen Zuspruch fand ein „Strandfest“ am DLRG-Stand, das einen Tag nach Messeschluß für die befreundeten Mitaussteller veranstaltet wurde. Rund 200 Gäste wurden begrüßt, zur Unterhaltung spielte eine sieben Mann starke Dixielandkapelle, für Hunger und Durst gab es Bier und bayerischen Leberkäse.

Daß der Messestand der DLRG als ein großer Erfolg im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit gewertet werden kann, dazu trug nicht zuletzt ein Interview des Bayerischen Rundfunks bei: Reporterin Anneliese Fleyenschmidt unterhielt sich mit LV-Leiter Siegfried Rosenkranz und Wolfgang Nowotnick über Fragen der Sicherheit auf dem Wasser, über Schwimmprüfungen, über die Praxis der Ausbildung zum Rettungsschwimmer und Taucher sowie über die finanziellen Probleme der Wasserrettung. In dem Rundfunk-Interview, das sieben Minuten dauerte und live über „Bayern III“ ausgestrahlt wurde, verwies Siegfried Rosenkranz darauf, daß die Arbeit der DLRG als Wasserrettungsorganisation für die Allgemeinheit ohne eine größere Unterstützung durch den Staat stagnieren müsse, zumal auf die DLRG in den 80er Jahren neue und erweiterte Aufgaben im Rettungsdienst und Katastrophenschutz zukämen. An den insgesamt neun Messetagen kamen 160000 Besucher auf das Messegelände.

H. Tresselt

Gestern – heute – morgen: Dein Partner DLRG

Die Landestagung 1980 der DLRG Rheinland-Pfalz wird unter dem Motto stehen: „Gestern – heute – morgen: Dein Partner DLRG“. Das Motto wurde in einer Vorstandssitzung des DLRG-Landesverbandes Rheinland-Pfalz unter Vorsitz von Landesverbandsleiter H.-G. Meyer-Kirschner ausgewählt. Der Techn. Leiter des Landesverbandes, Karl Vater, gab bei dieser Gelegenheit die Erfolgswerte der DLRG Rheinland-Pfalz für das Jahr 1979 bekannt: So wurden 1979 durch Rettungsschwimmer der DLRG 42 Menschen vor dem Ertrinkungstod gerettet. 251338 ehrenamtliche Wachstunden wurden von den Rettungsschwimmern geleistet. 15924 Personen erlernten das Schwimmen, 31504 Kinder und Jugendliche erhielten den Jugendschwimmpaß. Der Deutsche Schwimmpaß konnte an 3940 Erwachsene ausgegeben werden.

Die Prüfungen für den Rettungsschwimmpaß bestanden 7270 Personen, die künftig als weitere Rettungsschwimmer eingesetzt werden können. Der Lehrstab konnte um 108 Personen erweitert werden, die die Prüfungen für das Lehrabzeichen bestanden. Weitere

870 Personen wurden ausgebildet zu Bootsführern, Rettungstauchern, Sprechfunkern, Ausbildungshelfern, Wachleitern und Erste-Hilfe-Leistenden. Rettungsschwimmer der DLRG brachten 1979 in Rheinland-Pfalz 883mal Erste Hilfe, borgen 101 Boote und brachten 243mal Hilfe bei Bootsunfällen. 47mal wurden die Rettungsschwimmer der DLRG zu besonderen Einsätzen gerufen. In 42 Fällen mußten Rettungsschwimmer Wiederbelebungsmaßnahmen einleiten und wurden zu 56 Sachbergungen gerufen.

Landesverbandsleiter H.-G. Meyer-Kirschner nahm die positive Bilanz zum Anlaß, allen ehrenamtlichen Helfern der DLRG in Rheinland-Pfalz zu danken und rief dazu auf, auch 1980 stets einsatzbereit zu sein, wenn es darum gehe, dem Mitmenschen in Notsituationen zu helfen. Die DLRG in Rheinland-Pfalz findet in zunehmendem Maße Anerkennung, was sich schon darin zeigt, daß in Rheinland-Pfalz über 40000 Personen Mitglied der DLRG sind.

DLRG-Ortsgruppe Weiskirchen: vorbildliche Jugendarbeit

Der heilklimatische Kurort Weiskirchen im nördlichen Saarland (2300 Einwohner) ist besonders stolz auf seine DLRG-Ortsgruppe, die dank ihres unermüdeten Technischen Leiters K. Meier und des Jugendleiters D. Dötsch wiederum mehrere Saarland-Meistertitel schaffte.

Im Einzelwettkampf setzten sich Nicole May und Markus Reuter durch und brachten je eine Goldmedaille mit nach Hause. Außerdem wurden eine Silber- und zwei Bronzemedallien errungen.

Auch bei den Mannschaftswettkämpfen im Hallenbad Dudweiler überzeugten die Hochwälder, die den Bezirk Merzig-Wadern vertraten, mit lobenswerten Leistungen. Die drei eingesetzten Mannschaften errangen von den sechs Meistertiteln drei. Es wurden Landesmeister die Mannschaften A(m), B(m) und C(m). Bei der Siegerehrung in Dudweiler lobte der stv. Landesvorsitzende Schenk diese Leistung und bestätigte der Ortsgruppe eine vorbildliche Jugendarbeit.

Die Schwimmer aus Weiskirchen nahmen auch an der Deutschen Meisterschaft in Pforzheim teil. Zwei Mannschaften hatten sich qualifiziert. Die B(m)-Mannschaft mit den Jugendlichen J. Schonarth, M. Schonarth, D. Maus, M. Bettinger, N. May, M. Reuter und F. Kaufmann erreichte den 6. Platz. Die A(m)-Mannschaft hatte es schwerer und schaffte den 13. Platz. Mit diesen Ergebnissen wurde fleißige Trainingsarbeit belohnt.

Presseschau des Inlands

FDP für Landes-Katastrophenschutz-Gesetz

Wie der rheinland-pfälzische Innenminister auf eine Große Anfrage der FDP im Landtag in Mainz bekanntgab, stehen in Rheinland-Pfalz rund 70000 Helfer für den Katastrophenschutz zur Verfügung. Diese ehrenamtlichen Kräfte gehören der Feuerwehr, dem THW, den Sanitätsorganisationen und der DLRG an.

In den vergangenen sechs Jahren waren nach Angaben des Ministeriums im Land für den Katastrophenschutz und den Brandschutz 70 Millionen DM ausgegeben worden. Hinzu kamen 38 Millionen DM für den Rettungsdienst der Sanitätsorganisationen. Nach den in den vergangenen Jahren bei Einsätzen und Übungen gewonnenen Erfahrungen ist die Zahl der 70000 aktiven Helfer in den Katastrophenschutzorganisationen ausreichend. Bei außergewöhnlichen Gefahren könnte jedoch eine Verstärkung im Sanitäts- und Betreuungsbereich notwendig werden. Die Landesregierung strebt daher eine geringfügige Erhöhung der Zahl aktiver Helfer an.

Das Innenministerium ist der Auffassung, daß die Aus- und Fortbildung der Helfer auf den Gebieten des Führungs- und Fachwissens verstärkt werden muß. An der Landesfeuerwehrschule und an der Katastrophenschutzschule werden jährlich mehr als 2000 Helfer geschult. Eine neue Ausbildungsstätte soll eingerichtet werden, um mit modernen Methoden mehr Helfern als bisher das notwendige Wissen vermitteln zu können.

Die gestiegenen Risiken in vielen Bereichen des Lebens haben nach Ansicht der Landesregierung in der Öffentlichkeit zu einem gesteigerten Bewußtsein für einen ausreichenden Schutz geführt. Dennoch hält das Innenministerium noch Aufklärungsaktionen für notwendig. In einer Broschüre hat die Landesregierung bereits den Bereich des Rettungsdienstes erläutert. Verhaltensregeln für den Schutz bei Notfällen nach Kernkraftwerksunfällen seien ebenfalls veröffentlicht worden. Auch 1980 will die Landesregierung mit einer Broschüre über Ge-

fahren und Abwehrmaßnahmen umfassend informieren.

Der rheinland-pfälzische FDP-Landesvorsitzende Hans-Otto Scholl hat . . . in Mainz eine Aussprache im Landtag über den Katastrophenschutz gefordert. Eine Anhörung verschiedener Organisationen habe gezeigt, daß es zwar zahlreiche Bestimmungen für Katastrophenfälle gebe, wichtige Aspekte jedoch nicht oder nur unzureichend geregelt seien.

Der Fachausschuß für Sicherheitspolitik der FDP in Rheinland-Pfalz habe der Fraktion empfohlen, für ein einheitliches Katastrophenschutzgesetz einzutreten, heißt es in einer Presseerklärung. . . . Darin sollten einheitliche Alarm- und Einsatzpläne sowie eine bessere Information der Bürger über Schutz- und Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen und großen Unglücksfällen enthalten sein. (Trierischer Volksfreund)

Notfallvorbereitungen müssen verbessert werden

Der Vorsitzende des „Ausschusses Sanitätswesen der Bundeswehr und Zivilschutz“ der Bundesärztekammer, Dr. Gustav Osterwald, der auch Kammerpräsident in Niedersachsen ist, hat die Notfallvorsorge in der Bundesrepublik kritisiert.

. . . Mehr als drei Jahrzehnte nach Kriegsende wagten sich die Minister und dafür zuständigen Politiker immer noch nicht daran, „die psychologische Barriere“ abzubauen, die aus der jüngeren deutschen Vergangenheit resultiert und Dienstverpflichtung heiße. In Staaten, wie zum Beispiel Norwegen, Schweden und der Schweiz, sagte Osterwald, „besteht diese Barriere nicht, sondern es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Teilnahme an Übungen im Katastrophenschutz bereits zu Friedenszeiten.“ Präsident Dr. Osterwald will nicht als Schwarzmaler gelten, als verantwortlicher Arzt und Gesundheitsfunktionär sei es aber seine Pflicht, auf Mängel hinzuweisen, die Dinge, wie sie sind und nicht wie sie im Idealfall sein sollten, beim Namen zu nennen und vor der Nachlässigkeit zu warnen.

Auf Umweltschutz-Affären anspielend . . . erklärte der Präsident: „Wenn etwa eine Katastrophe durch vergiftetes Trinkwasser ausgelöst wird und Tausende von Bürgern erkranken, so könnte diesen Menschen nur durch Improvisation der Ärzte und aller Hilfsorganisationen geholfen werden. Planerische Vorbereitungen für einen solchen Notfall sind weitgehend unbekannt.“ Dabei ist es noch gar nicht lange her, daß nur der Zufall die 125000 Einwohner zählende

Stadt Göttingen vor giftigen Abwässern rettete, die aus der grenznahen DDR zur Göttinger Trinkwasseraufbereitung flossen und buchstäblich im letzten Moment durch Sperrung der Zuleitung neutralisiert wurden.

Es sei nicht richtig, immer so zu tun, als bestehe das Leben aus dem normalen, geregelten Alltag, in unserer technisierten Welt „müssen wir aber auch mit Katastrophen, Epidemien und anderen Leib und Leben der Bevölkerung bedrohenden Ereignissen größeren Ausmaßes rechnen. Deshalb ist es logisch und nur folgerichtig, darauf zu dringen, daß der Schutz der Bevölkerung verbessert wird . . .“ Präsident Osterwald zieht dabei Vergleiche aus der Schweiz heran. Nach dieser Studie „wird bei einem feindlichen Angriff mit atomaren und konventionellen Waffen auf eine 130000 Einwohner zählende Stadt mit 45000 Toten und 39000 Verletzten unterschiedlicher Schweregrade gerechnet.“ . . .

Schweizer Experten schätzen, „daß nur 33 Prozent der Einwohner solch einen Angriff unverletzt überleben.“ Die Verluste bei einem derartigen Fall in Stadtzentren, Kliniken, unter den Ärzten und in Versorgungseinrichtungen würden die Notfall- und Dauerversorgung kranker und verletzter Menschen weiter erschweren. „Angesichts solcher . . . nicht völlig auszuschließender Situationen sind Überlegungen dringend notwendig, was im Rahmen unserer gesundheitlichen Sicherheit getan werden kann und muß. Hierzu zwingt uns Ärzte unsere humanitäre Verpflichtung . . .“, mahnt Osterwald und appelliert an die Bundesregierung, die Notfallvorbereitungen zu verbessern.

Wie groß der Rückstand bei dieser Notfallvorsorge noch ist, belegt Osterwald am Personalplan. Bisher sei lediglich ermittelt worden, wie viele Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Tierärzte für den Bundeswehrsanitätsdienst benötigt würden, man müsse aber auch an weitere Berufsgruppen und an das medizinische Assistenzpersonal denken „ohne das das Gesundheitswesen im militärischen und im zivilen Bereich nicht funktionsfähig ist.“ Präsident Osterwald faßt seine Kritik in den Forderungen nach einem funktionsgerechten Gesundheitssicherstellungsgesetz, dem Aus- und Neubau von Schutzräumen auch in Kliniken, der Reservierung von Hilfskrankenhäusern, einer Meldepflicht für alle Heilberufe, Fortbildung und Übungen in allen Bereichen des Zivil- und Katastrophenschutzes und u. a. mehr vorbereitende Planungen gegen Krisen- und Katastrophenfällen zusammen.

(Deutsche Tagespost, Würzburg)

Presseschau des Auslands

Selbstschutz in Österreich

ZIVILSCHUTZ

INFORMATIONSDIENST DES ÖZSV



Der Präsident des Niederösterreichischen Zivilschutzverbandes, Direktor Josef Hans, hielt kürzlich einen Vortrag zum Thema „Aktivierung des Selbstschutzes der Bevölkerung im Rahmen der Katastrophenhilfe“. Hans führte u. a. aus:

Es besteht kein Zweifel, daß zwischen Zivilschutz und Katastrophenschutz ein enger Konnex besteht. Unbestritten ist darüber hinaus, daß sowohl für den Schutz der Zivilbevölkerung im Ernstfall als auch für den Katastrophenschutz und die Katastrophenhilfe der Selbstschutz die Basis bildet. Er muß durch die Einsatzbereitschaft eines jeden Bürgers unseres Landes in der Stunde der Gefahr augenblicklich und an Ort und Stelle wirksam werden. Und je größer der Notstand ist, je großflächiger die Katastrophe und je schwerer die Auswirkungen im Verteidigungsfall sein werden, desto länger wird es dauern, bis die berufenen Helfer zur Stelle sind, und desto wichtiger wird ein gut vorbereiteter Selbstschutz der Bevölkerung sein . . .

Als schwerer Mangel beim Aufbau eines wirksamen Zivilschutzes macht sich bemerkbar, daß die im § 27, Absatz 4 der geltenden NÖ Bauordnung enthaltene „Schutzraumbaupflicht für Neubauten“ noch immer nicht in Kraft gesetzt ist. Die näheren Vorschriften über die erforderlichen baulichen Maßnahmen sind nämlich durch Verordnung der Landesregierung zu bestimmen. Die Glaubwürdigkeit des zivilen Bevölkerungsschutzes steht und fällt aber mit dem Vorhandensein von Schutzräumen; dies umso mehr, als das Verteidigungskonzept in Form der „Raumverteidigung“ neu erstellt worden ist. Die Raumverteidigung erfordert einen erhöhten Schutz für die Zivilbevölkerung . . .

Freilich wird zum Unterschied von der organisierten Hilfeleistung – durch Feuerwehr, Rettungsorganisationen, Exekutive und Assistenzleistung des Bundesheeres – der Selbstschutz in Notstandssituationen immer wieder auf die Improvisation angewiesen sein, das liegt in der Natur der Sache. Aber auch die Improvisation muß gemeistert werden, sie bedarf einer gründlichen Ausbildung für die Initiatoren und auch sonst vorsorglicher Einrichtungen und Maßnahmen.

Vor allem aber erfordert der Selbstschutz, soll er erfolgreich sein – im Sinne der geistigen Landesverteidigung –, eine auf den Widerstand und das Weiterleben ausgerichtete positive moralische Haltung. Jeder von uns kann der Felsen sein, an dem sich in der Stunde der größten Not unsere Mitbürger aufrichten. (Wien, Nr. 1/80)

Leitlinien für Wettkampfübungen des ZS in der Ukraine II



ВОЕННЫЕ ЗНАНИЯ

Alle Angehörigen einer solchen Formation handeln bei den notwendigen Rettungs- oder Reparaturarbeiten in den betroffenen Sektoren in enger Verbindung untereinander. Die Leitung der integrierten Gruppe – die in dieser Zusammensetzung die verschiedenen Übungsetappen durchläuft – hat der Chef der Rettungsgruppe.

In der ersten Etappe (35 bis 45 Minuten Dauer) überprüft die Jury die Vollständigkeit des Personals und die Ausbildung; ebenso, ob das Personal die Handhabung der eingesetzten Geräte, die durchzuführenden Manöver und die ZS-Alarmsignale beherrscht. Es wird auch überprüft, ob die teilnehmenden Mannschaften Strahlenbeobachtungen vornehmen und die vorgesehenen Schutzmaßnahmen – auch gegen eine Atomexplosion – durchführen können. Die Ausstattung der Kraftfahrzeuge mit den erforderlichen Spezialapparaturen wird ebenfalls überprüft.

In der zweiten, 25 bis 35 Minuten dauernden, Etappe tritt zuerst die Untergruppe für die Aufspürung der radioaktiven Verseuchung in Aktion. Sie beginnt mit ihrer Arbeit, nachdem sie ihre Schutzkleidung angelegt hat. Danach setzen sich die übrigen Mannschaften in Richtung auf das Ziel in Marsch.

Zonen der radioaktiven und chemischen Verseuchung werden durch besondere Schilder gekennzeichnet. Das Entseuchungspersonal arbeitet mit Spezialgeräten, stellt Wegweiser auf und legt einen

Plan der verseuchten Zone mit Strahlenwerten an, in der die Grenzen dieser Zone eingezeichnet sind und der Weg, wie sie umgangen werden kann.

(Von V. Kurotschkin, Stabschef des Zivilschutzes.) (Moskau, Nr. 4/Jahrg. 54)

Fachleute aus drei Ländern diskutierten über Zivilschutz

Zivilschutz Protezione civile Protecciuin civila Protection civile

Das Institut für internationale Zusammenarbeit, die Hans-Seidel-Stiftung in München, hat in Genf während zweier Tage Fachleute der ersten Garnitur aus dem Bereich des Zivilschutzes aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Frankreich und der Schweiz zu einem Informationsgespräch zusammengebracht. Damit wurden auf informeller, aber kompetenter Ebene Ländergespräche in Gang gesetzt, die ein Thema betreffen, das in den nächsten Jahren wohl kaum an Bedeutung verlieren wird. Die Stiftung bleibt damit sich und ihrem Auftrag treu, „Erwachsenenbildung auf der Grundlage der christlichen Auffassung vom Menschen“ zu leisten. Die aus den beteiligten Ländern gehörten Stimmen zeigten deutlich, daß der Zivilschutz ein außerordentliches Informationsproblem beinhaltet, da sich die Menschen insbesondere der westlichen Welt über die Bedeutung der Anstrengungen des Zivilschutzes in seiner letzten Konsequenz in beunruhigender Weise noch viel zu wenig bewußt sind. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine in der Bundesrepublik Deutschland weit verbreitete Auffassung, die in der Rückerinnerung den Zivilschutz immer noch mit dem Luftkrieg des Zweiten Weltkrieges koppelt und gefühlsmäßig ablehnt. Es wurde daher die Frage gestellt, ob die Konzeption des schweizerischen Zivilschutzes, die auf „Schützen und Helfen“ aufgebaut ist, bei den Deutschen nicht zu einem ermutigenden Vorbild werden könnte. Wenn auch, wie festgestellt wurde, die Organisationsformen, der Stand der Vorbereitungen, die Ausbildung und der Einsatz finanzieller Mittel in den einzelnen Ländern noch auseinanderklaffen, wird dennoch der Stellenwert des Zivilschutzes in unserer Zeit richtig eingestuft. Die Tagung, die durch einen direkten Erfahrungsaustausch primär das Grundsätzliche behandeln und nicht auf Details eingehen wollte, führte zur Forderung nach mehr und besserer Information gegenüber der Öffentlichkeit, um vor allem die Behörden und die für den Zivilschutz Verantwortlichen als wichtige Zielgruppen anzusprechen . . . (Bern, Nr. 11/12 1979)

Wissenschaft & Technik

Automatisches Brand-Rettungsgerät

„Automatisch gebremste, stromlose Absenkvorrichtung in Paternoster-Ausführung zur Selbstrettung aus Feuergefahr“ nennt sich ein neuartiges Brand-Rettungsgerät. Seinen Einsatz findet es vornehmlich bei mehrgeschossigen Gebäuden und vor allem in Hochhäusern.

Die als zusätzlicher Fluchtweg gedachte Absenkvorrichtung besteht aus einem endlosen Sprossenband, das wie eine Strickleiter unter Verwendung von Kettensträngen und Aluminiumsprossen gefertigt ist.

Diese endlose Strickleiter ist in ihrer Ausgangsstellung auf dem Dach, bzw. bei Neigungsdächern auf der obersten Decke, des jeweiligen Gebäudes in Führungsschienen raumsparend aufgereiht. Das Ständerwerk für die Schienen und entsprechenden Führungs- und Umlenkrollen, die den reibungslosen Umlauf des Rettungsbandes im Einsatz als Paternoster-Absenkungseinrichtung gewährleisten, kann den jeweiligen baulichen Gegebenheiten angepaßt werden.

In der letzten Schlaufe der aufgereihten Strickleiter hängt freischwebend eine passend zum Bauwerk umkleidete Umlenkrollen, die im Alarmfall bis in Bodennähe herabgleitet und so die Absenkleiter in gut erreichbarem Zustand vor einer Fenster- oder Balkonreihe in Rettungsposition bringt.

Schon während des Herabgleitens der Leiter können gefährdete Menschen,

denen andere Fluchtweg versperrt sind, in die Sprossen einsteigen und mit abwärts fahren. Zwischen jeder 4. und 5. Sprosse besteht eine Einstiegsmöglichkeit, so daß bei einer Länge der Leiter von 30 Metern 15 Personen in einer Minute zum Boden herabgleiten können.

Sobald die erwähnte Umlenkrollen ihre Endposition in Bodennähe erreicht hat, geht die Strickleiter in ihrem Umlauf über, steht so als umgekehrter Paternoster-Aufzug allen Gefährdeten aus allen Etagen des brennenden Bauwerks als sicherer Fluchtweg zur Verfügung. Man braucht sich nur in die Leiter zu stellen und sinkt in automatisch gebremstem Tempo zur Erde herab, wo man von selbst mit den Füßen standsicher auf dem Boden aufkommt.

Die fein abgestimmte mechanische Bremsanlage wirkt über ein Getriebe auf eine im Ständerwerk untergebrachte Führungstrollen. Die Bremse ist so ausgelegt, daß schon durch das Gewicht einer einzelnen Person die Absenkbeziehung in Gang kommt, jedoch bei voller Auslastung des Sprossenbandes über die gesamte Gebäudehöhe eine bestimmte Geschwindigkeit nicht überschritten wird.

Die Rettungsanlage wird in ihrer Ausgangsstellung durch einen Haltemagneten arretiert, der von einem netzunabhängigen Schwachstromkreis gespeist wird und auf das oben schon erwähnte Getriebe wirkt.

Der Halte-Schwachstromkreis wird im Gebäude über Wärme- bzw. Rauchsensoren geführt. Durch das Ansprechen eines dieser Sensoren wird so der Haltemagnet stromlos und gibt die in Ausgangsstellung hängende Umlenkrollen zum Absinken frei, der Rettungsvorgang kann beginnen.

Diese Tatsache, daß die beschriebene Selbstrettungsanlage sofort bei Feuer ausbruch automatisch in Einsatzbereitschaft übergeht, steigert die Effektivität dieser Neukonstruktion in hervorragendem Maße.

Der zusätzliche Fluchtweg ist sofort gegeben, noch bevor ein Feuer sich gewaltig ausbreiten kann und schneller als jede fremde Hilfe herbeieilen kann.

Diese Sofortbereitschaft ist besonders wertvoll bei einem evtl. Brand in Großraumbüros oder Fertigungssälen, die in Obergeschossen untergebracht sind. Die größte Bedeutung hat die neue Rettungsanlage bei der Problemstellung „Hochhausbrand“.

Bisher hatten Feuer und dadurch hervorgerufene Rauch- und Giftdampfwicklung in unteren Etagen von Hochhäusern oft katastrophale Folgen, wenn die Flucht über die Treppe unmöglich wurde.

Den Menschen in den höher gelegenen Stockwerken blieb häufig nur der Verzweiflungssprung in die Tiefe, weil die Reichweite der Feuerwehroleitern nicht groß genug war, oder weil die Wehr gar nicht an das Gebäude heranfahren konnte.

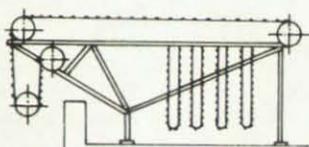
Neues Trockenlöschfahrzeug

Mit dem neuen Trockenlöschfahrzeug KVV 900 F, das auf dem Stuttgarter Flughafen in Dienst gestellt wurde, wird die Flughafenfeuerwehr noch leistungsfähiger sein. Innerhalb von zwei Minuten ist das 22 Tonnen schwere Fahrzeug selbst am entferntesten Punkt des Flughafengeländes einsatzfähig: Das Fahrzeug erreicht eine Höchstgeschwindigkeit von 145 km/h. Die Trockenlöschmittel-Werfer haben eine Reichweite von über 60 Metern.

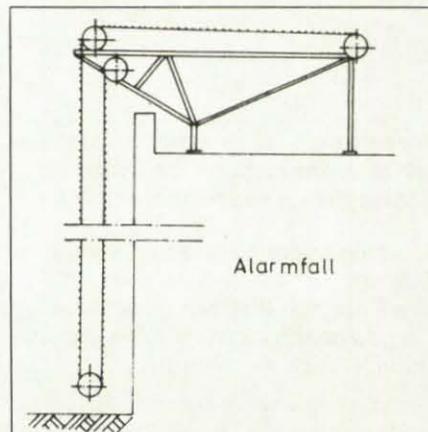


Schrei stoppt die Maschine

Eine empfindliche akustische Sicherheitsvorrichtung, die auf menschliche Schreie reagiert und dadurch bei Gefahr sofort eine Maschine abschaltet, soll künftig Betriebsunfälle mit schweren und sogar tödlichen Verletzungen verhindern. Konstruiert wurde das Gerät von dem 42 Jahre alten Japaner Makoto Ueda zunächst für Landmaschinen. Das Gerät ist nicht größer als ein Taschenbuch und stellt bei einem Schrei den Motor innerhalb einer Sekunde automatisch ab.



Ausgangsstellung



Alarmfall

Neue Bücher

Wassersicherstellungsgesetz, Band 2

Leitfaden für den Praktiker – Erläuterungen der Durchführungsmaßnahmen

Von Ministerialrat a. D. Dr. Horst Roerber, Baudirektor Dipl.-Ing. Wolfram Such und Oberamtsrat Ing. (grad.) Wilfried Hampel
Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm GmbH & Co. KG, 8000 München 80

Zu dem Kommentar zum WasSG von Jouanne, als Band 1 zum WasSG bezeichnet, ist schon 1972 der Band 2 erschienen. Der Kommentar liefert den mit der Planung, Organisation und dem Vollzug von Maßnahmen zur Sicherstellung der Trinkwasser-Notversorgung nach dem Wassersicherstellungsgesetz befaßten Behörden des Katastrophen- und Zivilschutzes in der Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltung, wasserwirtschaftlichen Dienststellen, Verbänden, Wasserversorgungsunternehmen, Hilfsorganisationen und Ingenieurbüros das notwendige Rüstzeug in Form der geltenden Gesetze, Rechtsverordnungen, Weisungen, Vorschriften, technischen Arbeitsblätter und sonstigen Regelungen.

Die 7. Ergänzungslieferung zu der Loseblattsammlung (140 Seiten, ca. 65 Zeichnungen und Tabellen) enthält die mit der Ersten Verordnung zur Änderung der Zweiten Wassersicherstellungsverordnung vom 25. 4. 1978 erfolgte Neufassung von § 5 (Festigkeitsnachweis) sowie die Änderungen der Ausführungsgrundsätze für Brunnenschächte und der Technischen Auflagen zu den Regelentwürfen für Trinkwasser-Notbrunnen, die durch Einführung des Internationalen Einheitensystems aufgrund des Gesetzes über Einheiten im Meßwesen nebst Durchführungsverordnung notwendig geworden sind, dazu Rundschreiben des BMI und Erläuterungen.

Weiterhin wurden aufgenommen die auf die neuen Einheiten umgerechnete Statische Berechnung, Bewehrungspläne

und Konstruktionszeichnungen für die Brunnenschächte der Trinkwasser-Notbrunnen aufgrund des vom Bundesministerium des Innern eingeführten Arbeitsblattes 1 (3. Auflage). Abgedruckt ist auch die Technische Mitteilung, Hinweis W 801 aus dem Regelwerk vom Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW) vom März 1979 „Vorsorgeplanung für Notstandsfälle in der öffentlichen Trinkwasserversorgung“, ausgearbeitet von dem gemeinsamen Ausschuß „Notstandswasserversorgung“, gebildet aus Vertretern der beteiligten Bundesministerien, der obersten Wasserbehörden der Länder, den Vereinigungen der Wasserversorgungsunternehmen und Fachfirmen in der Bundesrepublik.

Katastrophenschutz in Arbeitsstätten

Von Friedhelm Vogelbusch
Loseblattwerk in zwei Bänden
Verlag ecomed, 8000 München 50

Alle kreisfreien und kreisangehörigen Gemeinden sind nach der Verwaltungsvorschrift Selbstschutz vom 11. 5. 1971 bekanntlich verpflichtet, den Aufbau des Selbstschutzes in Behörden und den betrieblichen Katastrophenschutz zu fördern. Hierfür sind „Empfehlungen“ maßgebend, die auch diesem Loseblattwerk zugrunde liegen und hier praxisgerecht konkretisiert werden. Erstmals wird der Zusammenhang der einzelnen Rechtsgrundlagen aus dem Bereich des Zivilschutzes und der Arbeitssicherheit sowie die Verbindung zu Unfallverhütungsvorschriften deutlich. Danach sind Selbstschutzmaßnahmen für viele Arbeitsstätten vorgeschrieben.

Das Werk enthält ferner Darstellungen der erforderlichen organisatorischen, materiellen und führungstechnischen Maßnahmen. Ein systematisch durchgespielter Geschehensablauf im Ernstfall zeigt Anwendungs- und Umsetzungsmöglichkeiten auf. Das Buch erleichtert ferner die Beratung zum Aufbau und Gestaltung des Behördenselbstschutzes.

Handbuch über den UKW-Sprechfunk bei den Sicherheitsdiensten

2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage

Von Friedrich-Wilhelm Rosemeier
Carl Heymanns Verlag, Köln, Berlin,
Bonn, München

Technik und Physik der drahtlosen Übermittlung sind den meisten Men-

schen weitgehend unbekannt, obwohl sie den Funk als etwas ganz Selbstverständliches betrachten. Sprechfunkgeräte werden heute schon in vielen Berufszweigen verwendet. Vielen genügt dabei die Kenntnis des richtigen Bedienens der Geräte.

Sprechfunker der Sicherheitsdienste müssen jedoch mehr wissen. Sie sollen die Zusammenhänge erkennen, Technik und Physik verstehen. Das erforderliche Basiswissen können die vorhandenen Dienstvorschriften, Anleitungen usw. nicht vermitteln. Darum hat der Verfasser das vorliegende Buch als Arbeits- und Hilfsmittel konzipiert. Dieses praxisnahe Fachbuch stellt in knapper Zusammenfassung alles Wissenswerte über den UKW-Sprechfunk bei den Sicherheitsdiensten dar.

Es werden nicht nur die technisch-physikalischen Zusammenhänge erläutert, sondern auch Verkehrsformen, Verkehrsarten, Funknachrichten, Funkgeräte und das Fernmelderecht behandelt.

Über 120 Abbildungen und Grafiken ergänzen den Text. Das Werk ist in allen Teilen auf den neuesten Stand gebracht worden.

Beiträge zur Neutronenwaffe

Von Albert Sittkus / Hans Mönig
Zivilschutzforschung Band 8
Schriftenreihe der Schutzkommission
beim Bundesminister des Innern
Herausgegeben vom Bundesamt für
Zivilschutz
Osang Verlag, Bonn

Die Frage der Gefährdung durch die bei einer Kernwaffenexplosion freigesetzte Strahlung ist erneut in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt, nachdem bekannt ist, daß die technischen Möglichkeiten bestehen, einen Atomsprengkörper mit verstärkter Strahlenwirkung zu entwickeln.

Dabei wird häufig übersehen, daß auch bei kleineren „gewöhnlichen“ Kernwaffenexplosionen die Strahlung ein dominierender Faktor ist, wobei die Neutronen wesentlich zur Strahlenbelastung beitragen.

In dieser Schrift wird dem Leser ein Überblick über die Wirkungen einer Kernwaffenexplosion – Druckstoß, Hitzeabstrahlung und Initialkernstrahlung – vermittelt. Weiterhin wird der Stand der Erkenntnis über die biologische Wirkung von Neutronen vermittelt.

In einem Anhang sind die wichtigsten physikalischen Eigenschaften der Neutronen zusammengestellt.

Das Minimagazin

In diesem Monat: Ergebnisse aus der Unfallstatistik

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . Schädel-Hirn-Verletzungen einen hohen Anteil von Todesfällen zur Folge haben? Nach einer statistischen Sonderauswertung des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden im Jahre 1978 4736 schwere Fälle (erstmalig entschädigte Arbeitsunfälle und Wegeunfälle) von Schädel-Hirn-Verletzungen, darunter 1389 (29,3 v. H.) Todesfälle, gezählt. Von den 4736 erstmalig Entschädigten verunglückten 3144 (66 v. H.) bei der Arbeit, 1592 (33,6 v. H.) auf dem Wege zur oder von der Arbeit. Der Anteil der Todesfälle an den erstmalig entschädigten Arbeitsunfällen betrug 23,7 v. H., der entsprechende Anteil an den Wegeunfällen betrug 40,5 v. H.

Unter den 4736 im Jahre 1978 von den gewerblichen Berufsgenossenschaften erstmalig entschädigten Schädel-Hirn-Verletzten waren 3343 (70,6 v. H.), die bei der Arbeit bzw. auf dem Wege zur oder von der Arbeit Verletzungen des Hirnschädels und der Hirnsubstanz erlitten. Verletzungen der Augen machten 19,9 v. H. (940 Fälle), Verletzungen des Gesichtsschädels und der Gesichtswichteile machten 6,3 v. H. (297 Fälle) der Gesamtzahl aus. In 157 Fällen (3,3 v. H.) der Gesamtzahl waren Nase, Ohren, Mundhöhle und Gebiß betroffen.

Im Jahre 1978 wurden von den gewerblichen Berufsgenossenschaften 3126 tödliche Unfälle erstmalig entschädigt, darunter 1389 (44,3 v. H.) Schädel-Hirn-Verletzungen. Von den 1927 tödlichen Arbeitsunfällen wurden 745 (38,7 v. H.), von den 1199 tödlichen Wegeunfällen wurden 644 (53,7 v. H.) durch Schädel-Hirn-Verletzungen verursacht.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . jede vierte schwere Brustverletzung tödlich verläuft? Im Jahre 1978 wurden von den gewerblichen Berufsgenossenschaften 1398 Fälle von Verletzung des Brustkorbs und der Brustorgane erstmalig entschädigt, darunter 364 (26,0 v. H.) Todesfälle.

Von den vorgenannten Unfällen ereigneten sich 901 (64,5 v. H.) bei der Arbeit, 497 (35,5 v. H.) ereigneten sich auf dem Wege zur oder von der Arbeit. Dominierende Arten der Verletzung waren der Knochenbruch (56,8 v. H. der Fälle), die Prellung (17,4 v. H. der Fälle) sowie die Zerreißung (11,5 v. H. der Fälle).

Im Jahre 1978 wurden von den gewerblichen Berufsgenossenschaften 3113 Hals- und Wirbelsäulen-Verletzungen erstmalig entschädigt, darunter 168 (5,4 v. H.) tödliche Fälle. Von den erstmalig Entschädigten verunglückten 2233 (74,1 v. H.) bei der Arbeit, 780 (25,9 v. H.) verunglückten auf dem Wege zur oder von der Arbeit. Der Anteil der tödlichen Fälle betrug bei den Arbeitsunfällen 4,7 v. H., bei den Wegeunfällen war dieser Anteil mit 8,2 v. H. wesentlich höher.

Unter den 2850 Überlebenden waren 154 Schwerverletzte (Minderung der Erwerbsfähigkeit 50 v. H. und mehr). In 96 Fällen war die Erwerbsfähigkeit um 100 v. H. gemindert. Die häufigste Art der Verletzung war der Knochenbruch (86,6 v. H. aller Erstentschädigungen), dann folgten Prellungen, die in 6,4 v. H. der Fälle entschädigungspflichtige Verletzungen verursachten.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Zahl der Augenverletzungen bei Arbeitsunfällen gestiegen ist? Im Jahre 1978 wurden von den gewerblichen Berufsgenossenschaften 940 Fälle von Augenverletzungen erstmalig entschädigt, davon ereigneten sich 853 (90,7 v. H.) bei der Arbeit, 87 (9,3 v. H.) ereigneten sich auf dem Wege zur oder von der Arbeit. Unter diesen Augenverletzten waren 41 Schwerverletzte (Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 v. H. und mehr). Bei 15 Augenverletzten war die Erwerbsfähigkeit zum Zeitpunkt der Erstentschädigung um 100 v. H. gemindert.



In der gewerblichen Wirtschaft werden jährlich durch Leitern rund 31000 (Stichprobenergebnis) Arbeitsunfälle ausgelöst bzw. mit ausgelöst. Im Jahre 1978 ereigneten sich in der gewerblichen Wirtschaft der Bundesrepublik – Ergebnis einer Totalzählung – 2725 schwere Arbeitsunfälle durch Leitern, darunter 45 (1,6 v. H.) tödliche.

Leitern werden in der Unfallstatistik wie folgt typisiert:

Stehleitern, verfahrbare Leitern: Durch diesen Typ werden jährlich 12000 meldepflichtige Arbeitsunfälle ausgelöst; 1978 wurden 1085 schwere Arbeitsunfälle gezählt, darunter 17 (1,6 v. H.) tödliche.

Anlegeleitern, Roll-, Steck-, Schiebeleitern: Durch diesen Typ werden jährlich 16000 meldepflichtige Arbeitsunfälle ausgelöst; 1978 wurden 1533 schwere Arbeitsunfälle gezählt, darunter 24 (1,6 v. H.) tödliche.

Maschinenleitern: 1978 wurden 14 schwere Arbeitsunfälle gezählt, jedoch kein tödlicher Fall.

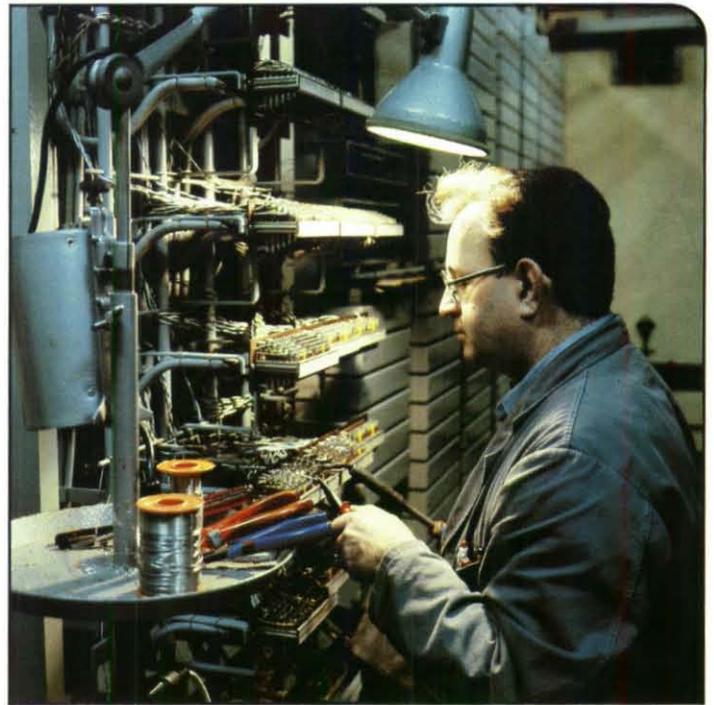
Steigleitern, Mastleitern, Steigeisengänge, Lotsenleitern: Durch diesen Typ werden jährlich rund 1400 meldepflichtige Arbeitsunfälle ausgelöst; 1978 wurden 93 schwere Arbeitsunfälle gezählt, darunter 4 (4,3 v. H.) tödliche.

Die Masse der Unfälle wird durch die beiden erstgenannten Leitertypen ausgelöst, die größere Unfallgefahr dürfte jedoch von dem letztgenannten Leitertyp ausgehen: Bei Unfällen durch Steigleitern (s. o.) ist die Todesfallrate mit 4,3 v. H. 2,7mal so groß wie bei Stehleitern, Anlegeleitern und dazugehörigen Typen.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . in der gewerblichen Wirtschaft bei der Arbeit jährlich rund 60000 Arbeitnehmer (Stichprobenergebnis) auf Treppen, Stufen und Podesten verunglücken? Mehr als dreitägige Arbeitsunfähigkeit ist die Mindestfolge dieser Arbeitsunfälle. Aber nicht jeder Verunglückte kommt gimpflich davon – im Jahre 1978 zählten die gewerblichen Berufsgenossenschaften 1851 schwere Arbeitsunfälle, darunter 27 (1,5 v. H.) tödliche, die durch Treppen und Stufen verursacht wurden – überwiegend Opfer von Stürzen.

Die Fernmeldetechnik eines Warnamtes



Das Titelbild und die Abbildungen auf dieser Seite vermitteln einen Einblick in die Fernmeldetechnik eines Warnamtes.

Der Relaisraum stellt die große Schalt- und Verteilungsstelle dar, in der die Leitungen und Stromwege der verschiedenen Informationsnetze eines Warnggebietes zusammenlaufen. Hier enden z. B. die Leitungen, über die die einzelnen Gefahrenmeldungen das Warnamt erreichen, um – ergänzt durch andere Informationen – zu einer Gefahrenlage zusammengestellt zu werden; von hier gehen über andere Stromwege die Impulse hinaus, durch die die Sirenen im ganzen Warnggebiet ausgelöst werden können.

Eine besonders geschulte Fernmeldegruppe ist für die ständige Betriebsbereitschaft der fernmeldetechnischen Einrichtungen des Warnamtes verantwortlich.

Die Fotos zeigen im einzelnen: Überprüfung der Leitungen im Relaisraum (Titelbild), Batterie für die Notstromversorgung der Fernmeldeeinrichtungen (links oben), Schaltarbeiten am Zwischenverteiler (oben) und die Dokumentaranlage für Warnstellendurchsagen (links).